



Strategie des Klimastreik Schweiz

**Kämpfe verbinden für einen
ökosozialen und inklusiven Wandel**

Deutsche Sprachversion

Kontext

Die Strategie, die in diesem Dokument vorgestellt wird, wurde am nationalen Treffen am 5./6. September 2020 angenommen.

Aufgrund mehrerer unerwarteter Probleme während und nach dem Treffen - über deren Beschaffenheit und Existenz im Klimastreik kein Konsens besteht - war die Umsetzung der Strategie schwierig, hat viele Spannungen provoziert und einige Menschen viel Zeit und Energie gekostet.

Wegen dieser schwierigen Situation hat sich die Finalisierung und Übersetzung der Strategie um einiges verspätet. Ausserdem fand die Bekanntgabe und Verteilung der Strategie an die gesamte Bewegung leider erst im April 2022 statt.

Der stattgefundene Prozess wird im Folgenden vorgestellt:

Gleich nach dem nationalen Treffen gab es die Idee, während einer Woche die Strategie nochmals durchzulesen, zu ausführliche Teile zu streichen, zu gendern, die Rückmeldungen, die am nationalen Treffen gegeben wurden, zu verstehen usw. Diese Arbeit hat aber schliesslich viel mehr Zeit in Anspruch genommen als vorgesehen. Auch einige Vorschläge für neue Abschnitte in der Strategie wurden von der kleinen Gruppe gemacht, die sich ums Gegenlesen kümmerte.

Nach dieser Etappe wurden Calls organisiert, um zu versuchen, allfällige Ergänzungen von Personen, die mit der Strategie überhaupt nicht einverstanden waren, zu integrieren. Dieser Prozess hätte eigentlich schon während des Schlussteils des nationalen Treffens stattfinden sollen, was wegen der sehr komplizierten Umstände aber nicht möglich war. Die organisierten Calls erreichten aber ihr Ziel nicht, da niemensch teilnahm.

Mit der Zeit, die verging, der fehlenden Teilnahme am Prozess und zusätzlich der Kritik durch einige Personen in der Bewegung wurde es für die immer kleiner werdende Arbeitsgruppe eine immer weniger motivierende und sinnvolle Aufgabe, die Strategie fertigzustellen.

Anfang 2021 wollten mehrere involvierte Personen, welche die langwierige und immer weniger sinnvoll erscheinende Arbeit leid waren, sich aus dem Projekt zurückziehen. Doch gleichzeitig wollte eine Person, die nun endlich Zeit hatte, sich um die Fertigstellung der Strategie zu kümmern, den Prozess zu Ende führen, und schlug vor, die Strategie in ihrem aktuellen Zustand zu übersetzen und dabei gewisse sich wiederholende Abschnitte zu

streichen, einige Elemente (z.B. Projektnamen) zu aktualisieren und einige Abschnitte hinzuzufügen, die von den Menschen in der Arbeitsgruppe vorgeschlagen wurden. Sie machte diesen Vorschlag, da in der Arbeitsgruppe mehrere Menschen den Prozess abschliessen wollten, sich aber entweder nicht einbringen wollten oder keine Zeit dafür hatten.

Erst im Januar 2022 schaffte es diese Person mit zwei anderen Menschen, die sich um die Überseetzung kümmerten, den Prozess schliesslich zu Ende zu führen. Sie hat ausserdem entschieden, die nach dem nationalen Treffen am Dokument vorgenommenen Änderungen sichtbar zu lassen:

- rot: Streichung von Absätzen (aufgrund von Wiederholungen)
- blau: aktualisierte Elemente (z.B. wurde das Projekt "Green New Deal" zum Projekt "System Change", das von einer nationalen Arbeitsgruppe durchgeführt wird, und das anders als in der Strategie ursprünglich vorgesehen)
- gelb: Teile, die im Laufe des Überarbeitungsprozesses hinzugefügt wurden.

Die Idee ist es, dazu zu stehen, dass der Finalisierungsprozess der Strategie nie fertiggestellt werden konnte, aber ohne die vorgeschlagenen Änderungen abzulehnen oder unsichtbar zu machen.

Das aktuelle Dokument ist also im April 2022, eineinhalb Jahre nach dem nationalen Treffen, endlich fertig und wird mit den Menschen in der Bewegung geteilt.

Präambel

Dieses Dokument ist wie folgt unterteilt:

- Eine Zusammenfassung des Dokuments (Ziele, Analyse, Massnahmen, Zeitplan)
- Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis (S. 11)
- Eine Einführung
- Unsere Ziele (allgemein)
- Eine Analyse, was in der Schweiz getan werden sollte, um diese Ziele zu erreichen
- Die Rolle des Klimastreiks in der Schweiz (was kann und sollte getan werden)
- Ein vollständiger Kalender
- Vorschläge zur Struktur und Identität des Klimastreiks

Zur leichteren Lesbarkeit haben wir zu Beginn eine Zusammenfassung unseres Vorschlags erstellt. Es ist jedoch wichtig zu verstehen, dass diese Vorschläge auf unserer Analyse beruhen und dass eine vollständige Lektüre erforderlich ist, um alle Feinheiten zu verstehen.

Wir sind uns bewusst, dass dieses Dokument sehr lang ist und bedauern dies. Leider reichte die Zeit nicht aus, um es weiter zusammenzufassen. Trotzdem hoffen wir, dass die Dichte des Textes euch zumindest ein besseres Verständnis für unseren Standpunkt ermöglicht.

Zusammenfassung

Zusammenfassung unserer Ziele

Wir sind der Meinung, dass die Ziele des Klimastreiks, wie auch der übrigen Umwelt- und **Menschenrechtsbewegungen** in der Schweiz, folgende sein sollten:

- Bewältigung der Klima- und Biodiversitätskrise
 - Mit klaren und starken Zielen: Netto 0 bis 2030. Wir müssen unbedingt ein striktes Kohlenstoffbudget einhalten, wenn wir die Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf 1,5°C begrenzen wollen. Auch andere planetare Grenzen müssen beachtet werden.
 - Mit einem völligen Paradigmenwechsel, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich. Der Mythos des unendlichen materiellen Wachstums kann nicht länger die Richtschnur der westlichen Gesellschaft sein.
 - Durch die Schaffung von Netzwerken der Resilienz, Zusammenarbeit und Solidarität, sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene.

- Eine Welt der Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichheit schaffen
 - Durch Befolgung der Grundsätze der Klimagerechtigkeit. Es ist nicht Aufgabe der Länder des globalen Südens, die historisch kolonisiert und bis heute ausgebeutet werden, finanziell und materiell für die Länder des Nordens zu zahlen.
 - Indem wir eine Welt aufbauen, in der kein Lebewesen einem anderen unterlegen ist. Sei es auf menschlicher Ebene zwischen Geschlechtsidentitäten, Herkunft, Religionen, sexuellen Orientierungen, Behinderungen oder Klassen, aber auch zwischen den Arten. Alle sollten Zugang zu dem haben, was sie brauchen, um ihr volles Potenzial zu entfalten.
 - Durch die Abschaffung aller Unterdrückungs- und Herrschaftssysteme: Imperialismus, Neokolonialismus, Patriarchat, Heteronormativität und weisse Vorherrschaft.

Zusammenfassung unserer Analyse

Unsere Analyse lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Wir befinden uns derzeit in einer Phase der akuten Krise des Kapitalismus, in der wir eine noch nie dagewesene wirtschaftliche Depression durchmachen. In einer solchen Situation haben das Grosskapital und die Superreichen (**man denke nur an und**) das alleinige Ziel, ihre Profite zu sichern und vor allem zu steigern, und zwar auf Kosten der Lebensbedingungen und des Überlebens der Menschen, wobei die am stärksten ausgegrenzten oder prekarisierten Menschen auf dem ganzen Planeten unterschiedlich betroffen sind. Das Grosskapital und die Superreichen werden uns also nicht retten und könnten sogar ihre Bündnisse mit offen autoritären Bewegungen und Regierungen stärken, was zu ökofaschistischen Reaktionen auf Umweltkatastrophen führen könnte, wie es bereits in vielen Ländern der Fall ist.
- In der Schweiz (und das ist aussergewöhnlich!) und in der ganzen Welt sind die sozialen Kämpfe auf dem Vormarsch. Die verschiedenen Komponenten der Umweltbewegung (einschließlich des Klimastreiks), die anderen sozialen Bewegungen (Frauenstreik, antirassistische Bewegungen, Studentenmobilisierungen...) und die Gewerkschaften haben gemeinsame Interessen und Gegner*innen. Es ist daher notwendig, die in den letzten Jahren eingeleiteten Kämpfe zusammenzuführen.

- Die Schweizer Institutionen und die Demokratie unterliegen Gründungsmythen und Stabilisatoren (Säulen der Macht): Die "Demokratie" ist im täglichen und lokalen Leben der Schweizer Bevölkerung nicht so präsent, wie mensch meinen könnte; die schweizerische Neutralität ist ein Täuschungsmanöver, um ihre historische und aktuelle imperialistische Verantwortung zu verbergen; der Arbeitsfrieden ist problematisch, da er darauf abzielt, die Arbeiter*innen und Gewerkschaften in einer unproduktiven Zusammenarbeit mit den herrschenden Klassen zu halten; die Souveränität und die Autonomie der Schweiz sind nicht so, wie mensch meinen könnte...
- Der Finanzplatz Schweiz und die hier ansässigen transnationalen Unternehmen, die die lokalen und internationalen steuerlichen und rechtlichen Spielräume nutzen, gehören zu den Pfeilern des internationalen kapitalistischen Systems (von dem die Stabilität der gesamten Weltwirtschaft abhängt).
- Deshalb haben wir festgestellt, dass ein Systemwandel notwendig ist. Dieser Wandel erfordert eine massive Mobilisierung der Bevölkerung.

Um diesen Systemwandel zu erreichen, scheinen uns die folgenden Punkte für die sozialen Bewegungen in der Schweiz in den kommenden Jahren am wichtigsten zu sein:

- Kipppunkte können und sollten ausgelöst werden, um einen unmittelbaren und systemischen Wandel zu fördern. Ein weit verbreitetes Bewusstsein für die Notwendigkeit und Möglichkeit eines systemischen Wandels kann geschaffen werden, wenn die Menschen erkennen, dass unsere Systeme nicht nach linearen Regeln funktionieren und dass ihr Handeln globale Auswirkungen hat, wenn sie sich mit dem lokalen Finanzzentrum auseinandersetzen.
- Die Förderung und Organisierung einer Massenbewegung ist von grundlegender Bedeutung. Sie wird der Motor des Wandels sein. Dies wird insbesondere ermöglichen:
 - soziale Gruppen, die an der Spitze der ökologischen und sozialen Kämpfe stehen, um alle Arbeitnehmenden in den Wiederaufbau einer anderen Welt mitzunehmen.
 - den klugen und massvollen Einsatz der institutionellen Instrumente (insbesondere der direkten Demokratie), um eine positive Veränderung der Machtverhältnisse zu erreichen.

- auch zu massenhaftem zivilen Ungehorsam überzugehen und so eine Atmosphäre des Wandels/des Aufstands zu schaffen, die es ermöglicht, Wirtschaftstreiks oder sogar einen Generalstreik zu provozieren, der für die Herstellung eines Kräftegleichgewichts, das eine tiefgreifende Umgestaltung der Gesellschaft ermöglicht, von grundlegender Bedeutung ist.
- Entkolonialisierung des Kampfes gegen die Klimakrise durch eine ganzheitliche, integrative und positive Sichtweise des Wandels und durch aktive Zusammenarbeit mit denjenigen, die am meisten von den Ursachen und Folgen der Klimakrise betroffen sind.
- ein Übergangsprogramm zu entwickeln und sich darin zu vereinen, das allein in der Lage ist, die Kluft zwischen der heutigen Gesellschaft und der Gesellschaft, die wir aufbauen wollen, zu überbrücken (die heutigen objektiven Bedingungen und die subjektiven Wünsche derjenigen, die glauben wollen, dass andere Alternativen möglich sind).
- die Verbindung zwischen all den alternativen Strukturen herzustellen, die sich auf verschiedenen Ebenen entwickeln und die Grundlage des Wandels bilden. (die Erkenntnis zuzulassen, dass nur ein vollständiger Bruch mit dem System - durch Überschreiten einer Situation der Dualität der Macht - es ermöglichen wird, aus diesem "Katastrophenkapitalismus" herauszukommen).

Auch hier ist es zwingend erforderlich, den Rest des Dokuments zu lesen, um diese Punkte tiefer zu verstehen.

Zusammenfassung der vom Klimastreik zu ergreifenden Massnahmen

Der Klimastreik spielt eine wichtige und entscheidende Rolle bei der Umgestaltung unserer gesamten Gesellschaft. Gemeinsam mit anderen Bewegungen müssen wir uns an einer tiefgreifenden Veränderung beteiligen - als aktives Subjekt. (Wir sehen uns selbst als den notwendigen Motor für das, was getan werden muss). Wir erkennen an, dass das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, wie wir es heute kennen, überwunden werden muss, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen. Alle unsere Aktivitäten sollten einer ganzheitlichen und verständlichen Strategie folgen, dieselben Werte und Prinzipien verfolgen und in all unseren Handlungen radikal und fair sein. Und vor allem dazu beitragen, eine gerechte und gleiche (andere) Welt zu schaffen. Eine andere Welt ist möglich - das zeigt uns unser Aktivismus und unsere Bewegung! Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass ein solch grundlegender und radikaler sozialer Wandel in der Art und Weise, wie wir auf diesem Planeten leben, nur möglich ist, wenn wir auf verschiedenen Ebenen aktiv sind. Wir können uns nicht auf ein einziges Projekt konzentrieren. Erforderlich sind die Kombination,

die Gleichzeitigkeit, die Dezentralisierung, die Komplementarität und die Vielfalt der Aktivitäten. Konkret bedeutet dies, dass wir daran arbeiten, dieses zerstörerische System, die Strukturen der Ausbeutung, zu überwinden. Zu diesen Aktionen gehören beispielsweise der Strike for Future, massenhafter Ungehorsam gegenüber dem Finanzplatz, aktive Verbindungen und Solidarität mit den Bewegungen für Agrarökologie und Bäuer*innenrechte, Schulungen zum besseren Verständnis und zur Dekonstruktion der Straffreiheit, die transnationale Unternehmen genießen, oder Klimaversammlungen in den Stadtvierteln... Gleichzeitig müssen wir eine neue Welt aufbauen, alternative Strukturen schaffen und Formen des Austauschs fördern, die den Bedürfnissen aller gerecht werden und auf Solidarität und der Aufwertung der Fähigkeiten und der Zeit aller beruhen. Die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Fürsorge/Selbstfürsorge muss ein integraler Bestandteil unserer Strategien sein, denn nur so haben wir die Kraft, gemeinsam zu kämpfen und die Kreativität, unsere Ziele zu erreichen.

Die Strategie des Klimastreiks basiert auf den folgenden Projekten:

- **Strike for Future**
 - Mit dem Strike for Future verfolgen wir das Ziel, unseren Kampf auf andere Schichten der Gesellschaft auszuweiten. Die arbeitende Bevölkerung muss im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Im Rahmen des Strike for Future nähern wir uns anderen Bewegungen an und arbeiten mit ihnen zusammen. Es müssen regionale Streikkollektive gebildet und unterstützt werden, in denen sich die Aktivist*innen selbst organisieren. Unser Horizont muss der des ökonomischen Streiks und des Generalstreiks sein.

- **Das Programm "Green New Deal"**
 - Um eine Antwort auf das versagende System, die institutionelle Politik und damit auf die verschiedenen Krisen zu geben, sind wir davon überzeugt, dass ein Übergangsprogramm notwendig ist, ein Green New Deal. Es sollte klargestellt werden, dass es sich um ein Übergangsprogramm handelt, das auf sozialen Werten basiert und eindeutig auf Degrowth, vollständige Demokratisierung und selbstverwaltete ökologische Planung im Bruch mit dem kapitalistischen System ausgerichtet ist. Es ist daher notwendig, dass wir als Klimastreik einen radikalen Green New Deal entwickeln - nicht allein, sondern in einem partizipativen Prozess, der andere grundlegende Akteur*innen wie soziale Bewegungen, Lebensmittelproduzent*innen und Gewerkschaften einbezieht. Der Green New Deal soll eine Vision einer sozialen, ökologischen und gerechten Welt aufzeigen, die es ihnen ermöglicht, die notwendigen Kräfte und Dynamiken zu entwickeln, um eine

unmittelbare und ökosoziale Transformation unserer Gesellschaften zu ermöglichen.

- **Die Entwicklung von alternativen Strukturen**

- Die Entwicklung alternativer Strukturen ist unerlässlich. Unter alternativen Strukturen verstehen wir einerseits ganz konkrete Projekte wie Klimaversammlungen, Versorgungsnetze, alternative Wohnformen und genossenschaftliche Instrumente, die entwickelt wurden, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Es geht darum, wie wir unser Leben unabhängig und autonom organisieren können, ausserhalb der kapitalistischen und herrschaftlichen Zwänge. Es ist wichtig zu wissen, dass es sich um lokale und kleine Projekte oder um grössere und weitreichendere Projekte handeln kann. Jede dieser alternativen Strukturen muss politisch sein und darauf abzielen, bestehende Realitäten in Frage zu stellen und zu ersetzen. Diese alternativen Strukturen stärken unsere Fähigkeit, Widerstand zu leisten, und die Fähigkeit unserer Bewegungen. Ziel ist es, eine auf Mitbestimmung und Unabhängigkeit beruhende Dualität der Macht aufzubauen, die das bestehende System konkret in Frage stellen kann. Diese alternativen Strukturen müssen in der Lage sein, konkrete und nachhaltige Lebensgrundlagen zu schaffen.

- **Der Wandel des Finanzplatzes**

- Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass der Schweizer Finanzplatz eine enorme Verantwortung für die Krisen unserer Zeit trägt. Der Wille zum Handeln ist in unserer Bewegung und weit darüber hinaus vorhanden. Deshalb wollen wir im Rahmen eines breiten Bündnisses (das eine Vielzahl unterschiedlicher Akteur*innen hinter einer "gemeinsamen Front" vereint) ein transformatives Projekt gegen den Finanzplatz mit drei Aktionsformen durchführen: massenhafter ziviler Ungehorsam, eine Volksinitiative und die Entwicklung und Vernetzung von Alternativen. Mit diesen verschiedenen Aktionsformen ermöglichen wir vielen Menschen und Akteur*innen, sich daran zu beteiligen, den Schweizer Finanzplatz in die Schranken zu weisen und damit ökosozialen Ansprüchen gerecht zu werden.

- **Das Referendum gegen das CO2-Gesetz**

- Das derzeitige CO2-Gesetz ist in dieser Form nicht akzeptabel. Es ist das historisch wichtigste Instrument der Schweizer Klimapolitik und in seiner aktuellen Fassung unbrauchbar. Wir sind daher der Meinung, dass wir aktiv gegen dieses unzureichende Gesetz, das unsere Ziele gefährdet, vorgehen

müssen. Unsere Gegenposition durch ein Referendum könnte eine Art Schock auslösen, der eine kollektive Dynamik und die notwendige Instabilität erzeugt, die wir brauchen, um den gewünschten Wandel einzuleiten.

Streichung des Absatzes über die internationale Kampagne gegen die Luftfahrtindustrie

Zusammenfassung des Kalenders

Chronologisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind die wichtigsten Daten wie folgt:

- **Auf Dauer und kontinuierlich:**
 - Schaffung lokaler alternativer Strukturen
 - Zusammenarbeit mit unseren verschiedenen Verbündeten

- **Bis Ende 2020 :**
 - 13. September - Nationales Treffen Strike for Future
 - 20-25 September – Rise up for Change
 - 26.-27. September - Lancierung des Referendumskomitees zum CO2-Gesetz
 - Oktober - Berufung: Koalition gegen den Finanzplatz
 - Mitte Oktober - Nationaler Tag für die Konstituierung der kantonalen St4F-Komitees
 - November - Drittes nationales St4F-Treffen
 - Dezember - **Viertes** nationales St4F-Treffen

- **Anfang 2021:**
 - Januar - **Fünftes** nationales St4F-Treffen
 - Januar - Zweiter «Geburtstag»
 - **17. Januar - Nationaler Tag der Klimaversammlungen**
 - Januar - Erste Aktionen gegen den Finanzplatz
 - Februar - Aktionswoche
 - "Februar - Nationale Mobilisierung / Kick-off-Termin für den Strike for Future
 - 27. Februar - Essen ist Politik / Landwirtschaft mit Zukunft
 - Ende März - 9. nationales Treffen
 - **"April - Kampagne zum Green New Deal beginnt"**
 - 21. Mai 2020 - St4F

Nach Mai 2021 :

- 14. Juni - Feministischer Streik (Zusammenarbeit!)

- September - Ankündigung und Mobilisierung des AHV-Referendums
- September 2021 – grosses St4F-Treffen

Dokument - Inhaltsverzeichnis

Kontext	2
Präambel	3
Zusammenfassung	4
Zusammenfassung unserer Ziele	4
Zusammenfassung unserer Analyse	5
Zusammenfassung der vom Klimastreik zu ergreifenden Massnahmen	7
<i>Zusammenfassung des Kalenders</i>	9
Dokument - Inhaltsverzeichnis [wird implementiert, wenn das Dokument angenommen wurde].	10
1. Einführung	13
2. Zielsetzungen - das grosse Ganze	14
Von sozialen und ökologischen Katastrophen bis zum Kataklysmus	15
<i>Planetare Grenzen</i>	15
<i>Biologische Vielfalt</i>	16
<i>Klima</i>	16
<i>Pariser Abkommen</i>	17
<i>Netto 0 bis 2030 und Kohlenstoffbudget</i>	18
<i>Klimagerechtigkeit</i>	19
<i>Soziale und demokratische Ökologie</i>	20
3. Analyse - Schweiz 2020	22
Was es schon gibt	22
<i>Stand der Dinge bei den sozialen Bewegungen</i>	23
<i>Umweltbewegung</i>	23
<i>Gewerkschaftsbewegung</i>	26
<i>Andere Kämpfe und soziale Bewegungen</i>	27
<i>Die Säulen der Macht</i>	28
<i>Die Mythen der Schweiz und ihrer Institutionen</i>	29
<i>Der Mythos der Demokratie</i>	29
<i>Der Mythos der Neutralität</i>	29
<i>Der Mythos vom Arbeitsfrieden</i>	29
<i>Mythos von Autonomie und Souveränität</i>	30
<i>Unternehmen</i>	30
<i>Der Finanzplatz</i>	31
<i>Transnationale Unternehmen</i>	31
<i>Internet</i>	32
Kapitalismus und Klassenbewusstsein	32
<i>Von der Krise zur wirtschaftlichen Depression?</i>	33

<i>Milliardär*innen werden uns nicht retten!</i>	33
<i>Die Möglichkeit des Ökofaschismus</i>	34
4. Ein Systemwandel ist notwendig - Was muss getan werden?	36
<i>Kipppunkte</i>	37
<i>Eine (nicht) lineare Sichtweise</i>	37
<i>Der Finanzplatz</i>	37
Massenbewegung	38
<i>Wer sollte handeln und warum?</i>	38
<i>Eskalation</i>	40
<i>Institutionelle Instrumente: Warum sollten wir sie sorgfältig einsetzen?</i>	41
Die Frage der Gewalt	43
<i>Jenseits von Gewalt und Gewaltlosigkeit: für eine befreite direkte Aktion!</i>	43
<i>Massenhafter Ungehorsam</i>	45
<i>Massenorganisationen</i>	45
<i>Nicht nur "ziviler Ungehorsam"</i>	45
<i>Generalstreiks</i>	46
<i>Ohne die Arbeiter*innen steht die gesamte Produktion still!</i>	46
<i>Der Generalstreik von 1936 in Frankreich</i>	47
<i>Konvergenzen und Divergenzen</i>	48
<i>Wer sind unsere Verbündeten?</i>	49
<i>Interdisziplinarität</i>	51
Transitionsprogramm	52
<i>Übergangsforderungen</i>	52
<i>Werkzeug für den Übergang/den Zusammenbruch</i>	53
<i>Brücken zwischen den Bewegungen und der Welt von morgen</i>	53
<i>Dezentralisierung</i>	53
<i>Vielfalt von Aktionen</i>	53
<i>Vielfalt der Handlungsebenen</i>	54
<i>Vollständige Demokratisierung</i>	54
<i>Föderalismus</i>	54
<i>Eine Alternative</i>	54
<i>Wie kann diese Alternative entwickelt werden?</i>	55
<i>Landwirtschaft</i>	55
<i>Internationale Kampagnen</i>	56
Politische Krisen: Instabilität und Machtdynamik	57
<i>Kipppunkt(e)</i>	57
<i>Die Dualität der Macht (oder: wenn die Macht den Wandel fürchtet)</i>	57
5. Was wir tun müssen	59
Aktionen	59
<i>Projekte</i>	59
<i>Vom Strike for Future zum Generalstreik</i>	59

<i>Klimaaktionsplan und/oder Green New Deal?</i>	61
<i>Aufbau von alternativen Strukturen</i>	64
<i>Ungehorsam und Umgestaltung des Finanzsektors</i>	65
<i>Referendum gegen das CO2 Gesetz</i>	69
Kalender	74
6. Struktur	77
<i>Für eine dezentralisierte, föderalistische und pluralistische Organisation</i>	77
<i>Nationale Ebene</i>	77
<i>Nationale Treffen</i>	77
<i>Regionale Ebene</i>	77
<i>Kantonale Ebene</i>	78
<i>Gruppen und/oder nicht gemischte Räume</i>	78
<i>Lokalgruppen</i>	78
<i>Ausbildungsorte</i>	78
<i>Arbeitsstätten</i>	78
<i>Alternative Strukturen</i>	79
<i>Interne Schulungsprogramme</i>	79
<i>Grundsätze und Werte</i>	79
<i>Gemeinsame Erklärung</i>	80
<i>Zentrale Werte</i>	80
<i>Interne Grundsätze und Werte</i>	80
<i>Interne Kultur</i>	80
7. Forderungen	81
<i>1. Umweltkatastrophen und Kipppunkte</i>	81
<i>2. Planetare Grenzen, Kohlenstoffbudget und 1,5°C</i>	81
<i>3. Sicherstellung von (Klima-)Gerechtigkeit</i>	81
<i>4. System change not climate change!</i>	81
<i>5. Green New Deal</i>	82

1. Einführung

Unserer Ansicht nach "ist die Strategie ein globales, bewusstes politisches Projekt, ein reformistisches/transformatorisches/revolutionäres Projekt, basierend auf einer strategischen Annahme, d. h. in der festen Überzeugung, dass eine bestimmte Methode zu den gewünschten Veränderungen führen wird. Die Strategie lässt sich nicht auf eine einzige Taktik reduzieren, sie ist die Summe aller Taktiken, die auf das gleiche Ziel ausgerichtet sind". Ebenso sind "die Taktiken¹ pünktlicher: angesichts einer gegebenen Situation, einer gegebenen Realität, ist es das System von Massnahmen und Mitteln, die mit Blick auf die Gesamtstrategie getroffen werden. Die Strategie ist das Tagesgeschäft der Politik, während die Politik das große Ganze der Politik darstellt².

Kontext des nationalen Treffens

Dieses siebte nationale Treffen des Klimastreiks findet in einer Zeit der Systemkrise statt. Die Covid-19-Pandemie hat unser Leben auf den Kopf gestellt, was zu noch nie dagewesenen politischen Reaktionen führte. Der Klimastreik hat es nicht geschafft, die durch den Ausbruch dieser Pandemie entstandene *Dynamik* zu nutzen. Trotz grosser Energie haben uns die Schwäche unserer Strukturen, das Fehlen einer gemeinsamen Vision und vor allem das Fehlen einer kurz- und langfristigen Strategie daran gehindert, gemeinsam und wirksam zu handeln. Auch wir befinden uns in einer Krise.

Streichung des Kontextabsatzes des Vorschlags

¹ Die beiden letztgenannten Begriffe (Strategie und Taktik) entstammen dem militärischen Vokabular und werden in der Alltagssprache - leider - oft als Synonyme verwendet.

² Wir übernehmen diese Definitionen aus dem Werk einer französischen feministischen Aktivistin: Aurore Koechlin, *La révolution féministe*, Éditions Amsterdam, Paris, 2019, S. 113-159.

2. Zielsetzungen - das grosse Ganze

Wir machen eine einfache Feststellung: Wir steuern auf eine Katastrophe zu. Das derzeitige System verspricht uns ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), aber es gibt auch viele Verluste in Bezug auf die Menschen- und Umweltrechte: Land- und Wasserraub, der zur Zerstörung der biologischen Vielfalt führt, massives Verschwinden der Subsistenzlandwirtschaft oder der Fischzucht, interne und externe Vertreibung von Gemeinschaften und Einzelpersonen und natürlich Massenaussterben. Die zunehmende Unsicherheit von Arbeitsplätzen in der ganzen Welt ist eine weitere Folge des bestehenden Systems, und marginalisierte Menschen wie Frauen, LGBTIQ+-Personen und rassifizierte Menschen sind am stärksten betroffen. Die anhaltenden Umweltverschmutzungen bedrohen direkt viele Gesellschaften (indigene Völker, ländliche Gemeinschaften, freiwillig isoliert lebende Menschen...) und in vielen Teilen der Welt das Überleben von Menschen, die nicht nur unter erzwungener Migration leiden, sondern auch Opfer von Gewalt werden, die von multinationalen Unternehmen und Staaten zur Verteidigung ihrer finanziellen Interessen finanziert wird. Darüber hinaus sind auch die Küstengemeinden durch den Anstieg des Meeresspiegels und die Erosion unmittelbar gefährdet. Ausserdem stellen die Erwärmung der Gewässer und die Tourismusindustrie eine ernsthafte Bedrohung für die Fischergemeinden dar. Ländliche und indigene Gemeinschaften auf der ganzen Welt sind die einzigen Inhaber*innen des traditionellen Wissens, das benötigt wird, um die Auswirkungen der Klimaerhitzung auf die biologische Vielfalt abzumildern. Ihr Verlust an Rechten und Lebensraum bedroht unmittelbar das ökologische Gleichgewicht des Planeten und langfristig auch das Überleben der Menschen auf der Welt.

Streichung eines Absatzes Der Klimastreik Schweiz anerkennt, dass die Mitglieder der Bewegung zwar nicht aus dem gleichen sozioökonomischen Umfeld stammen, aber dennoch mehrheitlich privilegiert sind und dass Anstrengungen unternommen werden müssen, um bestimmte Positionen zu dekonstruieren und Räume für die direkt Betroffenen zu öffnen. Weiter ist zwar klar, dass einige individuelle Verhaltensweisen geändert werden müssen, aber die Auswirkungen individueller Entscheidungen (insbesondere des Konsumverhaltens) bleiben angesichts der systemischen Faktoren (politische Entscheidungen, Rolle des Finanzplatzes usw.) lächerlich. Diese Beobachtungen müssen die Bewegung bei der Festlegung ihrer Forderungen und Aktionen leiten. Wenn das Hauptziel des Klimastreiks tatsächlich darin besteht, die Umwelt und die Lebewesen (einschließlich der menschlichen Spezies) zu erhalten, geht es darum, die strukturellen Ursachen für die Katastrophe zu ermitteln, und nicht darum, die Menschheit zu beschuldigen, als ob sie einheitlich verantwortlich wäre. Es geht also nicht so sehr darum,

"die Welt zu retten", sondern vielmehr darum, zu entscheiden, welche Welt wir aufbauen und welche wir zerstören wollen.

Von sozialen und ökologischen Katastrophen bis zum Kataklysmus

Planetare Grenzen

Um die Auswirkungen menschlicher Gesellschaften auf das Gleichgewicht des Planeten bewerten und quantifizieren zu können, hat ein internationales Team von Wissenschaftler*innen das Konzept der planetaren Grenzen³ entwickelt. Diese Forscher*innen haben zehn Grenzwerte ermittelt, die nicht überschritten werden dürfen, da sonst das planetare Ökosystem ernsthaft und dauerhaft destabilisiert wird. Von diesen zehn Grenzen scheinen drei bereits überschritten worden zu sein oder kurz davor zu stehen (Klima, Biodiversität und biogeochemische Zyklen von Stickstoff und Phosphor).

Biologische Vielfalt

Die aktuellen globalen Herausforderungen reichen von der Klimakrise bis zum Zusammenbruch der biologischen Vielfalt. Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) hat gerade Alarm geschlagen⁴. Heute sind 75 % der kontinentalen Oberfläche, 40 % der Meeresumwelt und 50 % der Flüsse durch menschliche Aktivitäten stark verändert. Die biologische Vielfalt geht mit einer in der Geschichte der Menschheit noch nie dagewesenen Geschwindigkeit zurück: Das Artensterben ist 10 bis 100-mal grösser als in den letzten zehn Millionen Jahren. Dies könnte durchaus der Beginn des sechsten Massenaussterbens sein⁵. Eine Million Tier- und Pflanzenarten sind heute vom Aussterben bedroht. Jedes Aussterben ist unumkehrbar. In der Schweiz sind 51 % der Arten direkt oder potenziell bedroht. Der Druck auf die biologische Vielfalt ist vor allem auf die Zerstörung von Lebensräumen und die Verschmutzung durch die Landwirtschaft (Pestizide, Herbizide, Düngemittel usw.) sowie auf die Übernutzung des Bodens zurückzuführen. Diese Ausrottung der biologischen Vielfalt ist

³ W. Steffen et al, Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet, Science 347, (2015), DOI: 10.1126/science.1259855.

⁴ Pressemitteilung verfügbar unter: <https://ipbes.net/news/Media-Release-Global-Assessment-Fr>

⁵ Ein Massenaussterben findet statt, wenn mehr als 75 % der Arten auf der Erde in einem geologisch gesehen relativ kurzen Zeitraum aussterben. Das fünfte grosse Aussterben fand vor 65 Millionen Jahren statt, als die Dinosaurier von der Erdoberfläche verschwanden. Siehe A. Barnosky et al, Has the earth's sixth mass extinction already arrived? Die Natur. 471. (2011) 51-7. DOI:10.1038/nature09678.

äußerst besorgniserregend, wenn man die zahllosen unersetzlichen und unverzichtbaren Ökosystemleistungen bedenkt, die der Mensch erbringt (Gesundheit, Ernährung, kulturelle Beiträge usw.).

Klima

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre unaufhörlich exponentiell zugenommen. Die Konzentration des wichtigsten Treibhausgases, Kohlendioxid (CO_2), ist von 280 ppm (vorindustrielles Niveau) auf heute über 410 ppm angestiegen. Im Jahr 2018 schätzte der Weltklimarat (IPCC), dass menschliche Aktivitäten bereits für einen durchschnittlichen Temperaturanstieg von etwa 1°C verantwortlich sind. Der Temperaturanstieg in der Schweiz ist deutlich höher als im globalen Durchschnitt: Seit 1864 sind die Temperaturen tatsächlich um fast 2°C gestiegen.

In seinem jüngsten Bericht⁶ vergleicht der IPCC die Folgen einer globalen Erhitzung um $1,5^\circ$ im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter mit einer Erhitzung um 2° . Ein globaler Temperaturanstieg um $1,5^\circ\text{C}$, der zwischen 2030 und 2052 erreicht werden könnte, hätte sehr schwerwiegende Folgen, wie das Abschmelzen von Eis, den Anstieg des Meeresspiegels und die Zunahme extremer Wetterereignisse (z. B. Überschwemmungen, Wirbelstürme). Diese Auswirkungen sind jedoch viel geringer als bei einer Erwärmung um 2°C , bei der all diese Phänomene noch verschärft würden.

Die Klimaerhitzung ist kein linearer Prozess. Wissenschaftler*innen schätzen, dass bei einem Temperaturanstieg von mehr als 2°C bis 2100 Kipppunkte⁷ erreicht werden, was zu einem irreversiblen Kippen des Klimasystems führen würde. Steigende Temperaturen könnten beispielsweise den Permafrost (eine Bodenschicht, die dauerhaft gefroren bleibt) in Sibirien und Nordkanada auftauen und riesige Mengen Methan (ein Gas, dessen Treibhauseffekt in 20 Jahren mehr als 50-mal größer ist als der von CO_2) in die Atmosphäre freisetzen. Dies würde zu einem erheblichen Temperaturanstieg führen, der wiederum das Auftauen des Permafrosts beschleunigen und noch mehr Methan freisetzen würde. Wissenschaftler*innen haben mehr als ein Dutzend möglicher Schwellenwerte für Kipppunkte mit unterschiedlichen Auswirkungen und Wahrscheinlichkeiten⁸ ermittelt.

Die Berücksichtigung dieser Daten erfordert die dringende Umsetzung von Massnahmen zur Regeneration der Ökosysteme und Erhaltung des Klimagleichgewichts. Während sich die

⁶ Verfügbar unter

https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/09/IPCC-Special-Report-1.5-SPM_fr.pdf.

⁷ Der Begriff "Kipppunkt" bezieht sich auf einen Punkt, an dem eine kleine Veränderung ausreicht, um das Klima (oder ein Ökosystem) radikal und unumkehrbar zu verändern.

⁸ Ein aktuelles Update finden Sie unter : T. M. Lenton, Climate tipping points - too risky to bet against, Nature 575, 592-595 (2019). Doi: 10.1038/d41586-019-03595-0.

Wissenschaftler*innen einig sind, dass alles getan werden muss, um zu vermeiden, dass eine Erwärmung von mehr als 1,5°C erreicht wird, sieht die politische Realität ganz anders aus. Tatsächlich wird die Wahrscheinlichkeit, dass es möglich sein wird, die Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen, nach dem derzeitigen Stand der Dinge auf 1% geschätzt (und auf 5% für 2°)⁹.

Pariser Abkommen¹⁰

2015 haben sich die Unterzeichnerstaaten des "Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen" (UNFCCC) in Paris dazu verpflichtet, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2100 deutlich unter 2°C zu halten (mit dem Ziel, ihn unter 1,5°C zu halten). Zwischen diesem Ziel und den angekündigten Verpflichtungen sowie zwischen diesen Verpflichtungen und den ergriffenen Maßnahmen klafft jedoch eine grosse Lücke. Würden alle offiziellen Ziele der Staaten eingehalten, würden wir auf eine globale Erwärmung von 3,5°C zusteuern (und damit weit vom 2°C-Ziel entfernt sein). Da zudem viele Verpflichtungen derzeit nicht eingehalten werden, ist ein Anstieg von 4 bis 7°C wahrscheinlich.

Die Situation ist paradox: Trotz der erklärten Ambitionen meldete das jüngste Bulletin der Weltwetterorganisation (WMO) für die drei wichtigsten vom Menschen verursachten Treibhausgase (CO₂, CH₄ und N₂O) im Jahr 2018 höhere Emissionswerte als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre¹¹, und es gibt keine Anzeichen für eine Verlangsamung. Ein kürzlich veröffentlichter UN-Bericht weist auch auf die Untätigkeit der Mitgliedstaaten in der Klimafrage¹² hin. Um das 1,5°C-Ziel zu erreichen, müssten die Länder ihre Verpflichtungen um das Fünffache erhöhen. Auf globaler Ebene bedeutet dies eine Verringerung der Emissionen um 7,6 % pro Jahr von 2020 bis 2030 (-50 % über 10 Jahre), um eine 66-prozentige Chance zu haben, bis 2100 unter der entscheidenden globalen Erwärmung von +1,5 °C zu bleiben¹³.

⁹ A. E. Raftery, Weniger als 2°C Erwärmung bis 2100 unwahrscheinlich, Nature Climate Change 7, 637-641 (2017). Doi:10.1038/nclimate3352.

¹⁰ Es sei daran erinnert, dass die Pariser Vereinbarungen nur eine symbolische moralische Aussage sind, da die Staaten nicht rechtlich verpflichtet sind, diese Ziele zu erreichen

¹¹ Pressemitteilung verfügbar unter:

<https://public.wmo.int/fr/medias/communiqu%C3%A9s-de-presse/la-tendance-%C3%A0-la-hausse-se-poursuit-les-concentrations-de-gaz-%C3%A0-effet>

¹² Bericht verfügbar unter: <https://unric.org/fr/climat-les-engagements-des-etats-tres-insuffisants/>

¹³ UNEP, Emissionsminderungsbedarf und -chancen - Lückenbericht 2019. Nairobi: Umweltprogramm der Vereinten Nationen (2019).

Netto 0 bis 2030 und Kohlenstoffbudget

Das Konzept des "Kohlenstoffbudgets" ermöglicht es, die absolute Menge an CO₂ zu berechnen, die wir noch in die Atmosphäre emittieren dürfen, ohne dass die globale Erhitzung die aushaltbaren Grenzen für Umwelt und Lebewesen überschreitet. Dies ist natürlich ein relativer Begriff, aber die wissenschaftlichen Daten erlauben es uns, den verbleibenden Spielraum abzuschätzen. Dieser Spielraum ist sehr gering, und bei der Geschwindigkeit der derzeitigen politischen Entscheidungen werden in den kommenden Jahren viele Kipppunkte überschritten werden.

Die Lage ist also äusserst dringlich: Jedes Zehntelgrad zählt! Darum fordert der Klimastreik "netto null Emissionen in der Schweiz bis 2030". Der Klimastreik fordert auch, dass die importierten grauen Emissionen bis 2030 auf null reduziert werden. Diese grauen Emissionen, die aus Importen stammen, sind verantwortlich für $\frac{2}{3}$ der gesamten Emissionen (und des Verbrauchs) der Schweiz und müssen daher in die Berechnung einbezogen werden. Eine vernünftige und kohärente Klimapolitik muss genaue messbare Ziele auf der Grundlage eines strengen Kohlenstoffbudgets beinhalten. Die Emissionen müssen so schnell wie möglich auf netto null reduziert werden, ohne auf technische Kompensation oder Spekulationen über mögliche emissionsarme Technologien zurückzugreifen, die in jedem Fall noch nicht auf globaler Ebene in dem Umfang angewandt werden können, wie es nötig wäre. Das ehrgeizige, aber notwendige Ziel von netto null bis 2030 impliziert einen tiefgreifenden Wandel unserer Gesellschaft. **Streichung eines Absatzes.**

Klimagerechtigkeit

Unsere dritte nationale Forderung, die Klimagerechtigkeit, steht im Zusammenhang mit dem Verursacherprinzip, wonach diejenigen, die am meisten für die Klimakatastrophe verantwortlich sind, für die Schäden aufkommen müssen, die für den Rest der Welt entstehen; dies gilt insbesondere für die Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten Mittel haben, um damit fertig zu werden. In der Tat gibt es einen grossen Unterschied zwischen denjenigen, die das derzeitige Wirtschaftssystem und die politischen Institutionen leiten, und denjenigen, die unter den Folgen leiden.

Verantwortlich dafür sind in erster Linie nicht die Menschen, sondern die Institutionen: die Banken und Investmentfonds, die die fossile Brennstoffindustrie mit Hunderten von Milliarden finanzieren; die Staaten, die umweltverschmutzende Industrien massiv subventionieren; die multinationalen Konzerne, die billige Arbeitskräfte in den Ländern des globalen Südens ausnutzen, um unter katastrophalen ökologischen und sozialen Bedingungen billiger zu produzieren und ihre Gewinne dann in Steueroasen zurückzuholen. Die Ausbeutung der Länder des globalen Südens, aus der sich unser globalisiertes System speist, hat ihre Wurzeln in der Kolonialisierung. Ermöglicht wird dieser Prozess durch einen

systemischen Rassismus, der auch heute noch erschreckend präsent ist, wie die antirassistischen Bewegungen in aller Welt zeigen.

Generell leben wir in einem extrem ungleichen System, in dem eine winzige Minderheit, die Ultra-Reichen, die überwältigende Mehrheit des Reichtums besitzen. Dies ist auch in unserem Land der Fall, und obwohl viele einen privilegierten Lebensstandard geniessen, macht die derzeitige Wirtschaftskrise weite Teile der Marktgesellschaft unsicherer und trifft ohnehin schon marginalisierte Menschen besonders hart. Die am stärksten betroffenen prekären Arbeitsplätze sind meist von FINTA*-Personen und rassifizierten Menschen besetzt. Folglich sollen alle Umweltmassnahmen dazu beitragen, soziale Ungleichheiten (Geschlecht, Rassismus, zwischen den Generationen, territoriale Ungleichheiten usw.) zu verringern und eine bessere Verteilung des verfügbaren Reichtums in der Schweiz und auf internationaler Ebene zu gewährleisten.

Für die Schweiz bedeutet dies, dass sie sich ihrer historischen und aktuellen Verantwortung für die Klima-, Umwelt- und sozialen Krisen bewusst wird. Aus diesem Grund muss sie ihre Treibhausgasemissionen sofort und drastisch reduzieren und eines der ersten Länder zu sein, das sein Kohlenstoffbudget einhält, um aktiv dazu beizutragen, dass der Grenzwert von 1,5°C für die globale Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit nicht überschritten wird. Mehr denn je müssen wir erkennen, dass ökologische und soziale Fragen nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können. Im Gegenteil, sie sind voneinander abhängig.

Aus diesem Grund müssen wir eine unerschütterliche Solidarität mit den Völkern des globalen Südens aufbauen. Wir müssen auch die Unterdrückung und Ausbeutung in unserem Land bekämpfen, indem wir Menschen, die sich wehren, konkret unterstützen (Frauen, nicht-binäre und/oder trans Personen, Arbeiter*innen, rassifizierte Menschen usw.). Dies ist einerseits aus moralischer Sicht gerechtfertigt, aber es ist auch eine strategische Frage: Um dieses zerstörerische System zu bekämpfen, müssen wir unsere Kräfte bündeln und gemeinsame Analysen und Strategien entwickeln.

Soziale und demokratische Ökologie

Die Ökologie, für die wir eintreten, ist eine soziale und demokratische Ökologie. Wir müssen eine Alternative zu diesem zerstörerischen System aufbauen: eine demokratische und volksnahe Organisation der Gesellschaft und der Produktion. **Wir wollen eine echte Demokratie, die im kleinen Rahmen organisiert ist und bei der die unmittelbar Betroffenen vorrangig konsultiert werden. Die Frage der vorherigen, freien und informierten Entscheidung muss überall im Vordergrund stehen.**

Es ist an der Zeit, eine soziale und solidarische Ökologie zu schaffen und keine individualistische und **strafende Ökologie mit falschen Alternativen, die nichts anderes sind als ein grüner Anstrich der kapitalistischen Produktion**. Der Kampf gegen die Systemkrise beginnt damit, dass wir uns die materiellen und finanziellen Mittel geben. Wir wollen, dass die öffentlichen Gelder in erster Linie für die Konsolidierung und Unterstützung wichtiger, oft in Schwierigkeiten befindlicher Sektoren verwendet werden und dass sie in allen Sektoren so eingesetzt werden, dass sie mit den ökologischen und sozialen Erfordernissen in Einklang stehen. Die Bewältigung der COVID-19-Pandemie und die vom Bundesrat verabschiedeten abwegigen Budgets, insbesondere für die Luftfahrt und die grossen Privatunternehmen, sind Beispiele für den Weg, der nicht eingeschlagen werden darf.

Wir wollen die Schweizer Bäuer*innen dabei unterstützen, Ernährungssouveränität, eine sozial und ökologisch gerechte und nachhaltige Produktion **sowie den Zugang zu gesunden und hochwertigen Lebensmitteln für alle zu erreichen**. **Die Schweiz muss ihre Abhängigkeit von importierten Produkten bei der Ernährung beenden**. Anstatt die Autonutzer*innen zu bestrafen (die dies meist für mittlere Entfernungen und aus Notwendigkeit tun), würde eine Verlagerung unserer Aktivitäten und eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes auf den gesamten öffentlichen Verkehr und die Einbeziehung der Kosten in die freizugebenden Klimabudgets diesen kostenlos und damit viel attraktiver machen. Eine Demokratisierung des Bodensektors würde es den weniger Privilegierten ermöglichen, die Entfernungen zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort zu verringern.

Mehrere derzeitige Beschäftigungssektoren sind mit einer nachhaltigen Welt unvereinbar (Luftfahrt, fossile Brennstoffe, Werbung, Streaming, Petrochemie usw.) Wir brauchen Strukturen und Mittel (z.B. das ökologische Übergangseinkommen), die berufliche Umschulungen ermöglichen und damit Einkommenssicherheit gewährleisten. Der technologische und soziale Fortschritt, die es uns ermöglicht haben, die Produktion zu erhöhen, wollen wir nicht nur nutzen, um mehr zu produzieren und zu verbrauchen, sondern um mehr **im Einklang mit den Bedürfnissen der Bevölkerung und den ökologischen Grenzen** zu produzieren. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wird die Arbeitslosigkeit verringern und die Lebensqualität der Arbeitnehmenden verbessern. Ausserdem werden wir den übermässigen Verbrauch und das Pendeln reduzieren, was an sich schon ein ökologischer Fortschritt ist.

Wir weigern uns, ein paar tausend Aktionär*innen über das Schicksal des Erdsystems entscheiden zu lassen. Wir machen uns keine Illusionen: Schrumpfen in einer kapitalistischen Wirtschaft ist eine Rezession im ersten Sinne des Wortes, ein Prozess, bei dem sich die Reichsten hinter die staatliche Gewalt flüchten, während die Proletarier*innen leiden. Wir wollen eine ökologische und selbstverwaltete Planung, eine Volksökologie, die sich aus der Geschichte der proletarischen Kämpfe ebenso speist wie aus der der

ökologischen Bewegungen. Die Schaffung von Alternativen wird einige Zeit in Anspruch nehmen und unweigerlich Zeiten der Wirtschaftskrise und des Verschwindens bestimmter Sektoren durchlaufen. Machen wir uns nichts vor, das bestehende System hat alle seine Ziele der Prekarisierung, Unterordnung und Überausbeutung der am stärksten Ausgegrenzten zugunsten der Eliten bestätigt.

Wir befinden uns an einem Wendepunkt. Die Gesundheitssituation hat mehr denn je die Grundlagen unserer Gemeinschaften aufgezeigt, indem sie die wesentlichen, nicht anerkannten und meist von FINTA*-Personen und rassifizierten Menschen ausgeübten Lebenstätigkeiten offenbart hat, die Care-Arbeit, Solidarität und Reproduktionsarbeit darstellen: die Aufgaben der Pflege, der Gesundheit und der Ernährung, ohne die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit zur Verteidigung der Rechte der Beschäftigten an vorderster Front zu vergessen. Bei diesen Aktivitäten geht es um Werte, die wir zur Grundlage einer anderen Welt machen wollen und für die wir gemeinsam die Macht haben, sie aufzubauen.

Wir leben in einer Welt des unendlichen Wachstums, des Anthropozentrismus und Beherrschung. Der "Wohlstand" kapitalistischer Gesellschaften wird an der Höhe des BIP und seinem jährlichen Wachstum gemessen. Wir lehnen das kapitalistische System ab, das diese Ziele vorschreibt. Das Paradigma, das dem derzeitigen System zugrunde liegt, muss geändert werden. Die Fakten sind eindeutig: Nicht das Geld (oder das BIP) ist der entscheidende Faktor für ein glückliches, gerechtes und würdiges Leben, sondern der Zugang zu Bildung und Gesundheit, zu Wohnraum, zu gesunder und ausreichender Ernährung und zur demokratischen Teilhabe am Gemeinschaftsleben. **Streichung eines Absatzes**

Es sei auch darauf hingewiesen, dass reiche Länder mit einem hohen Pro-Kopf-BIP in allen Fällen weit über den planetaren Grenzen "leben". Das bedeutet, dass diese Art der Produktion und des Konsums nicht nur gleichbedeutend ist mit sozialer Ungleichheit, sondern auch mit ökologisch inakzeptabler Zerstörung, alles auf Kosten der ärmsten Länder und Menschen. Das bedeutet, dass die reichen Länder bzw. ihre Volkswirtschaften schrumpfen müssen, um langfristig innerhalb der globalen Grenzen zu bleiben. Das bedeutet, dass die reichen Länder bzw. ihre Volkswirtschaften schrumpfen müssen, um langfristig innerhalb der planetarischen Grenzen zu bleiben. Degrowth bedeutet "eine geplante Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs, um das Gleichgewicht zwischen der Wirtschaft und der Lebenswelt auf sichere, gerechte und ausgewogene Weise wiederherzustellen¹⁴" und muss daher Teil unserer Theorie des Wandels sein.

¹⁴ Zitat von Giorgio Kallis in Hickel Jason, op. cit.

3. Analyse - Schweiz 2020

Was es schon gibt

Um eine nachhaltige, realistische und subversive Strategie zu entwickeln, müssen wir von einer greifbaren Realität ausgehen. Zunächst ist es erforderlich, eine Bestandsaufnahme der verschiedenen soziale Bewegungen vorzunehmen. Es ist auch nötig, gewisse Besonderheiten der Schweiz besser kennenzulernen. Schliesslich müssen wir auch die objektive Situation der Umweltzerstörung, die Schweizer Klimapolitik, die wirtschaftliche Situation oder autoritäres und ökofaschistisches Potenzial besser verstehen.

Stand der Dinge bei den sozialen Bewegungen¹⁵

Wenn wir die Verbindungen, die wir zu anderen aufbauen, weiter stärken wollen, ist es wichtig, die Komponenten der ökologischen und sozialen Kämpfe zu verstehen und zu analysieren.

Umweltbewegung

Eine Bestandsaufnahme der ökologischen¹⁶ Bewegung in der Schweiz – ohne Anspruch auf Vollständigkeit - wird es uns ermöglichen, die möglichen Kooperationen und die Grenzen, die es zu wahren oder zu überwinden gilt, um einen konkreten Systemwechsel herbeizuführen, zu bewerten.

¹⁵ "Unter sozialer Bewegung verstehen wir eine Reihe von kollektiven Aktionen, die darauf abzielen, eine von den herrschenden Klassen auferlegte Situation anzufechten, um eine soziale Veränderung herbeizuführen" (Siehe: Ziegler Manuela, "Soziale Bewegungen", in: Wörterbuch Historische Erhebung der Schweiz (DHS), online verfügbar [letzte Änderung], 07. November 2012: <https://hls-dhs-dss.ch/fr/articles/043688/2012-11-07/>). Darüber hinaus "bedeutet der Begriff soziale Mutation (oder sozialer Wandel) im engeren Sinne 'die Gesamtheit der Veränderungen in der Struktur einer Gesellschaft über einen bestimmten Zeitraum' (Peter Heintz) oder, in den Worten von Morris Ginsberg, eine Veränderung in einer Struktur . Der soziale Wandel bezieht sich somit auf Veränderungen der sozialen Strukturen und Verhaltensweisen (Veränderungen der sozialen Hierarchie und Position, der Rollen und Verhaltensweisen, die mit ihnen verbunden sind, der Organisationsmuster und der Lebensbedingungen). Für diese letzte Referenz siehe: Sidler Roger, "Mutation sociale", in: Dictionnaire historique de la Suisse (DHS), online verfügbar [letzte Änderung], 20. August 2009: <https://hls-dhs-dss.ch/fr/articles/015993/2009-08-20/>.

¹⁶ Leider ist es uns nicht gelungen, die gesamte Umweltbewegung zu beschreiben... andere Elemente, die man mit einbeziehen könnte, wären die Netzwerke für Degrowth, Alternativen (z.B. Artisans de la Transition oder Villes en Transition), NGOs oder Bürger*innenlobbies (Swiss Youth for Climate).

Viele Umweltorganisationen haben sich aktiv an den vom Klimastreik organisierten Massendemonstrationen oder an einigen Aktionen des zivilen Ungehorsams beteiligt. So hat der Klimastreik aktiv dazu beigetragen, dass sich die grosse Mehrheit der Mitgliedsorganisationen der Klima-Allianz im Hinblick auf die nationale Grossdemonstration (Klima des Wandels!) am Samstag, 28. September 2019 in Bern zusammengefunden hat. Insbesondere bei dieser Gelegenheit riefen andere soziale Bewegungen wie der feministische Streik oder die Gewerkschaften (Gewerkschaft der öffentlichen Dienste (SSP), Unia usw.) ihre Mitglieder zur Teilnahme auf und erreichten so eine erste wichtige Annäherung für Klima und soziale Gerechtigkeit. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese Frist Teil des Wahlkalenders war und einen institutionellen Ansatz nicht in Frage stellte.

Parallel zu diesen traditionell im politischen Panorama präsenten Organisationen haben sich nach und nach neue Akteur*innen im politischen Feld der Klimagerechtigkeit durchgesetzt. So **arbeitet** das Kollektiv BreakFree Suisse seit mehreren Jahren **mit indigenen Gemeinschaften zusammen, um** Sensibilisierungsaktionen (Konferenzen, Märsche, Kundgebungen usw.) mit disruptiven Aktionen zu verbinden, die sich direkt an den Finanzsektor richten, der durch seine Investitionen in hohem Masse zur Umweltzerstörung beiträgt (Credit Suisse, UBS, BNS, Investmentfonds).

In ähnlicher Weise bringt das Collective Climate Justice (CCJ) in Basel Aktivist*innen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen, um sich für Klimagerechtigkeit einzusetzen. In den letzten Jahren haben sie auch Klimacamps organisiert, um das Bewusstsein zu schärfen und Menschen in gewaltfreier direkter Aktion zu schulen. Sie haben auch Aktionen wie die 36-stündige Blockade des Basler Ölhafens oder auch den Schweizer Finanzplatz (Credit Suisse und UBS) im Jahr 2019 ins Visier genommen. Ebenso haben sich kleinere Kollektive wie Lausanne Action Climat (LAC) gebildet, die hauptsächlich gewaltfreie direkte Aktionen durchführen. Die LAC-Aktivist*innen sind bekannt für ihre Aktionen im Rahmen der "Roger Wake Up"-Koalition (darunter die berühmte Website DisCreditSuisse.ch), die zu einem Prozess führten, in dem sie von einem Kollektiv freiwilliger Anwalt*innen verteidigt wurden.

Dies erlaubt uns, daran zu erinnern, dass heute immer mehr Aktivist*innen wegen Aktionen des zivilen Ungehorsams rechtlich verfolgt und sogar verurteilt werden. Die Verrechtlichung des Kampfs für Umweltschutz ist nun also eine Tatsache.

Zu den in der Schweiz aktiven Bewegungen gehört Extinction Rebellion (XR), eine neue internationale Bürger*innenbewegung, die sich für massenhaften zivilen Ungehorsam durch kreative und gewaltfreie Aktionen einsetzt. In der Schweiz sind seit dem 31. Oktober 2019 mehr als 20 Ortsgruppen organisiert und aktiv. **Streichung eines Absatzes** **Es wird festgestellt, dass sich die Bewegungen für Klimagerechtigkeit im Grossen und Ganzen aus einer Vielzahl von Altersgruppen zusammensetzen, dass aber Menschen aus ländlichen**

Gebieten, aus der Arbeiter*innenklasse oder aus rassistisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen in diesen Bewegungen fast nicht vertreten sind.

Darüber hinaus wurde Mitte August 2016 der Verein "Klimaseniorinnen" gegründet, um nach anderen Ländern wie Belgien, den USA, Norwegen und den Philippinen gegen den Staat vorzugehen. Dieser Rechtsstreit dauert schon seit Jahren an und ist noch nicht abgeschlossen. Darüber hinaus gibt es national - und international - weitere Senior*innen im Verein "Klimagrosseltern". Seit einigen Jahren ist dieses Bürger*innenkollektiv regional und quantitativ stark gewachsen und hat eine Vielzahl von qualitativ hochwertigen institutionellen Aktionen durchgeführt, ohne dabei vor direkten Aktionen oder dem Aufbau des Strike for Future zurückzuschrecken.

Auf die Uniterre-Bäuer*innenbewegung werden wir später noch zurückkommen, wir möchten aber trotzdem schon darauf hinweisen, dass sich ein Teil der landwirtschaftlichen Welt seit mehreren Jahrzehnten mobilisiert, um sich vor den Folgen der globalisierten kapitalistischen Wirtschaft und des Marktfundamentalismus zu schützen, wofür das Referendum gegen das Freihandelsabkommen mit Indonesien (Stopp Palmöl) ein aktuelles Beispiel ist. Der Aufschrei einiger Winzer*innen im Oktober 2019 hat sich überraschenderweise zu einer sozialen Bewegung namens "Trauben des Zorns" entwickelt. Sie haben am Montag, 2. Dezember 2019, eine Demonstration in Bern organisiert. Einige Zeit zuvor war auch ein Genfer Winzer in den Hungerstreik getreten, um auf die negativen Folgen des Freihandels im Rahmen der Schweizer Handelsabkommen und in der Folge auf den unlauteren Wettbewerb für die Umwelt hinzuweisen. Schließlich ist noch die kürzlich entstandene Bewegung "Landwirtschaft mit Zukunft" (LmZ) zu erwähnen, die ein breites Spektrum von Aktivist*innen und Organisationen vereint. Neben einer ersten grossen Demonstration "Essen ist politisch!" mit über 4'500 Personen am Samstag, 22. Februar 2020 in Bern, organisierte LmZ anlässlich des Internationalen Tages der Bäuer*innenkämpfe am Freitag, 17. April 2020, theoretische und praktische Schulungen, indem sie direkt mit Bäuer*innen zusammentraf oder Online-Seminare zu Ernährungssouveränität und Agrarökologie organisierte. Es ist auch erwähnenswert, dass eine grosse Anzahl dieser Akteur*innen im Juni 2020 gemeinsam ein erfolgreiches Referendum gegen das Freihandelsabkommen mit Indonesien lancierte.

Wenden wir uns nun der Analyse einer grossen institutionellen Aktion zu, die für die Umweltbewegung typisch ist: die Gletscherinitiative, die "die Emissionen bis 2050 auf netto null reduzieren, die Ziele des Pariser Klimaabkommens in der Verfassung verankern und die Schweiz auf den Weg des Klimaschutzes bringen will". Diese eidgenössische Volksinitiative, die inzwischen aufgrund der Unzulänglichkeit ihrer Ziele hinfällig geworden ist, spiegelt die

Unwirksamkeit der institutionellen Instrumente wider, wenn sie nicht in eine umfassendere, von den verschiedenen Teilen der Umweltbewegung getragene Strategie eingebunden sind.

Seit September 2019 ist "netto null 2050" tatsächlich ein offizielles Ziel des Bundes, und es ist wahrscheinlich, dass die sozialen Bewegungen einen grossen Einfluss auf die Festlegung dieses Ziels hatten, so unzureichend es auch sein mag. Ausserdem haben es diese Bewegungen, von denen der Klimastreik ein Teil ist, es in wenigen Monaten geschafft, die Medien- und Politiklandschaft aufzurütteln, ohne dabei auf institutionelle Instrumente zurückzugreifen.

Die Gletscherinitiative ist nun konsensfähig und steht in keiner Weise im Einklang mit der die Ambitionen der sozialen Bewegungen.

Eine Anekdote: Bei einem kürzlichen Treffen mit den Klimagrosseltern in der Romandie äusserten mehrere Mitglieder ihr Bedauern darüber, dass eine solche Initiative nicht mehr als Mittel zum Zweck eines Machtkampfes eingesetzt werden kann. Zu einer Zeit, in der insbesondere (aber nicht nur) innerhalb der Klima-Allianz Diskussionen geführt werden, um herauszufinden, ob es nicht an der Zeit ist das Instrument der Initiative erneut zu nutzen, um den Klimaschutz und/oder Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen wir die Grenzen institutioneller Ansätze erkennen.

Gewerkschaftsbewegung

In der Schweiz ist ein grosser Teil der Gewerkschaftsbewegung keine wirkliche Gewerkschaftsbewegung, sondern zieht es vor, seine Rolle als "Sozialpartner" der Arbeitgebenden zu spielen. Streiks sind selten (auch wenn sie in den letzten Jahren zugenommen haben), sie sind systematisch sektoralisiert und lassen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Möglichkeit für eine massivere soziale Mobilisierung. Selbst Covid-19 und die sehr hohen Gesundheitsrisiken für die Arbeitnehmenden haben nicht ausgereicht, um Streiks zu organisieren.

Infolgedessen sind die Schweizer Gewerkschaften in der politischen Arena nicht sehr kämpferisch, mit Ausnahme von bestimmte Komponenten. Bestenfalls können sie sich manchmal bestimmten direkten oder indirekten Angriffen entgegenstellen (z. B. der Kündigungsinitiative, über die im September 2020 abgestimmt wurde) oder sich mit bestimmten reformorientierten politischen Initiativen verbünden, die ihnen eine gewisse Glaubwürdigkeit und Sichtbarkeit verleihen.

Hierfür gibt es sicherlich mehrere Erklärungen:

1. Die kämpferische Jugend der Klima- und der feministischen Bewegung sowie der politischen Parteien ist kaum in diese Strukturen eingebunden oder gar gewerkschaftlich organisiert;
2. Der Mangel an Demokratie und Transparenz auf allen Ebenen;

3. Insbesondere die Kontrolle der Bürokratie (an sich ein Problem) durch Kader der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Es entstehen aber auch kämpferischere Sektoren, die sich kürzlich sogar auf nationaler Ebene unter dem Namen "Syndibasa" zusammengeschlossen haben.

Beim Thema Klimagerechtigkeit sind die Gewerkschaften sehr spät dran. Einige hatten nicht einmal ökosoziale Forderungen (in Genf war der gewerkschaftsübergreifende Tag am 18. Januar 2020 ein Wendepunkt, gefolgt von zahlreichen Gewerkschaften, die sich am Strike for Future beteiligten). Allzu oft werden Umweltfragen nicht nur von den Gewerkschaften behandelt. Darüber hinaus fühlen sich einige Sektoren, die ihre Produktion erheblich reduzieren oder verschwinden müssen, zu Recht von den Folgen und Lösungen im Zusammenhang mit dem ökologischen Übergang bedroht. Angesichts dieser Tatsache reagieren Gewerkschaftsdelegierte und -sekretär*innen manchmal ängstlich, auch wenn einige der am Strike for Future Beteiligten das Interesse an einer ökosozialen Umstellung der gesamten Produktion verstehen. Die Erfahrung des Strike for Future zeigt auch die Abschottung der gewerkschaftlichen Strukturen, die relativ wenig miteinander diskutieren und arbeiten, ganz zu schweigen von den fehlenden direkten Kontakten zu anderen politischen Organisationen wie dem Klimastreik oder Umweltverbänden sowie zu akademischen und wissenschaftlichen Kreisen.

Ungeachtet dieser wenig beneidenswerten Situation bleiben die Gewerkschaften politische Strukturen, die Arbeitnehmende massiv mobilisieren können und bestmöglich genutzt werden sollten. Insgesamt haben die 19 Gewerkschaftsverbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SUT) rund 380.000 Mitglieder. Es ist jedoch klar, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Schweiz in den letzten 15 Jahren gesunken ist und noch nicht einmal das Niveau von 18 % im Jahr 2017¹⁷ erreicht hat.

Andere Kämpfe und soziale Bewegungen

Das Jahr 2019 stand in der Schweiz nicht nur im Zeichen des Klimastreiks, sondern auch im Zeichen der grossen Mobilisierungen des feministischen Streiks vom 14. Juni 2019, bei dem mehr als eine halbe Million Menschen auf den Strassen des Landes zusammenkamen. Den Kollektiven des feministischen Streiks gelang es auf eine in der Schweiz völlig neue Art und Weise, eine feministische Massenbewegung in Gang zu setzen, die sich zunächst um ein nationales Manifest scharte. Der 14. Juni 2019 ist nach dem Generalstreik von 1918 wahrscheinlich das eindrucksvollste Beispiel einer Strassenmobilisierung in der Geschichte des Landes. Die Arbeit, die die Aktivist*innen des Kollektivs zwischen September 2018 und

¹⁷ Für alle diese Statistiken siehe die USS-Daten.

Juni 2019 geleistet haben, um Verbindungen zu besonders frauenfeindlichen Bereichen der Arbeitswelt herzustellen, ist beeindruckend. Leider kam es an diesem Tag nicht zu einer massiven Streikdynamik in den Betrieben. Darüber hinaus hat sich diese Verbindung zur Arbeitswelt zwischen 2019 und 2020 teilweise wieder aufgelöst. Die soziale Zusammensetzung der Demonstrationen am 14. Juni 2020 ist der beste Beweis dafür.

Der 14. Juni 2020 hat jedoch gezeigt, dass die Kollektive des feministischen Streiks immer noch das Potenzial haben, eine grosse Zahl von Menschen zu mobilisieren und auf die Strasse zu bringen, vor allem in der aktuellen speziellen gesundheitlichen Situation der Corona-Pandemie. Die feministische Bewegung befindet sich derzeit in einer besonderen Phase der Infragestellung und Umstrukturierung. Wie jede breit angelegte Bewegung muss sie sich mit den Widersprüchen und Meinungsverschiedenheiten auseinandersetzen, die derzeit in ihr bestehen, sowohl in Bezug auf die Analyse und den politischen Inhalt als auch in Bezug auf die Strategie und die Aktionsformen.

Die Frage des Rassismus ist seit 2014/2015 durch die Wiederbelebung von Asylbewegungen wie dem Collectif R (Waadt), Perce-Frontières (Genf), der Kampf für unbegleitete Minderjährige (MNA) in Genf oder Appel d'elles in Neuchâtel wieder in den Mittelpunkt der Debatte gerückt. Diese Bewegungen - bei denen es sich (vorerst?) nicht um Massenbewegungen handelt - haben die Besonderheit, dass sie nicht von den Betroffenen angeführt werden, die sich angesichts des hochgradig individualisierten Asyl-Prozesses kaum organisieren können. Doch erst seit Juni 2020 und den ersten grossen Demonstrationen, die von verschiedenen BLM-Gruppen (Black Lives Matter) ins Leben gerufen wurden, scheint dieses Thema eine Massenreaktion hervorzurufen und Teile der Bevölkerung zu bewegen, die wir bisher nicht auf der Strasse gesehen haben.

Seit 2015 beschränkt sich der Kampf für das Recht auf Wohnen (das manchmal auch auf das Recht auf eine Stadt ausgedehnt wird) auf einmalige Kämpfe. Es ist nicht ausgeschlossen, dass angesichts der von Kapitalismus und Corona ausgelösten sozialen Krise die Frage des Wohnens immer wichtiger wird.

In den Jahren 2019 und 2020 gab es Jugendmobilisierungen für das Klima, feministische Mobilisierungen, aber auch soziale und demokratische Kämpfe von Hongkong über den Libanon, Ecuador und den Sudan nach Chile, Algerien, Frankreich, usw. In den Vereinigten Staaten löste der x-te Mord an einem Schwarzen durch die Polizei eine Welle des Antirassismus und der Infragestellung der Polizei und ihrer ungeheuerlichen Praktiken und des kolonialen und **sklaventhalterischen** Erbes unserer Gesellschaften.

Die Säulen der Macht

Jedes politische Regime beruht auf der Zustimmung und Zusammenarbeit von Institutionen und Sektoren - wir nennen sie die Säulen der Unterstützung/Macht - der Gesellschaft, der sie grundlegende Dienstleistungen grundlegende, die für den Erhalt und die Ausweitung ihrer politischen Macht notwendig sind. Das Volk ist dennoch der Hauptmachtsträger in der Gesellschaft, insbesondere wenn es über Organisationen und/oder Institutionen handelt. Neben diesen Institutionen sind die Pfeiler der Macht auch ideologischer Natur, das heisst, die Ideen, Überzeugungen, Normen oder Werte, die das System der dominanten Denkweise bilden. Genauso wie es entscheidend ist, die aktive Unterstützung gewisser Strukturen zu gewinnen und die Unterstützung für das aktuelle System, das delegitimiert werden muss, sinken zu lassen, ist es auch notwendig, sich bestimmte Werte wieder anzueignen, bestimmte Mythen zu dekonstruieren und die gesellschaftlichen Normen zu überschreiten und zu verändern.

Die Mythen der Schweiz und ihrer Institutionen

Im Folgenden stellen wir die wichtigsten Schweizer Mythen und Institutionen vor, die es zu dekonstruieren und/oder sich neu anzueignen gilt, wenn wir die Bedingungen für einen Wandel schaffen wollen.

Der Mythos der Demokratie

Die schweizerische halbdirekte Demokratie findet zwar weltweit Beifall, aber sie ist nicht frei von wichtigen Kritikpunkten¹⁸. Gibt es eine direkte Demokratie an den Orten, wo wir leben? Sind wir an unseren Ausbildungsplätzen gleichberechtigt an den Entscheidungen beteiligt? Gibt es Demokratie in kleinen, mittleren und vor allem in grossen Unternehmen? Die Antwort ist (fast) immer nein.

Und wie in allen "Demokratien" der Welt stehen die Institutionen nicht wirklich im Dienste des «Volkes». Der grosse Anteil von Lobbys, Unternehmen und Vermögenden an eidgenössischen und kantonalen Entscheiden belegt dies regelmässig.

Der Mythos der Neutralität

Ist die Schweiz wirklich das Land der Neutralität, das sie vorgibt zu sein? Sie steht oft im Mittelpunkt wichtiger internationaler Verhandlungen, aber was ist mit ihren massiven Investitionen in fossile Brennstoffe? Beeinflussen diese nicht direkt die internationale Politik? Trägt die Steuerpolitik zugunsten der transnationalen Konzerne und die laxen Gesetzgebung

¹⁸ Siehe Waadtländer Klimaplan: "Visionen, Ziele, Grundsätze und Massnahmen für ein wirklich nachhaltiges Klima, Ökosysteme und Zukunft" (05. August 2019), S. 35-26. Online verfügbar: <http://planclimat.org/vaud/climateplan-vaud-v2.pdf>

in diesem Bereich nicht direkt zur Ausbeutung von Menschen und zur Zerstörung von Ökosystemen jenseits der Landesgrenzen bei? Und was können wir über die Produktion von Waffen sagen - eine schädliche und nutzlose Produktion -, die autoritäre, klimaskeptische und sogar terroristische Regime bedient, die alternative, ökologische und feministische soziale Projekte wie das von Rojava offen bekämpfen? Die Neutralitätspolitik der Schweiz läuft auf einen historisch konstruierten Imperialismus hinaus, sei es kulturell, wirtschaftlich oder ökologisch.

Der Mythos vom Arbeitsfrieden

Nach Bernard Dagen bezeichnet "Arbeitsfrieden den Zustand, in dem kollektive Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Verhandlungswege beigelegt werden und Kampfmassnahmen wie [Streiks](#) oder Aussperrungen unterbleiben.»¹⁹ Der Begriff "Streik" wird verwendet, um den Prozess des Kampfes wie Streiks und Aussperrungen zu beschreiben. Genauer gesagt handelt es sich in der Schweiz um die Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebenden im Jahr 1937 abgeschlossenen Tarifverträge und damit auch alle seit diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Tarifverträge.

Seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts wird dieser Begriff häufig als Teil der nationalen Identität betrachtet, als ob die Konsensbildung Teil der Schweizer "Kultur" wäre. Dies ist historisch falsch. Mit den Worten des Schweizer Historikers Hans-Ulrich Jost: "[Arbeitsfrieden] ist zu einem Tabu geworden, weil er mit Bezug auf seine Ursprünge idealisiert wurde. Aber es hat immer Streiks gegeben, und dieser Frieden ist kein Mythos, sondern eine Tatsache, die Realität des Machtgleichgewichts zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, aber vom Staat gewollt.»²⁰

Die Tatsache, dass Streiks heutzutage nur noch selten vorkommen, ist auf die Macht der kapitalistischen Klasse und die von ihr angewandten Verwaltungsmethoden zurückzuführen. Die steigende Zahl der Streiks in den letzten zehn Jahren beweist, dass es sich dabei nicht um einen unverrückbaren Bestandteil unserer Tradition oder «Kultur» handelt. Es ist unsere Pflicht, dieses Mittel des Kampfes zurückzugewinnen, um unsere Ziele zu erreichen.

Mythos von Autonomie und Souveränität

Wenn wir zum Beispiel von einer gewissen demokratischen Souveränität gegenüber der Europäischen Union (EU) sprechen können, gilt das gleiche dann für die grossen Finanzinstitute der globalisierten Wirtschaft? Ist die Schweiz auch bei der Ernährung

¹⁹ Dagen Bernard, "Arbeitsfrieden", in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), online verfügbar [letzte Änderung], 06. Mai 2010: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016535/2010-05-06/>.

²⁰ Zitiert in Isabelle Eichenberger, "La paix du travail fête ses 70 ans", SwissInfo, 22. Mai 2007.

autonom oder ist sie extrem abhängig von transnationalen Agrarunternehmen? Und sind die Finanzinvestitionen, die unsere zukünftigen Renten sichern, nicht eng mit der Lebensfähigkeit der grössten umweltzerstörenden Unternehmen und der globalen geopolitischen Stabilität verbunden? Ist ihr materielles Wirtschaftswachstum nicht direkt mit der Eroberung neuer Wirtschaftsräume durch ihre Freihandelsverträge verbunden, die die Risiken und die Anfälligkeit des kapitalistischen Systems erhöhen, zum weltweiten Anstieg der Treibhausgasemissionen beitragen und häufig lokale und soziale Alternativen zerstören?

Unternehmen

Unzählige mächtige, international tätige Unternehmen und Banken haben ihren Sitz in der Schweiz. Dies ist eine lange Tradition, die mit der wirtschaftlichen Lage und der historischen Rolle des Landes zusammenhängt. Diese mächtigen Akteure sind vor allem in den Bereichen Pharmazie, Technologie, Versicherungen, Lebensmittel- und Rohstoffhandel, aber auch im Finanzsektor tätig. Als relativ kleines Land ist die Schweiz daher eine wirtschaftliche und politische Akteurin auf der Weltbühne, die nicht übersehen werden sollte. Zudem ist es wichtig zu sehen, wie viel Macht diese genannten privaten Unternehmen über die Schweizer Politik, d.h. über die Demokratie, haben und wie sie unsere Forderungen als Bewegung behindern.

Der Finanzplatz

Mehrere wichtige internationale Finanzinstitute haben ihren Sitz in der Schweiz - UBS, Credit Suisse (CS), etc. Der Schweizer Finanzplatz als Ganzes ist verantwortlich für 22-mal so viele Emissionen, wie die Schweiz im Inland verursacht²¹. Allein die UBS und die CS haben zwischen 2016 und 2019 Kredite in Höhe von 114 Milliarden Dollar an Unternehmen vergeben, die für ihre sozial- und umweltschädlichen Praktiken bekannt sind²². Sie verwenden ihr Kapital also zur Finanzierung von Unternehmen, die fossile Brennstoffe fördern oder andere umweltschädliche Praktiken anwenden. Die Verantwortung der Schweiz als Finanzplatz ist daher unbestritten. Leider wird diese Verantwortung heute nicht wahrgenommen, obwohl es gerade die Verantwortung der Grossbanken ist, keine Kredite/Kapital für klima- und umweltschädliche Praktiken mehr bereitzustellen. Um die Klimakrise und andere ökologische und soziale Krisen zu stoppen, müssen wir den Schweizer Finanzplatz auf seine Verantwortung aufmerksam machen und gegebenenfalls alles tun, damit keine Kredite an Unternehmen vergeben werden, deren Praktiken nicht mit dem +1,5°C-Ziel vereinbar sind. Neben den Banken gehören auch Versicherungskonzerne und Finanzverwaltungsinstitute zu dem Sektor, der umgestaltet werden soll.

²¹

<https://www.alliance-climatique.ch/blog/alliance-climatique-demande-la-fin-des-investissements-dans-les-energies>

²² <https://www.greenpeace.ch/de/publikation/53979/klimaschaedliche-geschaefte/>

Transnationale Unternehmen

Viele aktive und einflussreiche internationale Unternehmen sind von der Schweiz aus tätig. Dazu gehören Nestlé, Glencore, Cargill, Novartis oder Syngenta, um nur einige zu nennen. Diese kontrollieren beispielsweise einen grossen Teil der globalen Lebensmittelindustrie, haben Monopolstellungen bei Pestiziden und Patenten oder vermarkten bis zu 60 % des weltweiten Getreides und tragen massiv zum Land- und Wasserraub im globalen Süden bei

23.

Dies verleiht der Schweiz eine bedeutende Macht im weltweiten Lebensmittel- und Landwirtschaftssystem und, das für einen grossen Teil der Emissionen verantwortlich ist.

Als internationale und vernetzte Bewegung sehen wir transnationale Konzerne als ein zentrales Ziel unserer Aktivitäten. Wir müssen klar an die Verantwortung des Wirtschaftsstandortes Schweiz appellieren und diese Unternehmen direkt und mit allen Mitteln zu einer Umstellung ihrer Geschäftspraktiken bringen.

Wir müssen auch die Demokratisierung dieser privaten Unternehmen im Kopf behalten und Strategien entwickeln, um sie unter demokratische und öffentliche Kontrolle zu bringen.

Internet

Mit dem Aufkommen des Internets ergab sich die Möglichkeit, sofortigen Zugang zu Informationen zu erhalten, Räume für schnelle Kommunikation zu schaffen und auf sehr breite und schnelle Weise zu mobilisieren. Sie ist daher ein wesentliches Instrument für eine breite soziale Bewegung wie die unsere. Wir müssen uns jedoch der Risiken und Grenzen dieses Instruments bewusst sein. Einerseits führen soziale Netzwerke dazu, dass wir uns in einer Blase entwickeln, in der die meisten Menschen dieselbe Meinung und dieselben Interessen haben wie wir, was uns ein verzerrtes Bild von unserer Gesellschaft vermittelt. Andererseits kann das Internet zu einem Rückgang unserer sozialen Beziehungen führen, was sich negativ auf unsere körperliche und geistige Gesundheit auswirken kann.

Dennoch bleibt es von zentraler Bedeutung, das Internet und insbesondere die sozialen Netzwerke als einen öffentlichen Raum zu verstehen, in dem wir so präsent und sichtbar wie möglich sein müssen. Eine "Professionalisierung" unserer Arbeit im Internet ist daher notwendig, zumal es ein Instrument ist, das unsere Gegner*innen sehr gut beherrschen.

Parallel zur Nutzung des Internets zur Erreichung unserer Ziele ist es wichtig, sich der

23

https://www.publiceye.ch/fileadmin/doc/Agrarrohstoffe/2019_PublicEye_Agricultural-Commodity-Traders-in-Switzerland_Report.pdf

Auswirkungen dieses Instruments auf den Klimawandel bewusst zu sein und Allianzen mit Menschen zu bilden, die über die Fähigkeiten verfügen, Alternativen umzusetzen.

Kapitalismus und Klassenbewusstsein

Der Wohlstand unseres Landes, die Stabilität seiner wirtschaftlichen Bedingungen und die relative Seltenheit offener sozialer Konflikte (siehe Arbeitsfrieden) lassen uns oft die grossen sozioökonomischen Unterschiede innerhalb der Bevölkerung vergessen. Die Schweiz ist gut aufgeteilt in soziale Klassen und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist angestellt. Die grossen Streikbewegungen der Vergangenheit, die zu erheblichen sozialen Errungenschaften geführt haben, waren möglich, weil sich die Arbeitnehmenden bewusst waren, dass sie eine gemeinsame soziale Situation teilten und daher in ihren Interessen übereinstimmten.

Heutzutage ist dieses Klassenbewusstsein bei der Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung sehr gering, während sich die herrschende Klasse durchaus bewusst ist, in einer beherrschenden Position zu sein, was es ihr auch erlaubt, diese Position politisch zu verteidigen. Darum ist es entscheidend, dass sich die Arbeitnehmenden und die verschiedenen vom Kapitalismus unterdrückten sozialen Kategorien dieser gemeinsamen Unterdrückung bewusst sind. Angesichts dessen ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich die Arbeitnehmer und die verschiedenen vom Kapitalismus unterdrückten sozialen Kategorien dieser gemeinsamen Unterdrückung bewusst werden.

Dies ist notwendig, um die sozialen Kämpfe zu vereinen und eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Zukunft zu sichern.

Von der Krise zur wirtschaftlichen Depression?

Das Jahr 2020 steht im Zeichen der Coronavirus-Pandemie. Diese löst eine grosse Wirtschaftskrise aus, auch wenn einige der Voraussetzungen für diese Krise bereits vor dem Auftreten des Virus gegeben waren. Die soziale und wirtschaftliche Situation der nächsten Jahre sieht sehr schwierig aus: Entlassungen, steigende Arbeitslosigkeit, Prekarität und Armut, die Verschärfung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit und fast allen Lebensbereichen im Allgemeinen (zugunsten des Kapitals), Angriffe auf den öffentlichen Dienst, die Einkommen, die Renten sowie Angriffe auf die sozialen Rechte (Haushaltskürzungen, Arbeitsrecht usw.), von denen insbesondere FINTA*-Personen, Jugendliche und rassifizierte Personen betroffen sind.

Milliardär*innen werden uns nicht retten!

Während die grosse Mehrheit der Menschheit ein objektives Interesse daran hat, dass sich das System ändert (und zwar schnell!), ist dies für die reichste Minderheit, die den grössten Teil der natürlichen Ressourcen und die wichtigsten Produktionsmittel besitzt, nicht der Fall.

Während die Mehrheit durch die wiederholten Krisen prekariert wird, wird diese Mehrheit immer reicher und häuft immer mehr Macht an. Die Ultra-Reichen sind sich der wissenschaftlichen Realität der Umweltprobleme bewusst, aber sie können diese Probleme nur im Rahmen der Erhaltung ihrer Machtposition betrachten. Ihre Interessen sind mit denjenigen der Mehrheit radikal unvereinbar.

Die Abkehr von fossilen Brennstoffen und die rasche Verwirklichung des Netto-Null-Ziels erfordern es, eine riesige Menge an Infrastruktur, Maschinen und Institutionen, die auf Hochtouren laufen, um das System des materiellen Wirtschaftswachstums aufrechtzuerhalten, überflüssig zu machen. Für die Eigentümer*innen von Kohlebergwerken und Ölquellen, aber auch für alle Industrien, die direkt mit fossilen Brennstoffen verbunden sind, würde ein sofortiges Einstellen dieses Geschäfts eine Art Selbstmord bedeuten. Transnationale Unternehmen und Finanzinstitute werden sich niemals aus ethischen oder moralischen Gründen für einen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen entscheiden. Wenn sie es jemals tun, dann aus reinen Profitgründen - aber dann wird es schon viel zu spät sein, um zu handeln.

Für diejenigen, die immer noch an die Philanthropie und Moral der Milliardär*innen glauben, sei daran erinnert, dass Elon Musks Tesla an dem Putsch in Bolivien beteiligt war, den es unterstützte, um weiterhin billiges Lithium zu erhalten, das in den Batterien für Fahrzeuge und Elektrogeräte enthalten ist. Auf Twitter sagte Elon Musk dazu: "Wir werden stürzen, wen immer wir wollen. Findet euch damit ab"²⁴.

Wir dürfen uns nicht durch technokratische Illusionen in Selbstgefälligkeit wiegen lassen. Wir müssen die Macht der Superreichen bekämpfen, die mit jeder konsistenten Auffassung von Demokratie unvereinbar ist, damit die Ressourcen und Technologien in den Dienst des Gemeinwohls gestellt werden, und nicht in den Dienst der Anhäufung von Gewinnen.

Die Möglichkeit des Ökofaschismus

Wenn die direkte Demokratie zu den Werten unserer Bewegung gehört, müssen wir uns bewusst sein, dass sie nun ernsthaft durch den Aufstieg einer autoritären oder sogar neofaschistischen Politik bedroht ist. In der Vergangenheit hat sich der Faschismus während Zeiten intensiver Krisen entwickelt. Die Faschist*innen versuchten, die Unterstützung eines Teils der Arbeiter*innenklasse zu gewinnen, während sie andere Gruppen unterdrückten oder sogar ausschalteten. Wir haben es heute mit einer furchtbaren Wirtschaftskrise zu tun,

²⁴ <https://www.truthorfiction.com/did-elon-musk-tweet-we-will-coup-whoever-we-want-deal-with-it/>

die viele Menschen in einem Zustand der Unsicherheit zurücklässt. Hinzu kommen Umweltprobleme, deren unmittelbare Auswirkungen bereits in vielen Ländern der Welt zu spüren sind und die bald auch in unserem Land weit verbreitet sein werden. Es ist daher durchaus möglich, dass autoritäre oder faschistische Bewegungen die ökologische "Krise" nutzen, um ihre diktatorische und reaktionäre Politik durchzusetzen.

Diese Bewegungen könnten sehr wohl Umwelt- oder Klimaschutz als einen ihrer Werte beanspruchen, um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Es lohnt sich, daran zu denken, dass die Bewegung für Umweltschutz nicht immer fortschrittlich und demokratisch war und für soziale Gerechtigkeit kämpfte – das ist er auch heute nicht in seiner Gesamtheit. Erinnern wir uns auch an die Ecopop-Initiative in der Schweiz, die zum Ziel hatte, die Einwanderung aus Gründen des Umweltschutzes begrenzen – was die wahren Ursachen des Problems völlig verfehlt.

Eine offenkundig neoliberale und reaktionäre Ökologie wird in den kommenden Jahren wahrscheinlich an Boden gewinnen, parallel oder in Verbindung mit dem Aufstieg der und neofaschistische Bewegungen in vielen europäischen Ländern. Diese Bewegungen widersprechen allem, wofür wir als Klimastreik stehen, wie z.B. den Werten der Gerechtigkeit, Demokratie und Gleichheit. Wir sollten daher ihre Entwicklung jetzt verhindern, indem wir konkrete Solidaritäten zwischen verschiedenen Kämpfen aufbauen und ein Programm zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit entwickeln. Indem wir das Problem an der Wurzel packen und praktikable und erstrebenswerte Alternativen aufzeigen, verringern wir den Spielraum für faschistisches und autoritäres Gedankengut und so auch das Risiko, dass dieses Bewegungen die politische Macht an sich reißen.

4. Ein Systemwandel ist notwendig - Was muss getan werden?

Der Kapitalismus braucht ständiges materielles Wachstum, um sich am Leben zu erhalten. Wir wissen, dass das materielle Wirtschaftswachstum und die Zunahme der Ausbeutung natürlicher (meist fossiler) Ressourcen untrennbar miteinander verbunden sind, während letztere aber begrenzt sind. Ständiges Wachstum ist nur dann ein Problem, wenn es nicht nachhaltig ist, und wir hören oft, dass eine Umstellung auf ausschliesslich erneuerbare Energien dieses Problem lösen würde. Doch so "grün" die Technologien und Energiequellen auch sein mögen, die zur Aufrechterhaltung dieses Wachstums eingesetzt werden, der Ressourcenabbau und die Umweltzerstörung, die durch die erneuerbaren Energien verursacht werden, sowie die physischen Veränderungen, die zur Umgestaltung unserer Ökosysteme vorgenommen werden, sind unumkehrbar. Keine noch so grosse technologische "Regeneration" wird diese Zerstörung verringern. Da jede industrielle Tätigkeit des Menschen zwangsläufig umweltzerstörend ist, ist es ratsam, sie so gering wie möglich zu halten.

Während der mehr als einjährigen Demonstrationen und Aktionen übte der Klimastreik Druck auf die Institutionen aus, um die Dringlichkeit der Klimasituation zu verdeutlichen, netto null bis 2030 zu fordern und Klimagerechtigkeit zu verlangen. Zusammen mit dem feministischen Streik organisierte er Demonstrationen von in der Schweiz selten gesehene Ausmass. Obwohl das Bewusstsein für das ökologische Problem gewachsen ist, ist der notwendige politische Richtungswechsel noch nicht eingetreten, hat das System gar sein nicht nachhaltiges Tempo beschleunigt. Nachdem wir auf die Strasse gegangen sind, ist es nun an der Zeit, ein breiteres Kräfteverhältnis aufzubauen, um die gewaltige Herausforderung zu bewältigen, vor der wir stehen: die Grundlagen und die Logik des gesamten Systems in Frage zu stellen und erheblich zu verändern.

Nach den nationalen und internationalen²⁵ Klimaszenarien (CH2018)²⁶ ist ein tiefgreifender und sofortiger Wandel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen notwendig, um eine Chance zu wahren, ein ausser Kontrolle geratenes Klimasystem zu vermeiden. Während die Bevölkerung etwa ein Viertel der Treibhausgasemissionen durch individuelles Handeln beeinflussen kann, können die restlichen drei Viertel nur durch politische Massnahmen erreicht werden, die von den rechtlichen Rahmenbedingungen, der

²⁵ UNEP, Emissionsminderungsbedarf und -chancen - Lückenbericht 2019. Nairobi: Umweltprogramm der Vereinten Nationen (2019).

²⁶ NCCS, CH2018 Klimaszenarien für die Schweiz. Zürich: Nationales Zentrum für Klimadienste (2018).

öffentlichen Finanzierung und den institutionellen Strukturen abhängen²⁷. Um unsere Zukunft und die der kommenden Generationen zu sichern, ist es daher unerlässlich und dringend, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die politischen Behörden in allen Bereichen so handeln, dass sie die ökologischen Grenzen einhalten.

Streichung des Absatzes "Wir brauchen einen transformativen Wandel", da sein Inhalt bereits in mehreren anderen Absätzen enthalten ist

Kipppunkte

Um einen Systemwandel zu erreichen, müssen wir verschiedene Kipppunkte aktivieren, die einen unmittelbaren und transformativen Wandel auslösen. Kipppunkte sind nicht nur ökologisch, sondern können auch ideologisch, materiell und/oder sozial sein. Mit diesem Konzept wollen wir einerseits an die ökologische Dringlichkeit erinnern und andererseits zeigen, dass ein beispielloser, globaler und positiver Wandel möglich ist.

Eine (nicht) lineare Sichtweise

Streichung von zwei Absätzen Wir leben in komplexen und voneinander abhängigen, dynamischen und instabilen Ökosystemen. Wir müssen zu dieser nicht-linearen Vision einladen, um zu verdeutlichen, dass ein noch nie dagewesener Wandel möglich ist! Vor allem müssen wir damit zeigen, dass die heutige politische Untätigkeit katastrophale Folgen haben wird (siehe den Abschnitt über Kipppunkte).

Der Finanzplatz

Die Schweiz verursacht zwischen 3 und 4 % der weltweiten Treibhausgasemissionen,²⁸ vor allem durch den Finanzplatz (private und institutionelle Vermögensverwaltung, Geschäfts- und Retailbanken, Finanzierung des Rohstoffhandels usw.), während unsere Bevölkerung nur 0,1 % der Weltbevölkerung ausmacht, und dies schon seit mehreren Jahrzehnten.²⁹

Wenn wir das Kohlenstoffbudget einhalten wollen, das es uns ermöglichen würde, unter dem Grenzwert von 1,5 °C für die globale Erwärmung im Vergleich zu vorindustriellen Werten zu bleiben, und gleichzeitig die Unsicherheiten im Zusammenhang mit Rückkopplungsschleifen, dem Auftauen von Permafrostböden usw. berücksichtigen wollen, liegt es auf der Hand, dass die fossilen Brennstoffe im Boden bleiben müssen und die Finanzierung von fossilen Infrastrukturen de facto sofort eingestellt werden muss.

²⁷ Carbone4, *leistest du deinen Beitrag? Pouvoir et responsabilité des individus, des entreprises et de l'État face à l'urgence climatique*, Paris: Carbone4 (2019).

²⁸ Masterplan Klima Schweiz, Klima-Allianz Schweiz, 2016; Global Carbon Project, *Global Carbon Atlas*, 2017.

²⁹ SFO, Weltbank; Volkszählung 2017.

Es ist daher unbestreitbar, dass der Schweizer Finanzplatz unser wichtigster Hebel ist, um vom Paradigma der fossilen Brennstoffe im engeren Sinne wegzukommen. Auf globaler Ebene hätte ein solcher Wandel aufgrund der Instabilität, der gegenseitigen Abhängigkeit und der Globalisierung des Finanzsektors systemische Auswirkungen - er wäre ein Kipppunkt. Natürlich ist das Risiko eines globalen Zusammenbruchs des Finanzsystems - und anderer Systeme durch einen Dominoeffekt - eine ernst zu nehmende Hypothese, wie uns die Covid-19-Pandemie in geringerer Masse gezeigt hat.

Angesichts der ökologischen Katastrophe glauben wir auch, dass der Finanzplatz das beste Ziel ist, um die verschiedenen antirassistischen, demokratischen, ökologischen, feministischen, humanistischen und sozialen Bewegungen und Organisationen unter einer gemeinsamen und einheitlichen Strategie zu vereinen.

Unserer Ansicht nach ist der Finanzplatz ein entscheidender Wendepunkt, sowohl qualitativ als auch quantitativ, um die Logik unseres kapitalistischen Finanzsystems zu verändern. Die Hebeleffekte werden sich auf lokaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene auswirken.

Massenbewegung

In politischen Krisen engagieren sich die Massen mehr oder weniger spontan im öffentlichen Raum und im sozialen Kampf. Solche Ereignisse finden ihren deutlichsten Ausdruck in Massenprotesten (Aufruhr, Streik oder Demonstration). Eine Massenbewegung als solche ist durch die öffentliche Unterstützung und die aktive oder passive Beteiligung eines grossen Teils der Bevölkerung gekennzeichnet. Der spontane Schwung der Massen ist jedoch oft kurzlebig und funktioniert durch eine *Dynamik*, die es der gesamten Gesellschaft ermöglicht, das kollektive Bewusstsein für bestimmte Themen zu beschleunigen und sogar bestimmte Strukturen und Mechanismen eines hegemonialen Systems zu verändern.

Wer sollte handeln und warum?

Der soziale Wandel ist das Ergebnis des Engagements der Massen im politischen Raum. Aber wer sind diese Massen? Und wer sind die Menschen und Gruppen, die sie aktiv bewegen und organisieren?

Wie Daniel Tanuro sagt: "Das zentrale strategische Problem ist, dass das theoretisch vorgesehene Subjekt der antikapitalistischen Alternative - die Arbeitswelt - weitgehend ausserhalb des ökologischen Kampfes bleibt". Er weist aber auch darauf hin, dass einige

Gewerkschaften, die soziale und ökologische Kämpfe miteinander verbinden wollen, die Forderung nach einer "Just Transition" erhoben haben³⁰. Damals wie heute ist es unvorstellbar, die Produktion zu demokratisieren und umzugestalten, zu beschliessen, weniger zu transportieren und besser zu teilen, ohne ein dauerhaftes und radikales Engagement der grossen Mehrheit der Arbeitnehmenden.

Auf der Grundlage dieser Analyse lässt sich sagen, dass es nur einen Kampf gibt, der sowohl ökologisch als auch sozial ist. Es muss jedoch betont werden, dass dieser Kampf aus verschiedenen Kämpfen besteht, die immer noch unzusammenhängend sind: der Kampf der Arbeiter*innen, der Bäuer*innen, der indigenen Völker, der FINTA*-Personen, der jungen Menschen, der LGBTQIA+-Gemeinschaft, der rassifizierten Menschen und der armen oder prekären Menschen. In der Tat entwickeln alle diese Kämpfe in unterschiedlichem Masse ein Anti-System-Projekt. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erkennen, dass die Arbeiter*innenschaft am Ende der Schlange steht, während die *Vía Campesina* und die indigenen Völker an vorderster Front stehen³¹. Die Nachhut bilden hingegen jene Gruppen, die sich der Notwendigkeit eines objektiven Bruchs mit dem Kapitalismus zur Lösung der ökologischen Katastrophen weniger bewusst sind.

Wenn wir die These von der Konvergenz der Kämpfe vertreten, meinen wir nie eine vollständige Verschmelzung dieser verschiedenen Fronten, sondern vielmehr eine aktive und konkrete Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und Projekte. Genauer gesagt, halten wir es für notwendig, "eine Konvergenz der Kämpfe um die strategische Hypothese herum aufzubauen, dass die am weitesten fortgeschrittenen Sektoren in der Lage sein werden, den anderen zu helfen, aufzuholen. Es versteht sich von selbst, dass es nicht darum geht, jemanden zu instrumentalisieren: Die Annäherung muss unter strikter Wahrung der Autonomie der Bewegungen erfolgen. Das Ziel ist eine Angleichung nach oben, nicht ein Konsens auf der untersten Ebene. Es geht darum, auf der Grundlage ökologischer Fragen politische und soziale Krisensituationen zu schaffen, in denen zumindest ein Teil der Arbeiter*innenbewegung begreift, dass ihr eigentliches Interesse darin besteht, gegen den Produktivismus zu kämpfen."³²

³⁰ Daniel Tanuro, *Zu spät, um pessimistisch zu sein! Écosocialisme ou effondrement*, Vorwort von Michael Löwy, Éditions Textuel, Paris, 2020, S. 281

³¹ Politische Gruppen, die andere Gruppen auf ihr klassenbezogenes, ökologisches, feministisches oder antirassistisches Bewusstseinsniveau bringen, um einen systemischen Wandel einzuleiten, werden als "Vorhut" bezeichnet.

³² D. Tanuro, op. cit. S. 285-286.

Eskalation

Am dritten nationalen Treffen (11./12. Mai 2019) haben wir den Vorschlag "2020 we rise up" angenommen, der besagt, dass der Druck erhöht werden muss, da es trotz regelmässiger Streiks bisher keine wirkliche Verbesserung in der Klimapolitik gegeben hat. Deshalb muss sich die Bewegung in eine Richtung bewegen, die im Rahmen des Aktionskodex zunehmend Druck auf Politik, Institutionen und Wirtschaft ausübt, wenn nichts geschieht. Um dies zu erreichen, sieht die vorliegende Strategie konkrete Fristen vor.

Wir bekräftigen die Notwendigkeit, allgemeine und spezifische Eskalationen in Betracht zu ziehen, um Bewegung, Instabilität und vor allem Spannungen und Druck in einem offenen Konflikt gegenüber den verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Institutionen zu erzeugen, die die Macht konzentrieren, und sich gleichzeitig mit bestimmten Akteur*innen in diesen grossen Konfrontationen zu verbünden.

Genauer gesagt, zeigen wir mehrere Möglichkeiten der Erweiterung auf:

1. Indem wir uns allmählich von den von der öffentlichen Meinung befürworteten Handlungsweisen entfernen;
2. Indem wir die subversive und transformative Dimension unserer Ziele und Forderungen verstärken;
3. Indem wir öffentlich einen Konflikt mit spezifischen und taktischen Zielen austragen, um einen Kampf um die kulturelle Hegemonie zu führen;
4. Indem wir in einer begrenzten Zeit und zu bestimmten Themen den grössten Teil unserer aktivistischen Kräfte konzentrieren und/oder indem wir eine kritische Masse der Bevölkerung vorübergehend einbeziehen.

Um die Bedeutung einer Eskalationsstrategie zu verstehen, muss man das Konzept des "Overton-Fensters" betrachten, eine Metapher für die Menge an Ideen, Meinungen oder Praktiken, die in der öffentlichen Meinung einer bestimmten Gesellschaft als akzeptabel gelten. Genauer gesagt ist das Overton-Fenster ein Ansatz zur Ermittlung der Ideen, die den Bereich der Akzeptanz möglicher Regierungsmassnahmen innerhalb einer "Demokratie" definieren. Politische Bewegungen, die ausserhalb des Overton-Fensters agieren - wie der Klimastreik - versuchen, die öffentliche Meinung zu verändern, um dieses Spektrum zu verschieben und/oder zu erweitern. Umgekehrt versuchen die Akteur*innen, die innerhalb des Zeitfensters agieren - und die aktuelle oder eine ähnliche Politik unterstützen - die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, dass eine Politik ausserhalb des aktuellen Rahmens als inakzeptabel angesehen werden sollte. Die verschiedenen Stufen, die zur Mitte des Fensters führen, sind: undenkbar, radikal, akzeptabel, vernünftig, populär und politisch.

Was können wir konkret daraus lernen? Als transformative soziale Bewegung muss der Klimastreik undenkbar und/oder radikale Positionen einnehmen und gleichzeitig eine eskalierende Dynamik erzeugen und nutzen, um die nachfolgenden Diskurse akzeptabel, vernünftig, populär und politisch zu machen, sei es in den Institutionen oder in der Bevölkerung. Dabei werden alle unabhängigen und traditionellen *Medien* zu Vektoren und Werkzeugen für die Veränderung des Overton-Fensters. Im Moment wäre es unserer Meinung nach die schlechteste Entscheidung für den Klimastreik, sich an das zu halten, was als politisch akzeptabel gilt, denn eine solche Position würde es uns nicht erlauben, das Ausmass der ökologischen und sozialen Katastrophe, die wir erleben, zu verdeutlichen. Vor allem laufen wir Gefahr, sehr kurzfristig an den Rand gedrängt zu werden³³ - auch wenn wir konsensuale Positionen vertreten -, wenn die wirtschaftlichen und politischen Institutionen nicht in der Lage sind, auf diese Systemkrise zu reagieren.

Streichung des Absatzes "Radikalität". Sein Inhalt war bereits in anderen Teilen des Dokuments enthalten

Institutionelle Instrumente: Warum sollten wir sie sorgfältig einsetzen?

Glück oder Pech, wir haben in der Schweiz institutionelle Instrumente - wenn auch begrenzt und von einer bürgerlichen Minderheit instrumentalisiert - um Kontrolle und souveränen «Volks»willen auszuüben. Außerdem sind Wahlen auf lokaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene allgegenwärtig und machen einen grossen Teil der institutionellen politischen Agenda der Schweiz aus.

In letzter Zeit hat der Klimastreik zu mehreren Diskussionen darüber geführt, ob die institutionelle Politik nicht angemessen auf die ökologische Katastrophe reagiert hat. Unseres Erachtens ist dies in der Tat der Fall. Wir teilen jedoch nicht einige der Schlussfolgerungen, die de facto das, was manche ungeschickt als "institutionelle Politik" bezeichnen, ganz aufgeben würden. Die Politik verabscheut ein Vakuum... Wenn einige Akteur*innen von der traditionellen politischen Bühne verschwinden, werden andere diesen Platz einnehmen, meist Kräfte, die unserer globalen Vision abträglich sind. **Absatz gestrichen**. Letztendlich hängt der Umgang mit institutionellen Instrumenten von den Zielen ab, die wir uns setzen, und von der Methode, die wir anwenden.

³³ Es gibt kein besseres Beispiel als die Kategorisierung (#ÖkologischeDiktatur), die von einigen politischen Parteien - von denen einige öffentlich ihre Unterstützung für unsere Forderungen erklärt haben - während der letzten Debatten über die Revision des CO₂-Gesetzes vorgenommen wurde. Das gleiche Phänomen ist bei den aktiven Repressionskampagnen - sogar von der politischen Linken - gegen die Aktionen von Extinction Rebellion zu beobachten. Mit anderen Worten: Wir haben es geschafft, den Klimanotstand, den Netto-Nullpunkt bis 2030, in die Mitte des Fensters zu rücken, aber wir werden jetzt durch die Aktionen und Angriffe unserer Gegner aus dem Fenster gedrängt.

In diesem Zusammenhang möchten wir euch daran erinnern, dass bestimmte Organisationen seit mehreren Jahrzehnten mit unterschiedlichem Erfolg einen Hegemonialkrieg führen, indem sie regelmäßig auf bestimmte institutionelle Instrumente wie die Initiative oder das Referendum zurückgreifen. Das Beispiel der SVP illustriert dies perfekt. Indem sie sich immer wieder der institutionellen Instrumente der direkten Demokratie bemächtigt hat, ist es dieser bürgerlichen Partei gelungen, einen grossen Teil der Bevölkerung unter den Themen des primären Anti-Europäismus und der Angst vor der "Masseneinwanderung" zu vereinen, die als Wurzel aller Übel unserer heutigen Gesellschaft dargestellt werden, während sie sich selbst als Verkünder der direkten Demokratie präsentiert. Mit diesen Instrumenten kann ein Massenpublikum direkt erreicht werden, selbst wenn es sich um eine Minderheitenorganisation handelt, und die gesamte zivile und politische Gesellschaft wird gezwungen, zu einem bestimmten, manchmal sogar sehr marginalen Thema Stellung zu beziehen.

Diese institutionellen Instrumente dürfen jedoch keinesfalls fetischisiert werden. Sie werden nicht zu den notwendigen Veränderungen führen. Daher sollten sie mit Bedacht und mit klaren und realistischen Zielen für unsere Bewegung eingesetzt werden. In jedem Fall müssen die Menschen daran erinnert werden, dass die institutionelle Politik sie nicht retten wird, um diese Institutionen nicht zu legitimieren. Ein weiteres deutliches Beispiel sind die Ergänzungswahlen zum Waadtländer Staatsrat, die vom Waadtländer Klimastreik angeführt wurden. Ihr Slogan: "Der Staatsrat wird uns nicht retten: Generalstreik am 15. Mai 2020". Ein institutionelles Instrument für eine anti-institutionelle Botschaft. Diese transformativen Bildungskampagnen müssen jedoch pünktlich in ihrer Konzeption und Durchführung bleiben (dies erfordert eine andere Organisation als wir es gewohnt sind), denn wir dürfen uns nicht physisch und psychisch für solche Termine erschöpfen, **um unsere anderen Projekte und Kampfmittel nicht zu behindern.**

Wir sind der Meinung, dass die beste Art und Weise, die Instrumente der direkten Demokratie zu nutzen, darin besteht, die eher institutionellen Organisationen, die die Initiative weiterhin nutzen werden, zu ermutigen, dies mit radikalen und transformativen Vorschlägen zu tun. Die Sackgasse, in der sich die Gletscherinitiative befindet, muss vermieden werden (siehe Abschnitt über den Zustand der Umweltbewegung). Darüber hinaus müssen wir diese verschiedenen Organisationen ermutigen, wenn nötig möglichst breite Fronten zu bilden (z.B. die Konzernverantwortungsinitiative), indem wir uns an ihnen beteiligen, ohne uns jedoch zu weigern, vorübergehend in der Minderheit zu sein, um eine radikale und notwendige Position zu verteidigen (z.B. netto null 2030 mit dem CO2-Gesetz). In allen Fällen sollten diese Momente als die Entwicklung eines Kräftegleichgewichts, die Schaffung einer Dynamik gesehen werden, mit anderen Worten, indem sie als eine notwendige und vorübergehende Taktik integriert werden, die Teil einer umfassenderen Strategie ist.

Die Frage der Gewalt

Was ist Gewalt? Gewalt ist ein breites Spektrum. Gewalt ist ein fester Bestandteil der Macht, sie ist überall in der Politik präsent. Jede Macht bestimmt, was Gewalt ist, unter welchen Bedingungen und gegen wen sie rechtmässig angewendet werden kann. In unserer Gesellschaft lässt die Definition von Gewalt in Übereinstimmung mit der kulturellen Hegemonie nur sehr wenig störende Handlungen zu, da das Einschlagen eines Fensters bereits als gewalttätiger Akt gilt. Umgekehrt hat der Staat einen grossen Spielraum bei der Anwendung von Gewalt, denn Obdachlose mitten im Winter im Freien schlafen zu lassen, gilt nicht als Gewaltakt.

Welche praktischen Schlussfolgerungen können daraus gezogen werden? 1) Verbreitung eines neuen Verständnisses von Gewalt durch Betonung der systemischen Gewalt 2) Erweiterung des Spektrums der gesellschaftlich akzeptierten Gewalt durch störendere Aktionen.

Die Einstufung unserer Handlungen als gewalttätig oder nicht gewalttätig ist daher für uns nicht wichtig. Was zählt, sind die positiven und negativen Folgen für unsere Bewegung in Bezug auf unsere politischen Ziele. Es ist daher von zentraler Bedeutung, unser Handeln von Dogmen zu befreien und eine Vielfalt von Taktiken zu befürworten.

Jenseits von Gewalt und Gewaltlosigkeit: für eine befreite direkte Aktion!

Auf dem zweiten nationalen Treffen (23.-24. Februar 2019) haben wir uns auf einen Kodex geeinigt, der die Regeln dafür festlegt, welche Aktionen durch den Klimastreik organisiert und/oder gefordert werden können. Auf dem dritten nationalen Treffen (11.-12. Mai 2019) haben wir uns ausserdem auf einen ergänzenden Solidaritätskodex geeinigt, der besagt, dass der Klimastreik alle Aktionen, die in seinem Namen durchgeführt werden, und de facto alle daran teilnehmenden Aktivist*innen aktiv unterstützen wird. «Der Solidaritätskodex erkennt die Notwendigkeit einer Vielfalt von Aktionsformen an, und wir zeigen uns solidarisch mit anderen Formen des Aktivismus, auch wenn sie nicht die gleiche Strategie wie wir wählen", heisst es in diesem Zusammenhang.

Natürlich muss eine solche Aussage im Rahmen eines einheitlichen strategischen Vorschlags diskutiert, hinterfragt und umgestaltet werden. Wenn es sich um eines der komplexesten Themen handelt (Gewalt vs. Gewaltlosigkeit), sind die Spannungspunkte

hauptsächlich taktischer Natur³⁴. Dies ist von entscheidender Bedeutung, denn bevor wir über Taktiken sprechen, müssen wir wissen, was wir erreichen wollen. Unsere Gesamtanalyse wird nur skizzenhafte Antworten liefern, wir müssen aktiv und kollektiv verstehen, was wir tun wollen (eine Vision definieren): die Menschen dazu bringen zu glauben, dass eine bessere Welt möglich ist? Die Legitimität der Institutionen des globalen Kapitalismus unterminieren? Einen Raum ausserhalb der **logoisierten, kommodifizierten** und von den Medien dominierten Realität beanspruchen? Den Widerstand sowohl im Herzen der Finanz- und Industrieinstitutionen als auch bei denjenigen fördern, die ihre Drecksarbeit machen sollen, wie Polizei und Armee, die, wenn sie uns unterdrücken, gegen die Interessen einer Klasse handeln, die auch die ihre ist? Um eine alternative Gesellschaft zu schaffen; um den Wandel zu leben; um die Unterstützungsnetzwerke aufzubauen, die wir als Bewegung und als lokale Gemeinschaften brauchen, um diesen Kampf zu führen und gleichzeitig damit zu beginnen, gerechte und nachhaltige Wege zu erforschen, wie wir uns ernähren, unterbringen, kleiden, schützen, pflegen und aktivieren können?

Durch die Klärung unserer Absichten können wir nun eine kohärente Vielfalt von Taktiken entwickeln, indem wir über die Binarität von Gewalt und Gewaltlosigkeit hinausgehen und uns der befreiten direkten Aktion³⁵ zuwenden. Es bedeutet auch, dass wir einen Dialog zwischen einem möglichst breiten Spektrum von Gruppen aufnehmen müssen, ohne dass eine einzelne Organisation oder Gruppe die Führung übernimmt, und dass wir die Vielfalt der Rassen-, Klassen- und Geschlechterunterdrückung sowie die Vielfalt der politischen Philosophien aktiv berücksichtigen müssen, zu verstehen, dass es keine Gruppe oder Taktik gibt, die die Bewegung beherrscht oder definiert, dass es Zeiten gibt, in denen wir uns gemeinsam organisieren wollen und Kompromisse und Verhandlungen brauchen, und andere Zeiten, in denen wir es vorziehen, parallele Strukturen zu organisieren; Förderung der Bildung von Blöcken und Interessengruppen; Förderung der Entwicklung eines Spektrums von Zielen, Taktiken und Strategien mit unterschiedlichem Risikograd; Einsicht in

³⁴ Für einen Großteil unserer Überlegungen zu diesem Thema empfehlen wir die folgende Lektüre: Starhawk, "Jenseits von Gewalt und Gewaltlosigkeit", Earths #9, 22. November 2019. Auszug online verfügbar: <https://www.terrestres.org/2019/11/22/au-dela-de-la-violence-et-de-la-non-violence/> 42

³⁵ Starhawk (vorheriger Verweis): "Das Ziel der 'befreiten direkten Aktion' ist es, den Menschen zu vermitteln, dass eine bessere Welt möglich ist, dass sie etwas dafür tun können und dass sie wertvolle Verbündete in diesem Kampf sind. Diese Welt im Kampf selbst ins Leben zu rufen, die Revolution zu sein, dem, was wir erschaffen wollen, Substanz zu verleihen, es vorzuzeichnen. Die "befreite direkte Aktion" lehnt nicht einfach bestimmte Taktiken ab oder schränkt sie ein; sie sucht aktiv und kreativ nach Aktionen, die die Welt, die wir schaffen wollen, vorwegnehmen und ihr Substanz verleihen. Sie setzt Symbole klug ein, aber sie ist mehr als nur symbolisch; sie behindert Unterdrückungsmaßnahmen und bietet konfrontative Alternativen. Befreite direkte Aktion" bedeutet, die Radikalität unserer Vorstellungskraft zu stärken und den Raum zu beanspruchen, in dem wir unsere Visionen verwirklichen können: Sie ist magisch definiert als "die Kunst, das Bewusstsein nach Belieben zu verändern". Sie stellt die Machtstruktur selbst in Frage und wendet sich gegen alle Formen von Herrschaft und Kontrollsystemen, indem sie Freiheit, direkte Demokratie und Solidarität verkörpert, und sie beginnt mit der Klarheit des Ziels, noch bevor von der Vielfalt der Taktiken die Rede ist. Bevor wir also entscheiden, welche Taktik wir anwenden, müssen wir wissen, was wir erreichen wollen.

die Tatsache, dass die Botschaft umso klarer sein muss, je konfrontativer die Taktik ist, und dass wir umso sicherer sein müssen, dass unsere Taktik von einer Basis unterstützt wird; zu akzeptieren, dass wir unsere Aktionen nicht unbedingt sicher durchführen können; dauerhafte Solidaritätsnetze aufzubauen; statt eine Reihe von Leitlinien herauszugeben, die den Menschen vorschreiben, was sie nicht tun sollen, sollten die Gruppen und Verbände ihre Absichten bekannt geben, was sie wirklich wollen

Massenhafter Ungehorsam

Individueller Ungehorsam ist interessant, aber er reicht nicht aus. Wir brauchen aktiven und massiven kollektiven Ungehorsam in allen Bereichen der Gesellschaft. Dazu ist es nicht nur notwendig, Bezugsgruppen/Organisationen zu bilden, sondern vor allem, sich in der Masse zu organisieren, um Aktionen zu planen, die eine begründete und strategische Eskalation ermöglichen.

Massenorganisationen

Eine Massenorganisation ist ein sektorales - oder nicht sektorales - Gremium, das sich um eine politische Bewegung oder Partei herum entwickelt. Zum Beispiel der Schweizerische Gewerkschaftsbund (USS) um die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP), die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (ASIN) um die Schweizerische Volkspartei (SVP) oder, in gewisser Weise, der Strike for Future um den Klimastreik. Infolgedessen hat jede Massenorganisation ein Publikum, das nach unterschiedlichen Kriterien bestimmt wird (Geschlecht, Berufsgruppe, soziales Anliegen, Alter, Aktionsformen usw.). Sie zielt darauf ab, die gesamte Zielgruppe zu erreichen, auch über die Reihen einer politischen Organisation hinaus. Die politische Organisation muss jedoch die Gründung dieser Verbände aktiv fördern und ihre Entwicklung unterstützen. Diese politischen Organisationen sind nicht nur für die Entwicklung bestimmter Ideen und Projekte (Theorie) und deren aktive Verbreitung (Agitation und Propaganda) notwendig, sondern vor allem für deren Verwirklichung (Aktion und Organisation).

Nicht nur "ziviler Ungehorsam"

Im kollektiven Unbewussten ist der Ungehorsam unmittelbar und untrennbar mit dem "zivilen Ungehorsam" verbunden. Im Gegensatz zur herkömmlichen Rebellion ist der zivile Ungehorsam eine Form des Widerstands, die sich weigert, sich mit einer als unrechtmässig angesehenen Macht zu arrangieren und diese Macht durch eigene Mitarbeit zu unterstützen. Es ist jedoch wichtiger denn je, sich für alle Formen des Ungehorsams zu interessieren und nicht nur für die Tradition des zivilen Ungehorsams, der sich systematisch auf dieselben historischen Ereignisse und Figuren bezieht, wobei es oft an einer strengen Historisierung dieser Erzählungen fehlt. Daher ist es unserer Meinung nach besser, sich mit der Idee des Widerstands, dem legitimen Recht darauf und im weiteren Sinne mit der Weigerung,

illegitimen Autoritäten und Mächten blindlings zu gehorchen, zu befehlen. Daher müssen wir aktiv daran arbeiten, unser Imaginäres von bestimmten ultradominanten Narrativen zu entkolonialisieren und uns mit den Geschichten zu beschäftigen, die am Rande der Gesellschaft liegen. Auf dieser Grundlage glauben wir, dass es jetzt notwendig ist, einen bewussten und globalen Ungehorsam konkret ins Auge zu fassen, der je nach Massstab, Region, politischer oder sozialer Gruppe variiert und immer auf organische und solidarische Art und Weise erfolgt. Innerhalb einer Organisation wie dem Klimastreik können und müssen diese Widerstandstaktiken auf subjektive und objektive Bedürfnisse reagieren. In jedem Fall muss ein dauerhafter Zustand der Nicht-Kooperation - aktiv oder passiv - mit der grossen Mehrheit der wirtschaftlichen und politischen Institutionen des gegenwärtigen Systems erreicht werden. Eine allgemeine Atmosphäre der Rebellion ist eine Voraussetzung für einen globalen Wandel. Es liegt an uns, dazu beizutragen.

Generalstreiks

Die Lösung der ökologischen und sozialen Krisen unserer Zeit erfordert einen Bruch mit dem derzeitigen Wirtschaftssystem, das auf ständigem Wachstum und Profitakkumulation beruht. Trotz der Dringlichkeit und trotz einer fast permanenten Mobilisierung seit Dezember 2018 hat die Klimabewegung vorerst keine konkreten politischen Fortschritte erzielt.

In der Vergangenheit konnten die Bewegungen jedoch partielle und vorübergehende, aber echte Siege erringen. Dinge, die wir heute für selbstverständlich halten (das Recht auf Urlaub, das Rentensystem, die Sozialversicherung, das Ende der Kinderarbeit usw.), galten früher als "unmöglich". Sie waren "utopisch" und sind doch Wirklichkeit geworden.

Auch die Ziele des Klimastreiks sind im gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen System utopisch. Sie scheinen weit weg zu sein, fast unerreichbar, aber dennoch dringend und notwendig. Wie können wir diesen Widerspruch überwinden? Es ist sinnvoll, einige historische Beispiele zu betrachten, die im letzten Jahrhundert viele soziale Fortschritte ermöglicht haben.

Ohne die Arbeiter*innen steht die gesamte Produktion still!

Streiks sind daher ein äusserst wirkungsvolles Mittel des Kampfes! In dieser Hinsicht sind die grossen Streiks des 20. Jahrhunderts hervorragende Beispiele. Ein Streik ist die koordinierte Arbeitsniederlegung der Arbeitnehmenden gegen den Willen der Arbeitgebenden. Indem sie die Arbeit niederlegen, nutzen die Arbeitnehmenden ihre kollektive Macht, um ein Machtgleichgewicht zu schaffen, das es ihnen ermöglicht, mit der Unternehmensleitung oder sogar mit dem Staat in Verhandlungen zu treten, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, bessere Löhne zu fordern usw. Die kollektive

Organisation der Arbeitnehmenden durch die Gewerkschaften ermöglicht es, diese Kämpfe zu organisieren und zu koordinieren.

Ein Streik ist nicht mit einer Demonstration zu verwechseln, obwohl beides miteinander kombiniert werden kann. Während eines Streiks gehen die Arbeitnehmenden oft auf die Strasse, um ihre Forderungen zu vertreten, und schliessen sich oft anderen Personen oder Gruppen an, die sie unterstützen wollen. Die Streikenden können auch ihre Arbeitsplätze besetzen, Informationsstreikposten organisieren oder Versammlungen abhalten, um demokratisch über die nächsten Schritte des Kampfes zu entscheiden.

Ein Streik kann sich auf ein einzelnes Unternehmen beschränken, er kann sich aber auch auf eine ganze Branche, mehrere Branchen oder sogar mehrere Sektoren erstrecken. Der Begriff "Generalstreik" wird verwendet, wenn sich der Streik auf ein ganzes Gebiet und eine grosse Zahl von Branchen erstreckt. Ein Generalstreik ist in der Lage, durch eine massive Arbeitsniederlegung die Wirtschaft eines ganzen Landes zu blockieren. Obwohl die kollektive Vorstellungskraft die Idee eines Generalstreiks oft mit Gewaltszenen assoziiert, ist anzumerken, dass viele Generalstreiks durch im Wesentlichen pazifistische Ziele motiviert waren und manchmal sogar versuchten, Kriege zu beenden oder zu verhindern. Wie jede wirklich störende Aktion kann auch ein Streik gewaltsame Repressionen durch den Staat auslösen. Dies war der Fall beim Generalstreik 1918 in der Schweiz, der zwar erfolglos blieb, aber die Weichen für künftige Kämpfe stellte³⁶.

Aber warum fürchten der Staat und die Arbeitgebenden Streiks so sehr? Wahrscheinlich, weil ein Streik, wenn er erfolgreich ist, die tatsächliche Macht der Arbeitnehmenden sichtbar macht. Die Macht des Streiks beschränkt sich nicht auf eine vorübergehende Blockade der Wirtschaft: Er ermöglicht eine extrem schnelle und radikale Umsetzung der kollektiven Stärke der Menschen, die die Illusion der Ewigkeit und Unbesiegbarkeit des Kapitalismus zerstören und so die herrschenden Kräfte destabilisieren kann.

Der Generalstreik von 1936 in Frankreich

Das Bewusstsein, dass eine andere Gesellschaft möglich ist, wird durch die Praxis des Streiks und durch die konkrete Organisation der Arbeiter*innen im Kampf vermittelt. Während der Streiks von 1936 in Frankreich organisierten die Streikenden beispielsweise die Mindestdienstleistungen (Produktion und Versorgung der Bevölkerung). Durch die Ausübung der direkten Demokratie am Arbeitsplatz, in den Dörfern und in den Stadtvierteln begannen viele Menschen zu verstehen, dass es möglich ist, die Gesellschaft ohne die

³⁶ Der Streik von 1918 war ein wichtiger Anlass, um die Probleme der Schweiz in dieser Zeit aufzuzeigen. Themen wie das aktive und passive Wahlrecht für Frauen, die Einführung einer Invalidenversicherung und die 48-Stunden-Woche wurden diskutiert. Doch erst langfristig konnten sich diese Forderungen in der Schweizer Gesellschaft durchsetzen

«Bosse» und ohne den Staat zu regieren. Dies machte die Situation in Frankreich potenziell revolutionär.

Im Jahr 1936 entstand in Frankreich eine Situation der Doppelherrschaft (Arbeiter*innenmacht versus Kapital-/Staatsmacht). Entgegen der landläufigen Meinung war es nicht einfach eine demokratisch gewählte linke Regierung, die die Forderungen der Arbeiter*innenbewegung umsetzte, sondern die Eroberung dieser Rechte wurde vor dem Hintergrund eines lang anhaltenden Generalstreiks erreicht.

Nach der Unterzeichnung des Matignon-Abkommens zwischen dem Staat, den Arbeitgebenden und den Gewerkschaften setzte sich die Streikbewegung fort, da die Arbeiter-Expert*innen der Meinung waren, dass die Vereinbarungen nicht weit genug gingen. Angesichts einer Situation, auf die sie keinen Einfluss mehr hatten, erklärten sich die Arbeitgebendenverbände bereit, neue Vereinbarungen zu unterzeichnen, um eine schnelle Rückkehr zur Normalität zu fördern und eine Revolution zu verhindern. Erst dann wurde das Recht auf bezahlten Urlaub in Frankreich tatsächlich anerkannt.

Dieses Beispiel zeigt uns, dass die politische Farbe der demokratischen Institutionen für den sozialen Fortschritt keineswegs ausreicht: Bestimmte Forderungen können nur erreicht werden, wenn die soziale Bewegung selbst eine echte Bedrohung für die bestehende Ordnung darstellt.

Konvergenzen und Divergenzen

Der Klimastreik ist eine parteiunabhängige Bewegung, die streng genommen nicht dem politischen Spektrum zuzuordnen ist. Als soziale Bewegung ist sie jedoch in hohem Masse politisch. Wir sind eine globale Bewegung der Solidarität. Deshalb beteiligen wir uns an internationalen Bewegungen wie unter anderem der globalen FridaysForFuture-Bewegung, um unsere Solidarität und das Bewusstsein zu zeigen, dass viele Probleme nur auf globaler Ebene gelöst werden können.

Wir müssen die Konvergenzen und Divergenzen besser verstehen, die wir derzeit - oder möglicherweise bald - mit bestimmten Gruppen, Bewegungen oder Organisationen haben. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, das Konzept des "Unterstützungsspektrums" zu verwenden, ein strategisches Instrument zur Untersuchung des Spektrums gesellschaftlicher Kräfte und Gruppen, das von den engagiertesten Gegner*innen bis zu den aktivsten Befürworter*innen reicht. Dieses Instrument kann aufdecken, wie Taktiken auf der Grundlage ihrer Fähigkeit, wichtige Verbündete anzuziehen oder nicht anzuziehen, geplant werden sollten; optimistischere Mobilisierungsbemühungen fördern, indem mensch erkennt, dass

nicht alle mit an Bord sein müssen; und beurteilen, wo eine Gruppe mehr Nachforschungen über Verbündete anstellen muss.

Die dringenden Fragen, die wir uns stellen müssen, lauten daher: Wie sind die verschiedenen Institutionen und Organisationen auf dem "Spektrum der Unterstützung" für den Klimastreik positioniert? Wer sind die Personen, die aktiv und passiv an der Bewegung beteiligt sind? Wer sind unsere aktiven Verbündeten? Und wer die passiven? Wer sind diejenigen, die eine neutrale Haltung einnehmen? Und wer sind unsere aktiven Gegner*innen? Und wer die passiven? Ganz allgemein: Wie können wir kurz- und langfristig gezielte und positive Synergieeffekte erzielen? Mit anderen Worten: Mit wem könnten wir vorübergehende und/oder dauerhafte Allianzen bilden? Wollen wir uns bestimmten Organisationen frontal und offen entgegenstellen? Wenn ja, aus welchen Gründen und in welcher Form?

Wer sind unsere Verbündeten?

Wer sind die Menschen in der Bewegung?

- Hauptsächlich Schüler*innen und Student*innen ausserhalb bereits bestehender Aktivist*innennetzwerke.
- Eine gewisse Anzahl von Personen, die bereits in anderen Umweltverbänden oder -kollektiven aktiv waren.
- Je nach Region auch erfahrenere Aktivist*innen von den Jungsozialist*innen (Juso) und den Jungen Grünen (JG). - Erfahrenere Aktivist*innen aus radikal linken politischen Bewegungen und Organisationen (siehe unten), je nach Region.
- Eine Minderheit von Menschen, die in der Arbeitswelt tätig sind, unabhängig davon, ob sie in der Ausbildung sind oder nicht. Im Übrigen eine Minderheit der älteren Menschen.
- Mehrere Wissenschaftler*innen.
- Etc.

Was ist mit den aktiven Verbündeten?

- Extinction Rebellion
- Der Vorstand des Klima-Bündnisses und einige Teile der Umweltbewegung.
- Eine Minderheit der bäuerlichen Bewegung durch Vereinigungen wie Landwirtschafts mit Zukunft, die **Grapes of Wrath** oder Uniterre.
- Ein Teil der älteren Menschen durch Vereinigungen wie Klimagrosseltern **oder Eltern fürs Klima.**
- Degrowth-Organisationen und -Netzwerke.
- Autonome Kreise.

- Radikale linke politische Bewegungen und Organisationen (BFS/MPS, Solidarität oder POP/PST).
- Die Jungsozialist*innen (Juso) und die Jungen Grünen (JG).
- Die radikalsten Randgruppen der feministischen und der Gewerkschaftsbewegung.
- Bestimmte Akteur*innen aus der akademischen/wissenschaftlichen Welt.
- Etc.

Wie sieht es mit passiven Verbündeten aus?

- Andere, eher konventionelle Umweltverbände.
- Der feministische Streik.
- Gewerkschaftsvorstände.
- Politische Organisationen des linken Flügels (Sozialdemokratische Partei der Schweiz oder die Grünen).
- Und so weiter.

Wer befindet sich in einer neutralen Position?

- Die verschiedenen Komponenten der Schweizer Antirassismusbewegung
- Etc.

Wer sind unsere Gegner*innen?

- Wer sind die passiven Gegner*innen?
- Die grosse Mehrheit der Bäuer*innen.
- Die Führung und die Basis der Liberalen Partei (FDP).
- Und so weiter.

Und die aktiven Gegner*innen?

- Der Finanzplatz
- Transnationale Konzerne
- Die Führung der Schweizerischen Volkspartei (SVP).
- Faschistische und reaktionäre Organisationen.
- Die wirtschaftliche und politische Elite
- Etc.

Schliesslich möchten wir daran erinnern, dass die "grosse Umgestaltung" der Klimafrage in der ersten Phase der Entstehung des Klimastreiks stattfand. Solange es keine akuten politischen Krisen gibt, bleiben diese Gleichgewichte stabil. Wenn wir das Spektrum der Unterstützung aktiv umgestalten wollen, müssen wir auf die Taktik der vorübergehenden

oder dauerhaften "Polarisierung" zurückgreifen, indem wir neue Formen der Störung anwenden oder radikale Positionen zu bestimmten Themen einnehmen, um einen aktiven Konflikt mit bestimmten "Feinde" zu schaffen.³⁷

Interdisziplinarität

Interdisziplinarität konzentriert sich darauf, wie soziale Kategorien, die durch rassistische, validistische, geschlechtsspezifische, klassenbezogene, sexuelle Orientierung, religiöse und andere Identitätsunterdrückungen definiert sind, auf mehreren Ebenen zusammenwirken und zu Diskriminierung, Ausgrenzung, sozialer Ungleichheit und systemischer Ungerechtigkeit beitragen. Der **interdisziplinäre** Ansatz zielt darauf ab, die verschiedenen Privilegien und Unterdrückungen, mit denen wir alle konfrontiert sind, sichtbar zu machen und anzusprechen, um eine gerechtere, integrativere und kohärentere Bewegung aufzubauen. Das **Konzept der Interdisziplinarität leitet sich von der Intersektionalität ab, einem Konzept**, das 1989 von Kimberlé Crenshaw im Zusammenhang mit den Kämpfen schwarzer Feministinnen in den Vereinigten Staaten entwickelt wurde und in **diesem Fall die Interdisziplinarität feministischer Kämpfe in armen schwarzen Vierteln beschreibt.**

In der Bewegung für Klimagerechtigkeit macht eine **Analyse der Interdisziplinarität** deutlich, warum wir nicht einfach für eine grünere, sauberere Version des derzeitigen Systems kämpfen können, indem wir die Emissionen reduzieren, die Abholzung stoppen und auf erneuerbare Energien wie Wind und Sonne umsteigen. Der Zusammenbruch unserer Ökosysteme und Katastrophen wie Wirbelstürme und Ölkatastrophen hatten schon immer stärkere Auswirkungen auf bestimmte Bevölkerungsgruppen als auf andere: In der Regel sind es die Gemeinschaften mit dem geringsten Zugang zu bestimmten Ressourcen wie angemessenem Wohnraum **oder spezifischem Wissen**, die am stärksten von den wirtschaftlichen Zerstörungen betroffen sind, die mit dem ökologischen Zusammenbruch einhergehen. Der **transversale Umweltschutz** ist die Analyse, die besagt, dass alle ökologischen Ungerechtigkeiten eine soziale Komponente haben. Soziale Probleme wie Rassismus, geschlechtsspezifische Diskriminierung, die Kluft zwischen Stadt und Land und Armut sind allesamt durch ungerechte Umweltbedingungen geprägt.

Wenn wir über die Anfälligkeit für den Klimawandel nachdenken, können wir ihn nicht aus einer einzigen geografischen Perspektive betrachten, sondern müssen ihn als einen mehrdimensionalen Prozess sehen. Wir müssen die entscheidenden sozialen Fragen der Gerechtigkeit, des Zugangs, der Verteilung und der Kausalität im Zusammenhang mit den

³⁷ Weitere Informationen finden Sie in dem Kapitel "The Dividers" aus Mark Engler & Paul Engler, *This Is An Uprising. How Nonviolent Revolt Is Shaping the Twenty-first Century*, Bold Type Books, New York, S. 197 - 223. 49

Folgen der Klimakrise in den Vordergrund stellen. Wenn wir uns also für Klimagerechtigkeit einsetzen, müssen wir uns auch für soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) sollen die Überschneidungen von ökologischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen berücksichtigen. Daher ist es wichtig zu betonen, dass Länder, Regierungen, Organisationen und Institutionen soziale Ungerechtigkeit und Klimagerechtigkeit als miteinander verknüpfte Probleme und miteinander verknüpfte Lösungen angehen müssen. Und dass diese Lösungen auf einer gerechten Verantwortung beruhen müssen und nicht auf dem "Business as usual" der Industrienationen.

Daher geht es bei echter Klimagerechtigkeit darum, die Punkte zwischen Klima und sozialer Ungerechtigkeit zu verbinden und sie gemeinsam anzugehen, um widerstandsfähige und gerechte Gemeinschaften aufzubauen, wobei den Bedürfnissen benachteiligter und marginalisierter Gemeinschaften besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird". Warum? Denn sie sind den zahlreichen geografischen und sozialen Belastungen des Klimawandels am stärksten ausgesetzt - seien es steigende Temperaturen in Haiti, Überschwemmungen in Bangladesch oder Asthma im Vereinigten Königreich -, die in der Vergangenheit von den reicheren Industrieländern verursacht wurden.

Transitionsprogramm

Das Transitionsprogramm ist ein Ansatz, ein Instrument, das auf eine systemische Krise reagiert. Das funktioniert mit einer doppelten Zeitlichkeit, der des Jetzt und der des Danach, indem es eine Kohärenz zwischen diesen beiden unzusammenhängenden Momenten findet. Wenn diese beiden Realitäten nichts verbindet, müssen konkrete Brücken zwischen diesen beiden Welten geschlagen werden, insbesondere wenn wir sie nicht durch Propaganda erreichen können. Daher muss das Transitionsprogramm ein alternatives Projekt verwirklichen, das das objektiv Unerlässliche, d. h. die Reaktion auf die gegenwärtige ökologische Katastrophe, mit dem subjektiv Wünschenswerten, nämlich der Hoffnung auf eine bessere Welt, verbindet.

Übergangsforderungen

Das Übergangsprogramm sollte aus drei Arten von Forderungen bestehen: unmittelbare, demokratische und übergangsweise Forderungen. Was ist eine übergangsweise Forderung? Anders als eine unmittelbare Forderung, die innerhalb des bestehenden Systems umsetzbar ist, ist eine Übergangsforderung im Rahmen des Kapitalismus nicht realisierbar, wodurch es möglich wird, die objektive Notwendigkeit eines Bruchs mit letzterem zu verbinden mit dem

Wunsch, die (Über-)Lebensbedingungen zu verbessern. Diese Art der Forderung zielt darauf ab, die Massen zu mobilisieren und zu radikalieren, indem sie ihnen eine Welt zeigt, die sie nur durch die Überwindung des derzeitigen Wirtschaftssystems aufbauen können, das jede Möglichkeit zerstört, diese Utopie zu verwirklichen. Die demokratischen Forderungen sind diejenigen, die es uns ermöglichen, kollektiv die Macht über unsere Zukunft und unser Leben wiederzugewinnen. Natürlich müssen diese drei Arten von Forderungen zusammengedacht werden, es handelt sich weder um eine Entweder-Oder-Situation noch um die Reihenfolge der vollständigen Aufteilung.

Werkzeug für den Übergang/den Zusammenbruch

Um einen solchen Systemwandel zu erreichen, muss das Übergangsprogramm auch Vorschläge für den Aufbau von **Gegenmächten** und Selbstorganisation enthalten, die nicht nur eine demokratische Planung und Selbstverwaltung skizzieren können, sondern vor allem, wer die Orte/Gremien sein werden, von denen aus die herrschenden Mächte angegriffen werden können.

Brücken zwischen den Bewegungen und der Welt von morgen

Schliesslich soll das Übergangsprogramm ein offener pädagogischer Ansatz über die Mobilisierung und Radikalisierung der Massen sein, indem ihnen ermöglicht wird, sich im Rahmen eines bewussten, gemeinsamen und globalen Projekts zum Bruch mit dem kapitalistischen System in Bewegung zu setzen. Durch die Förderung eines breiten und pluralistischen Rahmens ermöglicht es die Verbindung und Interaktion verschiedener Kämpfe und macht es ihnen möglich, sich ihres kollektiven Schicksals bewusst werden, indem sie ihre Kritik formulieren und konkrete Pläne zur Erreichung ihres Ziels entwerfen. Für uns **persönlich** sollte dieses entstandene Bewusstsein die Menschen zu der Schlussfolgerung führen, dass, um auf die objektive Krise der Naturkatastrophen zu reagieren, das kapitalistische System jetzt gestürzt werden muss, um seine Grundlagen und Ziele zu verändern.

Dezentralisierung

Um alternative politische Strukturen und eine basisdemokratische Bewegung aufzubauen, müssen wir den Grossteil unserer Aktivitäten nach dem Prinzip der Subsidiarität dezentralisieren und maximale Autonomie für Lokal- und Regionalgruppen ermöglichen.

Vielfalt von Aktionen

Um täglich aktiv sein zu können und mit der Mehrheit der Bevölkerung in Kontakt zu bleiben, müssen wir proaktiv eine Vielfalt von Aktionen in allen Lokal- und Regionalgruppen durch

den Austausch von Erfahrungen und Wissen über unsere Netzwerke. Darüber hinaus bleiben wir dem aktuellen Klimastreik-Aktionskodex verpflichtet. Und schliesslich müssen wir Experimente fördern, unabhängig davon, ob diese zu Erfolg oder Misserfolg führen. Nur durch Experimentieren werden wir die besten Wege zur Umgestaltung der Gesellschaft finden.

Vielfalt der Handlungsebenen

Um alle unsere Forderungen erfüllen zu können, müssen wir auf allen möglichen Ebenen (individuell, verwandtschaftlich, lokal, kantonal, regional, national, kontinental und international) aktiv werden. Anstatt einige dieser Ebenen abzulehnen, müssen wir über unsere konkreten Bedürfnisse nachdenken, um die Vielzahl von Aktionen und Projekten umzusetzen, die wir erfolgreich durchführen wollen.

Vollständige Demokratisierung

Um der Kritik an der "Ökodiktatur" zu begegnen, verfechten wir eine Demokratisierung der Gesellschaft. Das bedeutet, dass wir wollen, dass alle in der Lage sind, gleichberechtigt an den Entscheidungen teilzuhaben, die sie betreffen, sei es zu Hause, in der Nachbarschaft, in Bildungseinrichtungen, in Vereinen oder politischen Organisationen und am Arbeitsplatz. Auf diese Weise können wir die Macht besser verteilen und den Menschen die Fähigkeit, kollektiv und souverän zu handeln, (zurück)geben.

Föderalismus

Um das Gewebe des Aufstands zu weben, glauben wir, dass ein föderalistisches System zwischen verschiedenen Organisationen und auf verschiedenen Ebenen notwendig ist, um Verbindungen zu schaffen, Ideen auszutauschen, Aktionen zu organisieren und kollektive Alternativen aufzubauen oder bestimmte theoretische und praktische Kenntnisse zu teilen.

Eine Alternative

Unser Ziel ist nicht nur die Zerstörung der bestehenden umweltzerstörerischen Macht, sondern auch der Kampf für das, was als nächstes kommen wird. Um möglichst viele Menschen zu mobilisieren und die Hoffnung auf eine Veränderung der Gesellschaft am Leben zu erhalten, müssen wir konkrete Alternativen aufzeigen.

Das bestehende System versucht die Menschen glauben zu machen, dass es keine Alternative gibt und dass die Dinge immer so waren und sein werden, wie sie heute sind. Das ist natürlich nicht wahr! Wir müssen daher einen Gegendiskurs führen, der sich auf Grundwerte wie Demokratie, Solidarität und Gleichheit stützt.

Es ist wichtig, Alternativen vorzuschlagen, Projekte für die Gesellschaft, die die Mehrheit der Bevölkerung ansprechen könnten. Bei dieser Produktion von möglichen Alternativen spielt

die Vorstellungskraft eine zentrale Rolle. Wir müssen in der Lage sein, uns konkret vorzustellen, wie diese Alternativen aussehen werden. Dabei können sowohl die Kunst, indem sie uns diese Alternative veranschaulicht, als auch die Geschichte, indem sie Beispiele für historische Alternativen aufzeigt, eine wichtige Rolle spielen. Natürlich ist es auch wichtig, die Alternativen aufzuzeigen, die es heute gibt.

Nur wenn wir Alternativen aufzeigen, können wir viele Menschen aus ihrem Fatalismus herausholen und die Hoffnung wecken, dass eine solidarische, gleichberechtigte und ökologische Gesellschaft möglich ist. Mit dieser Hoffnung und der Überzeugung, dass Alternativen möglich sind, wird es uns gelingen, sie auch wirklich zu verwirklichen.

Wie kann diese Alternative entwickelt werden?

Der Klimastreik kann diese Alternative nicht allein entwickeln. Es ist ein Prozess, der kollektiv stattfinden muss, mit all den Menschen, die sich engagieren und dafür kämpfen, die Gesellschaft zu verändern. Diese Überlegungen müssen in erster Linie auf sehr lokaler Ebene stattfinden, beispielsweise in Lokalgruppen und Klimaversammlungen. Es könnten auch Versammlungen in grösserem Rahmen (z. B. auf nationaler Ebene) stattfinden, um die auf lokaler Ebene entwickelten Ideen auszutauschen und über die lokale Ebene hinausgehende Themen zu erörtern.

Es ist wichtig, nicht nur auf der theoretischen Ebene zu bleiben, sondern die entwickelten Alternativen nach Möglichkeit umzusetzen. Schließlich muss es gelingen, eine allgemeine Kohärenz zwischen den verschiedenen Aspekten der entwickelten Alternativen zu wahren.

Landwirtschaft

Die Kämpfe der Bäuer*innen sind zahlreich und in der ganzen Welt miteinander verknüpft. Die internationale Bewegung Via campesina, die seit mehreren Jahrzehnten aktiv ist und deren Schweizer Zweig Uniterre ist, hat die Gemeinsamkeiten der Kämpfe der Bäuer*innen und Landarbeiter*innen auf der ganzen Welt hervorgehoben. Sie alle sind von der neoliberalen Politik der Staaten sowie von den umweltfeindlichen und unfairen Praktiken der Agrarindustrie betroffen. Viele politische und rechtliche Vorschläge finden sich in der Erklärung über die Rechte von Bäuer*innen und anderen Landarbeiter*innen, die im Dezember 2018 vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen angenommen wurde. Dieser Text ist das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen zwischen ländlichen, indigenen und anderen Lebensmittel produzierenden Gemeinschaften. Die Rechte der Bäuer*innen und die Agrarökologie sind wesentliche Kämpfe, zum einen, weil die bäuerliche Bevölkerung mehr als alle anderen über das überlieferte Wissen verfügt, um sich dem Klimawandel zu stellen und sich an ihn anzupassen, zum anderen aber auch, weil nur eine lokale, diversifizierte und von fossilen Brennstoffen freie Produktion in Verbindung mit einer Politik, die Dumping einschränkt und den Produzent*innen faire Preise garantiert, die kommenden Klima-, Gesundheits- und Wirtschaftskrisen bewältigen kann. Die Rolle des Schweizer Klimastreiks

besteht darin, die Kämpfe dieser wichtigen Akteur*innen zu verstehen und zu verstärken, in der öffentlichen Meinung und in den Institutionen dafür zu kämpfen, dass sie Gehör finden, dass kurze Vertriebswege geschaffen werden und dass das Coop/Migros-Duopol, das unhaltbare Preise festlegt, gebrochen wird, damit bäuerliche Produkte für die gesamte Bevölkerung zugänglich werden. Die Arbeitsgruppe "Landwirtschaft für Zukunft", die auf nationaler und regionaler Ebene tätig ist, dient als Bindeglied und Unterstützung für die Landwirt*innen. Sie muss den Wissenstransfer an die übrige Bewegung erleichtern, die ihrerseits dafür verantwortlich ist, diese Arbeit fortzusetzen und zu vertiefen, um konkrete Fortschritte sowohl auf der Ebene der Politik als auch auf der Ebene der Konsumgewohnheiten der Menschen zu erzielen.

Internationale Kampagnen

Die Realitäten der Organisationen, Kollektive und Gruppen, die sich weltweit für Klimagerechtigkeit einsetzen, sind sehr unterschiedlich. Während die einen zum Generalstreik aufrufen, sind andere der Meinung, dass sie nur mit den Institutionen und der öffentlichen Meinung sprechen können. Während einige Länder riesige Demonstrationen organisieren und ihre Städte oder Dörfer füllen oder blockieren, äussern sich andere umringt von der Armee oder unter Einsatz ihres Lebens. Wieder andere können nirgendwo demonstrieren, weil ihre Gebiete und Gemeinden durch extreme Wetterereignisse oder durch Landnahme durch grosse multinationale Unternehmen zerstört wurden.

Trotz dieser sehr unterschiedlichen Kontexte sind wir uns darüber im Klaren, dass wir gegen gemeinsame Feinde kämpfen (multinationale Konzerne, neoliberale Politik und deren Rechtskonstruktionen, die ihre Straffreiheit garantieren) und ähnliche Ziele anstreben, sei es die Verlagerung der Produktion, die Dekarbonisierung der Wirtschaft, Freiheit und Demokratie in unserem eigenen Leben und Zugang für alle zu den grundlegenden Rechten auf Gesundheit, Bildung, Kultur, Gesundheit, gesunde und ausreichende Ernährung, Würde an unseren Lebens-, Ausbildungs- und Arbeitsorten.

Auch hier hat der Schweizer Klimastreik als Kollektiv, das in einem privilegierten Kontext und besonders nahe an den Machthaber*innen agiert, die Verantwortung, die von der Schweiz aus operierenden umweltzerstörerischen und prekären Gebilde zu untersuchen, aufzuzeigen und zu demontieren. Eine beeindruckende Anzahl von Unternehmen aus Sektoren wie dem Finanzsektor, der Agrarindustrie, der Pharmaindustrie oder der Zementindustrie mit Sitz in der Schweiz weisen eine katastrophale Bilanz auf, sei es in Bezug auf Umweltverschmutzung, Emissionen oder Auswirkungen auf den globalen Süden. Wir müssen auch Netzwerke des Informationsaustauschs und des Aufbaus von Solidarität unterstützen und pflegen, die lokale, regionale und internationale Kämpfe konkret unterstützen, während wir bewusste und systematische Widerstandsarbeit, Bewusstseinsbildung und Mobilisierung dort leisten, wo wir leben, immer mit dem Ziel,

Gerechtigkeit und Würde für die am meisten gefährdeten und marginalisierten Menschen zu erreichen. Die Geschichte und die Kämpfe des Globalen Südens lehren uns, dass der Antirassismus, der Kampf gegen die Unterdrückung der Geschlechter und der Klassenunterdrückung im Mittelpunkt all unserer Überlegungen stehen müssen.

Politische Krisen: Instabilität und Machtdynamik

Eine politische Krise (oder Machtkrise) entsteht, wenn eine Bevölkerung alle Vertrauen in sein politisches System oder seine Regierung verliert. Allgemeiner ausgedrückt: Eine politische Krise ist eine wichtige Phase in der Entwicklung der politischen Situation eines Staates: Sie kann zu Streiks, Demonstrationen, sozialen Bewegungen, Unruhen oder allgemeiner zu sozialen Unruhen bis hin zu Aufständen oder Bürgerkriegen führen. Diese Situation ist in der Regel der Nährboden für allgemeine Instabilität und folglich für grössere oder sogar systemische Veränderungen. Manchmal können diese aussergewöhnlichen Momente zur Entstehung neuer Formen von Regimen oder zu einem Wechsel von Regierungen oder Institutionen führen, die das wirtschaftliche, soziale und politische Leben zusammenführen.

Kipppunkt(e)

Irgendwie müssen wir Kipppunkte erreichen, oder sogar einen Punkt, an dem es in Bezug auf Ideen, Institutionen, Mechanismen, Normen oder Werte kein Zurück mehr gibt. Mit anderen Worten: Wir müssen damit beginnen, die herrschende Ideologie unserer Zeit zu überwinden, um zu hoffen, dass die soziale Ordnung umgestürzt wird und die Grundlagen unserer Gesellschaft in Frage gestellt, verändert und/oder zerstört werden. Eine solche Unordnung erfordert natürlich ein Bedürfnis nach Verständnis, d.h. das Bedürfnis, eine Realität zu rationalisieren, die sich den üblichen Auslegungsmethoden scheinbar entzieht. An diesem Punkt ist es wichtiger denn je, die Möglichkeit zu erklären und zu zeigen, dass eine andere Welt möglich ist, und sich gemeinsam und kompromisslos dafür einzusetzen, dass diese Wirklichkeit wird.

Die Dualität der Macht (oder: wenn die Macht den Wandel fürchtet)

Das Erreichen der aussergewöhnlichen Situation einer Dualität der Macht (einer Doppelmacht) ist unsere beste Chance zur Überwindung und/oder Umgestaltung des Wirtschafts- und Sozialsystems, das die Ursache der ökologischen Katastrophen sind. Machtdualität ist eine Situation, in der es zwei konkurrierende Machtquellen gibt. Sie ist die höchste Form der Instabilität, die ein wirtschaftliches und politisches System erfahren kann.

Wie wir bereits mehrfach betont haben, werden diejenigen, die die verschiedenen Bereiche

der Gesellschaft beherrschen, denjenigen, die eine ökologisch und sozial nachhaltige Gesellschaft ohne fossile Brennstoffe aufbauen wollen, (fast) nichts schenken. Fossile Brennstoffe sind der physische und symbolische Treibstoff für ihre Macht. Folglich wird der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen notwendigerweise durch einen Prozess der Machtdualität gehen, da wir buchstäblich den Hauptbrennstoff unserer gesamten thermo-industriellen Zivilisation entfernen müssen, der die kapitalistische Akkumulation, die Aneignung des größten Teils der Ressourcen dieses Planeten durch die Reichsten, ermöglicht. Dazu ist es notwendig, die bestehende Macht vollständig anzufechten, um sie radikal umzugestalten und/oder sie endgültig zu beseitigen.

Um dies zu erreichen, ist jedoch ein langer Prozess der Konfrontation, Diskussion und Sensibilisierung, Bildung, Erprobung, Mobilisierung und Organisation nötig. Dieser muss auf allen Ebenen der Gesellschaft aktiv eingesetzt werden. Ohne die Schaffung einer alternativen Kultur, ohne den Aufbau und Zusammenschluss von Strukturen und Kämpfen, welche fähig sind, die Mächtigen in Frage zu stellen, werden wir nicht in der Lage sein, eine Situation des Machtdualismus zu schaffen, und werden auch einer ernsthaften und gnadenlosen Offensive der Mächtigen, unserer Gegner*innen, nicht dauerhaft standhalten können.

Im Hinblick auf ökologische Katastrophen könnte uns die Machtdualität in eine Phase der exponentiellen Beschleunigung der globalen Transformation der Ziele und Grundlagen unserer heutigen Gesellschaften bringen. Die einzige Antwort einer herrschenden Macht, die ihre hegemoniale Position behalten möchte, wird darin bestehen, konkrete und radikale Lösungen für die Klimakrise anzubieten, um die Zustimmung des Volkes zu erhalten. Wenn ein echtes Klassenbewusstsein und Bewusstsein für die ökologischen Krisen in der Mehrheit der Bevölkerung entstanden sind, wird diese keine illusorischen und unzureichenden Massnahmen akzeptieren, sondern legitim und systematisch immer stärker an die globale und sofortige öko-soziale Umstellung angepasste Antworten fordern (Ping-Pong-Effekt), während sie sich aktiv für die den Umsturz eines Staates mobilisiert, wenn dies in einer bestimmten Situation notwendig und möglich ist.

5. Was wir tun müssen

Nun müssen wir prüfen, was wir tun können und müssen, um unseren Zielen näher zu kommen.

Aktionen

Unserer Ansicht nach definiert der Begriff "Aktion" einerseits die konkreten Projekte, die wir auf nationaler Ebene umsetzen möchten (zum Beispiel der Strike for Future), und zum anderen die politischen Prioritäten, d. h. eher abstrakte und vage Handlungen (z. B. die Zusammenarbeit mit bestimmten Akteur*innen).

Projekte

Im Folgenden stellen wir unsere Projekte vor, die sich in zwei Kategorien unterteilen lassen:

- 1) Strike for Future und Green New Deal
- 2) Das Referendum gegen das CO₂-Gesetz und die AHV-Initiative

Es gibt auch eine Reihe von Projekten, die wir nicht durchführen wollen, aber aktiv unterstützen möchten:

- die Umgestaltung des Finanzplatzes
- Pestizid-Initiative
- Referendum gegen das Freihandelsabkommen mit Indonesien

Vom Strike for Future zum Generalstreik

Der Strike for Future muss das Hauptprojekt des Klimastreiks bleiben.

Allerdings müssen seine Ziele, seine Struktur und seine dringendsten Aufgaben geklärt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das ursprüngliche Ziel des Strike for Future darin bestand, die Mobilisierung für Klimagerechtigkeit auf die gesamte arbeitende Bevölkerung auszuweiten und diese, soweit möglich, zu ökonomischen Streiks am 15. Mai 2020 zu mobilisieren.

Zu diesem Zweck haben wir uns auch bereit erklärt, vorübergehend unsere Kräfte mit denen verschiedener Organisationen (Gewerkschaften, feministischer Streik, Umwelt-NGOs, politische Parteien, usw.) zu verbinden.

Was die Struktur des Strike for Future betrifft, so hat der Klimastreik verschiedene Arbeitsgruppen gegründet, deren Aufgabenbereich nicht systematisch klar ist, oder die sich sogar miteinander überschneiden. Können wir nun sagen, dass sich die Gruppen Strike for Future, Workers for Future, Other Actors und Workers and Unions nicht überschneiden? Sind sie nicht die Folge einer gewissen ideologischen Zersplitterung innerhalb gewisser Lokalgruppen? Um eine wirklich positive und transparente Zusammenarbeit zu schaffen, ist es notwendig, dass alle diese Arbeitsgruppen umstrukturiert werden.

Allgemein sollte der Strike for Future als ein Schritt verstanden werden, der es uns erlaubt, den Arbeitsfrieden zu untergraben, eine Schwelle des Bewusstseins innerhalb der Bevölkerung zu überschreiten, bestimmte emanzipatorische Kämpfe miteinander zu verbinden und vor allem die Bevölkerung in Strukturen zu organisieren, die vom Staatsapparat unabhängig sind (Lokalgruppen), im Hinblick auf mögliche sektorale Streiks und sogar einen Generalstreik.

Um sich auf nationaler Ebene besser zu organisieren, findet am 13. September ein erstes nationales Treffen des Strike for Future statt. Bei dieser Gelegenheit wird es vor allem darum gehen, einen Termin für den nächsten Aktionstag zu finden. Als Klimastreik wollen wir die folgenden Fristen vorantreiben:

- Eine erste zwischenzeitliche und dezentralisierte nationale Mobilisierung am 13. oder

20. Februar als Kick-off-Datum;

- Mehrere dezentrale und zentrale Aktionstage vom 11. bis 13. Juni, um auf den sehr wahrscheinlichen nächsten feministischen Streik am 14. Juni 2021, abgestimmt zu sein:

- Am 11. Juni, ein nationaler Tag der dezentralen und partizipativen Aktionen und Streiks, wie ursprünglich geplant am 15. Mai 2020;

- Am 12. Juni die zweite Welle von Aktionen gegen den Schweizer Finanzplatz durch direkte Aktionen in den drei folgende Städten: Bern, Genf und Zürich;

- Am 13. Juni ein nationaler Klimaversammlungs-Tag auf eine dezentralisierte, festliche und partizipative Weise;

- Am 14. Juni der nächste Tag der Mobilisierung für den feministischen Streik?

Der Hauptgrund für unsere Beteiligung am feministischen Streikkalender ist, dass die gewerkschaftlichen Kräfte (aber nicht nur!) nicht zwischen zwei oder drei verschiedenen Fristen über mehrere Monate hinweg aufgeteilt werden. Idealerweise würde uns eine gemeinsame Frist ermöglichen, uns viel besser zu koordinieren. Es ist jedoch wichtig, dass wir unsere jeweiligen Identitäten behalten, um weiterhin eine grosse Zahl von Menschen zu mobilisieren. Schliesslich wollen wir damit beginnen, in all der Vielfalt eine einheitliche Front unserer Bewegungen zu bilden.

Was die Organisationsstrukturen des Strike for Future betrifft, so möchten wir unterscheiden zwischen dem, was wir innerhalb des Klimastreiks autonom tun können und sollten und dem, was wir mit anderen Akteur*innen gemeinsam tun sollten.

Am ersten nationalen Treffen des Strike for Future werden die Teilnehmenden über die Struktur entscheiden, die zur Erreichung der gemeinsamen Ziele eingerichtet werden soll.

Auf regionaler Ebene wollen wir die Regionen ermutigen, eine ähnliche Organisationsstruktur aufzubauen wie in den Kantonen Genf, Neuenburg oder Waadt, wie die Evaluationsaufrufe des Strike for Future aufzeigen.

Im Rahmen des Klimastreiks wollen wir die folgenden Strukturen erhalten, verändern und schaffen:

- 1) Aufrechterhaltung der nationalen allgemeinen Strike-for-Future-Gruppe durch die Organisation von möglichst wenigen Treffen.
- 2) Die Zusammenlegung der Arbeitsgruppen "Other Actors" und "Workers and Unions" zu einer Gruppe: Konvergenzen.
- 3) Die Bildung einer Gruppe "Strike for Future - Education" mit dem Auftrag, einerseits mehr über Wirtschaftsstreiks, die Geschichte von Streiks, die Verbindungen zwischen Klimagerechtigkeit und Arbeitnehmendenrechten, d.h. allen Themen, die zur Entwicklung des Klassen- und Umweltbewusstseins genutzt werden sollen, zu erfahren; und andererseits eine kleine Gruppe von Personen auszubilden, die in den Kollektiven von bereits vorhandenen Arbeitnehmenden, bei Informationsabenden usw. das Wort ergreifen können.
- 4) Die Einrichtung einer Gruppe "Strike for Future - Transitional Program" mit dem Auftrag, einerseits den Klima-Aktionsplan in den Lokalgruppen zu diskutieren und auszubauen und andererseits den Aufbau des Transitionsprogramms im Rahmen des Strike for Future zu organisieren.

Daher möchten wir alle anderen nationalen Strike-for-Future-Gruppen streichen, die wir nicht für notwendig halten.

Klimaaktionsplan und/oder Green New Deal?

Vor der Einführung des Vorschlags für einen Green New Deal ist es wichtig, sich über das Ausmaß und die vielfältigen Folgen des Ereignisses, das wir gerade individuell und kollektiv erlebt haben, im Klaren zu sein: die Covid-19-Pandemie. Eine grundlegende Tatsache hat nun leider Vorrang vor den anderen: die weltweite wirtschaftliche Rezession, auch in der

Schweiz. Das unmittelbare materielle Interesse ist nun gegeben. Das Ende des Monats kommt vor dem Ende der Welt, das ist unbestreitbar, auch wenn es für uns ein- und denselben Kampf repräsentiert. Wer will schon eine andere Welt, die der alten Welt verdächtig ähnlich sieht? Eine Welt, wo der Grundgedanke die Reduzierung um der Reduzierung willen in einer ökonomischen **szientistischen** Logik... Unsere grundlegenden und vielseitigen Themen müssen die der Gerechtigkeit sein: ob rassistisch, klimatisch, demokratisch, steuerlich oder sozial!

Alle Formen der Beherrschung verstärken bestehende Ungerechtigkeiten... Dieses System muss sich ändern. Andere Horizonte sind möglich.

Wir brauchen ein Mittel, um unsere Vision zu vermitteln. Wir brauchen einen Green New Deal.

Der Klimastreik arbeitet derzeit an der Fertigstellung seines Klima-Aktionsplans. Trotz der vielen menschlichen Ressourcen, die in dieses Projekt investiert wurden, ist es klar, dass dieser Plan weder eine an die aktuelle Situation angepasste Lösung ist, noch ein breit abgestützter Vorschlag, der von der gesamten Bewegung getragen wird. Unsere Hauptkritikpunkte lauten wie folgt:

1. Die technischen Aspekte der Lösungen in diesem Plan
2. Sein sektoraler und disziplinärer Ansatz
3. Das völlige Fehlen einer Vision
4. Seine vielen, zum Teil grundlegenden Ungereimtheiten
5. Seine Existenz ausserhalb der materiellen (wirtschaftlichen, politischen und sozialen) und ideologischen Realität.

Wir wollen den Klimaaktionsplan jedoch nicht ganz aufgeben. Wir glauben, dass er eine Grundlage für Diskussionen und Schulungen innerhalb des Klimastreiks bilden könnte, und sogar extern, indem er als Open-Access-Publikation veröffentlicht wird. Indem wir ihn als mediales Werkzeug nutzen, können wir auch die Ernsthaftigkeit unseres Ansatzes demonstrieren und gleichzeitig die zahlreichen Grenzen des Plans aufzeigen und neue Wege ansprechen. Schließlich möchten wir die wissenschaftlichen Fakten und Teile des Klimaaktionsplans als Grundlage für den Green New Deal nutzen, insbesondere für die Elemente zum Thema Klimakrise.

Anders als der Klima-Aktionsplan wäre ein Green New Deal, der ernsthaft das vorher beschriebene Vorgehen des Transitionsplans befolgen würde, ein politisches Instrument für:

- Die Schaffung einer einfachen, positiven, ehrgeizigen, subversiven, transformativen und übertragbaren Vision

- Den Übergang von einer klimazentrierten Vision zu einer ganzheitlichen und interdependenten Vision (demokratisch, ökologisch, sozial usw.), wobei auch mit unpopulären Massnahmen geliebäugelt wird
- Den Kampf gegen einen falschen "grünen" Wirtschaftsaufschwung (Beispiel des europäischen Green Deal) sowie gegen wirtschaftliche Rezession und Sparmassnahmen, indem ökologisch und sozial nachhaltige Aktivitäten/Arbeitsplätze geschaffen und gefördert werden
- Den Kampf gegen den Totalitarismus der freien Marktwirtschaft und die extreme Rechte
- die Unterstützung verschiedener Bevölkerungsschichten und politischer Organisationen für ein gemeinsames Projekt zu gewinnen, das mit dem kapitalistischen und neoliberalen System brechen will, um eine ökologische und soziale Front aufzubauen, indem neue Bündnisse geschmiedet werden
- Teil einer internationalen Bewegung zu sein, die sich von der "alten Welt" löst und sie in lokale, kantonale und nationale Perspektiven integriert
- Die Umsetzung unserer drei nationalen Forderungen und der Systemwandelklausel
- Die Nutzung der Kraft der Dringlichkeit, um allen Formen der Prokrastination zu widerstehen;
- Eine Alternative zum CO2-Gesetz und anderen (zukünftigen) Green New Deals;
- Den Aufbau einer radikalen, pluralistischen und einheitlichen Transition.

Wir möchten jedoch auf einen wesentlichen Punkt hinweisen. Ein Green New Deal kann nur mit einem echten **Ehrgeiz** der politischen Kräfte, die sich dauerhaft für ein solches Projekt mobilisieren wollen, konzipiert werden. Ein Green New Deal des Klimastreiks ist praktisch nicht interessant. Er wäre lediglich ein weiterer Klimaaktionsplan. Davon haben wir jedoch bereits eine. Deshalb möchten wir den Green New Deal als fünfte nationale Forderung und wichtigste einheitliche Forderung des Strike for Future vorschlagen.

Es handelt sich hauptsächlich um einen Rahmen und eine Vision (mit anderen Worten: eine Plattform), um verschiedene Organisationen in die Lage zu versetzen, gemeinsam an einer gemeinsamen und wünschenswerten Zukunft zu arbeiten.

Nun möchten wir einige Voraussetzungen und Politik-Achsen hervorheben (in Form von Schlagwörtern), die einen Green New Deal in der Schweiz strukturieren könnten:

- Für Klimagerechtigkeit: "Ändern wir das System, nicht das Klima"
- Klimanotstand, Naturkatastrophen und planetare Grenzen

- "Der unmögliche grüne Kapitalismus: Gegenoffensiven und Systembrüche"³⁸
- Für Degrowth – sofort, gerecht und solidarisch: Dekarbonisierung, Dekommodifizierung, Dekolonisierung und vollständige Demokratisierung
- Umwelt, Gesundheit und soziale Ungleichheiten;
- Care Work ist Green Work: Ein weiterer **Green New Deal** ist möglich - er ist feministisch³⁹
- Für eine agro-ökologische Wende;
- Zwischen Vergangenheit und Gegenwart: Der Schweizer Imperialismus und seine neokoloniale Politik;
- Ein ökozidischer Finanzplatz;
- Ein Steuerparadies für unverantwortliche multinationale Unternehmen.

Was wir konkret vorschlagen:

- Bis zur endgültigen Veröffentlichung des Klimaaktionsplans die Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Strike for Future - Transitional Program" (siehe oben), um die Grundlagen für einen **Green New Deal** zu schaffen.
- Nach der Veröffentlichung des Klima-Aktionsplans Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Klima-Aktionsplan - Bildung", die auf der Grundlage dieses Plans interne und externe Bildungsarbeit leistet.
- dem Strike for Future vorschlagen, die Forderung nach einem Transitionsprogramm, dem **Green New Deal**, anzunehmen

Aufbau von alternativen Strukturen

Der Wandel muss lokal passieren. Wir sollten nicht auf Institutionen warten, ob auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene, bis sie für uns handeln. Es ist unerlässlich, Vereine, Genossenschaften, Lokale, Bars usw. zu gründen, als Basis für Widerstand und Resilienz.

Wir müssen kleine Bauernhöfe, Permakultur-Gärten, abfallfreie Wohngemeinschaften, Gewerkschaften und Diskussionsforen fördern, um direkt vor unserer Haustür Bewegung zu schaffen.

Diese Strukturen müssen politisch sein. Mit anderen Worten: Sie müssen sich ihrer Rolle in einer Dynamik der Machtdualität und der Aushöhlung bestimmter Institutionen bewusst sein.

³⁸ Wir übernehmen diesen Ausdruck direkt aus dem Buch des Agronomen und ökosozialistischen Aktivisten Daniel Tanuro: *L'impossible capitalisme vert*, Éditions La Découverte, Paris, 2010.

³⁹ Dieses Zitat stammt direkt aus einem Artikel von Stefania Barca, "Within and beyond the Pandemic". Ein Care-Einkommen und einen feministischen Green New Deal für Europa fordern", *Undisciplined Environments*, 07 April 2020

Sie müssen in der Lage sein, ihre Mitglieder langfristig zu finanzieren/entschädigen, um sie aus den Händen des Grosskapitals und des Kapitalismus zu befreien. Sie dürfen nicht nur die Hobbys privilegierter Menschen sein, die dies in ihrer "Freizeit" tun können. Alle müssen in der Lage sein, Akteur*innen des Wandels und der Befreiung zu sein.

Dies muss ein wichtiges Projekt des Klimastreiks sein, oder besser gesagt, viele kleine Projekte. Idealerweise sollte jede Lokalgruppen ihr eigenes Projekt oder ihre eigenen Projekte haben. Jede Lokalgruppe muss über einen eigenen "Lebensraum" verfügen können, einen eigenen Raum für Ausrüstung, Sitzungen und als Treffpunkt. Der Klimastreik muss diese Projekte aktiv finanzieren und fördern, bis das jeweilige Projekt finanziell unabhängig wird. Mensch kann sich eine Website oder ein "gemeinsames" Projekt vorstellen, um diese Vielzahl lokaler Kreationen zu bündeln.

Dieses Ideal geht Hand in Hand mit Ideen wie dem Ökologischen Übergangseinkommen (TEN), aber auch hier müssen wir proaktiv sein und diese Veränderung jetzt herbeiführen. Der Klimastreik hat auf nationaler Ebene die Mittel, um solche Projekte zu finanzieren, und wir sollten nicht erwarten, dass der Staat sie umsetzt.

Ungehorsam und Umgestaltung des Finanzsektors

Wie bereits erwähnt, ist der Finanzplatz ein wichtiger Hebel. Darüber hinaus besteht unter allen Themen über die Frage nach den umweltschädlichen Auswirkungen des Finanzplatzes nun ein Konsens zwischen allen Akteur*innen der Umweltbewegung, den Komponenten der politischen Linken (und sogar darüber hinaus) und einem Teil der Bevölkerung⁴⁰.

Deshalb wollen wir in einem breiten Bündnis ein transformatives Projekt gegen den Finanzplatz durchführen und dabei drei Aktionsformen nutzen: massenhaften zivilen Ungehorsam (1), eine Volksinitiative (2) und die Entwicklung und Vernetzung von Alternativen (3). Unabhängig vom Ergebnis glauben wir, dass das Projekt Rise Up for Change bereits jetzt ein wichtiger Schritt in Richtung eines informellen Zusammenschlusses einer Reihe von Umweltorganisationen rund um massenhaften zivilen Ungehorsam.

Was diesem Projekt derzeit fehlt, ist eine mittelfristige politische und strategische Perspektive. Unserer Meinung nach trägt Rise Up for Change den Keim einer Organisation in sich, die dem Ende Gelände in Deutschland mehr oder weniger ähnelt. Wenn wir den

⁴⁰ Seit dem dritten nationalen Treffen des Klimastreiks setzen wir uns für bestimmte Forderungen in Bezug auf den Schweizer Finanzplatz ein. Es muss jedoch gesagt werden, dass die ergriffenen Maßnahmen nicht wirklich funktioniert haben.

Schweizer Finanzplatz wirklich herausfordern wollen, müssen wir eine breite und radikale Koalition bilden, die bereit wäre, sich gleichzeitig in jedem dieser drei Interventionsbereichen zu engagieren, auch wenn natürlich jede Person und/oder Organisation eine besondere Rolle zu spielen hat. Dazu ist es unserer Ansicht nach erforderlich, ein nationales und einheitliches Projekt zu initiieren, bei dem bestimmte politische Bewegungen und Organisationen zusammengeschlossen werden.

Erstens wollen wir mithilfe von massenhaftem zivilem Ungehorsam gegen den Schweizer Finanzplatz vorgehen. Genauer gesagt wollen wir Wellen von zunehmend massiveren und geplanten Aktionen über mehrere Jahre gegen drei bestimmte Akteur*innen durchführen: die Schweizerische Nationalbank (SNB), die Credit Suisse und die Union der Schweizer Banken (UBS). Wir wollen daher auch die gute Zusammenarbeit innerhalb des Rise Up for Change weiterführen und auf andere Organisationen, die sich derzeit in juristischen Prozessen befinden (oder auch nicht!) und direkte gewaltlose Aktionen gegen den Finanzplatz durchführen, ausweiten. Wir müssen Druck auf diese umweltzerstörerischen Institutionen ausüben, sie gewaltfrei konfrontieren und unglaubwürdig machen, ihr wahres Gesicht enthüllen und vor allem eine Welle der Empörung gegen sie starten.

Zweitens möchten wir die Klima-Allianz, die schon mehrfach ernsthaft erwogen hat, Volksinitiativen zu nutzen, ermutigen, wirklich subversive und transformative Projekte durchzuführen. Wir wollen deshalb aktiv eine neue Sackgasse wie bei der Gletscherinitiative vermeiden (siehe den Abschnitt "Stand der Umweltbewegung").

Auf diese Weise könnten wir *ein Momentum* für Aktionen des Ungehorsams aufbauen und so viele Menschen wie möglich in einen institutionellen und bekannten Prozess einbeziehen, indem wir sie ermutigen, sich auch den anderen beiden Achsen des Projekts anzuschliessen. Schliesslich sind Unterschriftensammlungs- und Kampagnenprozesse wichtige Interventionsinstrumente, um bestimmte Ideen zu theoretisieren und zu verbreiten sowie Massen zu bestimmten Themen zu organisieren, vor allem, wenn wir viele Menschen aus transformativen Gründen in Bewegung bringen können.

Konkret möchten wir zwei Themen für die Volksinitiativen vorschlagen⁴¹:

1. Ein Ende der Investitionen in fossile Brennstoffe für alle Finanzinstitute (Initiative der Klima-Allianz und anderer Organisationen)
2. Ein Umbau des Altersvorsorgesystems durch die Zusammenlegung von erster und zweiter Säule (AHV und BVG).

⁴¹ Der genaue Inhalt dieser Volksinitiativen müsste später mit anderen politischen Organisationen und Bewegungen festgelegt werden.

Während die erste Initiative sicherlich keinen ideologischen oder politischen Widerstand hervorruft, könnte das zweite Thema gewisse Fragen hervorrufen.

Bevor wir die Interessen des Projekts zum Rentensystem konkret erläutern, ist es wichtig zu verstehen, dass unsere Gegner*innen (die Wirtschaft, die rechten Parteien und teilweise die Medien) erklären werden, dass wir durch die Volksinitiative und die direkten Aktionen gegen den Finanzplatz den materiellen Wohlstand der durch die Wirtschafts- und Gesundheitskrise bereits geschwächten Schweizer Bevölkerung gefährden und sogar das Wirtschaftssystem insgesamt destabilisieren werden.

Das ist wahr. Wir müssen davon ausgehen und uns darauf vorbereiten. Deshalb muss der Klimastreik auch dafür kämpfen, dass sich die Umwelt-, die feministische und die Gewerkschaftsbewegung (und weitere) gemeinsam für eine transformative Volksinitiative engagieren, die es diesen verschiedenen Organisationen ermöglichen würde, sich konkret in einem Bündnis zusammenzuschliessen.

Nachfolgend die wichtigsten Argumente für die Volksinitiative über das Altersvorsorgesystem:

1. Gemäss einer aktuellen Umfrage ist die Altersvorsorge die grösste Sorge der Schweizer Bevölkerung, während die Klimakrise an dritter Stelle steht⁴².
2. Der feministische Streik wird wahrscheinlich das Referendum gegen die Reform der AHV 21 ergreifen, mit der das Rentenalter für Frauen auf 65 Jahre angehoben werden soll, nachdem ihre Zwillingschwester (die Reform der Altersvorsorge 2020) 2017 gescheitert ist. Dies war eines der auslösenden Ereignisse für den feministischen Streik 2019. Frauen sind die ersten, die unter der Ungleichheit des derzeitigen Systems leiden⁴³.
3. Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ist eine der letzten Errungenschaften des Generalstreiks 1918 in der Schweiz und einer der wichtigsten materiellen und symbolischen Siege der Gewerkschaftsbewegung und damit auch der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Heute wird sie von den rechten Parteien ernsthaft bedroht.
4. Die Desinvestition von Pensionskassen (und nicht nur!) ist auch einer der wichtigsten Kämpfe der Umweltbewegung in der Schweiz. Bislang hat unsere Bewegung jedoch noch keine verbindliche und systemische Lösung vorgelegt, was eine ihrer grössten Schwächen ist.

⁴² ATS, "Altersvorsorge, Klima, Asylpolitik: Worüber machen sich die Schweizer am meisten Sorgen?", Le Nouvelliste, 19. Februar 2020.

⁴³ Herranz Sylviane, "Une insulte à l'égard des femmes!", L'Événement syndical n°33/34, 12 August 2020; Wuthrich Bernard, "La fièvre monte autour de la réforme AVS 21", Le Temps, 07 August 2020.

5. Im November 2019 warnte die «Senior*innenlobby» vor der dramatischen Situation vieler Rentner*innen und rief sie sogar dazu auf, auf die Strasse zu gehen, wenn keine nachhaltigen und wirksamen Lösungen gefunden werden⁴⁴. Seit vielen Jahren nimmt die Prekarität der älteren Menschen in der Schweiz zu⁴⁵.
6. Bei den derzeit erwogenen Reformen werden ökologische Kriterien nie ernsthaft in Betracht gezogen. Daher sind diese Lösungen nicht nachhaltig.

Was die Beteiligung des Klimastreiks an diesen Volksinitiativen betrifft, so sollte sie auf ein Minimum reduziert werden. Die Initiative zum Finanzplatz sollte idealerweise von einem Netzwerk von Umweltverbänden (insbesondere für Unterschriften!) rund um die Klima-Allianz getragen werden. Die Initiative zur Altersvorsorge sollte durch die verschiedenen oben erwähnten Akteur*innen fair aufgeteilt getragen werden, während die Zivilgesellschaft so weit wie möglich einbezogen wird. (siehe das Beispiel der Konzernverantwortungsinitiative).

Wenn diese Diskussionen für diese Projekte eher ungünstig verlaufen sind, so sollte der Klimastreik dieses/diese Vorhaben auf keinen Fall allein in Angriff nehmen.

Drittens müssen wir alternative Strukturen dokumentieren und entwickeln und sie untereinander und mit all jenen vernetzen, die sich engagieren wollen oder gerne von diesen Aktionen erfahren würde (siehe das Projekt "Aufbau alternativer Strukturen").

Alternative Banken, lokale Währungen, eine Gratis- und Schenk-Wirtschaft oder das ökologische Übergangseinkommen gehören zu den wichtigsten Alternativen, die das massive Engagement eines Teils der Bevölkerung in einer Form des kollektiven und geforderten Widerstands gegen die kapitalistische und produktivistische Wirtschaft ermöglichen, und dies innerhalb einer breiteren Bewegung, die auch auf massenhaften zivilen Ungehorsam zurückgreift.

Was wir konkret vorschlagen:

- Vorstellung der allgemeinen Idee des Projekts und der Volksinitiativen auf der Strategiesitzung der Klima-Allianz am 14. September.
- Die Organisation eines ersten grossen Einheitstages im November 2020 für alle Personen und Organisationen, die an einer Teilnahme am Projekt interessiert sind.
- Bildung einer Arbeitsgruppe, die mit der Weiterentwicklung des Projekts und der Konkretisierung der Organisation dieses Tages beauftragt wird.

⁴⁴ Meyer Aline, "Le troisième âge à bout de souffle", RTS Swissinfo, 11. November 2019.

⁴⁵ Boschetti P. und Nicol Xavier, "Quand je serai vieux, je serai pauvre", RTS Infrarouge, 07 September 2019.

- Im Dezember 2020 wird eine letzte Kampagne der Climate Strike Banking WG zur Untätigkeit des Schweizer Finanzplatzes gegenüber unseren Forderungen an diesen Sektor stattfinden.

Referendum gegen das CO₂ Gesetz

Mit diesem Projekt wollen wir uns öffentlich gegen die jüngste Gesetzesrevision des CO₂-Gesetzes⁴⁶ aussprechen. Seit dem Klimagipfel in Rio im Juni 1992 ist das CO₂-Gesetz die wichtigste politische Massnahme der Schweizer Bundesregierung, um auf die Herausforderungen der Klimaerhitzung zu reagieren⁴⁷.

Konkret könnte der Klimastreik drei verschiedene Positionen einnehmen:

1. Aktive Unterstützung bei der Revision des CO₂-Gesetzes.
2. Weder Opposition noch Unterstützung. Wenn wir uns jedoch dafür entscheiden, keinen Standpunkt einzunehmen, unterstützen wir in der Praxis das Gesetz, auch wenn wir nicht damit einverstanden sind. In den Medien und der öffentlichen Meinung wird unsere Position mit der der Koalition zur Verteidigung des Gesetzes gleichgesetzt, der auch die Sozialdemokratische Partei und die Grünen angehören.
3. Aktiver Widerstand gegen die Revision des CO₂-Gesetzes.

Eine detaillierte Analyse des aktuellen CO₂-Gesetzes in seiner Gesamtheit wird hier nicht vorgenommen.

Wir möchten jedoch die wichtigsten Schwachstellen aufzeigen:

1. Die Klimaziele sind unverbindlich und weit von den besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen entfernt
2. Die Massnahmen, die vorgeschlagen werden, um diese mageren Ziele zu erreichen, sind unzureichend, weil sie ineffektiv sind (z.B. die Flugticketabgabe)
3. Das Verursacher-Paradigma ersetzt eine echte und konsequente Anwendung des Verursacherprinzips

⁴⁶ Steven (Waadt) hat bereits diesen Frühling ein ausführliches Dokument über ein mögliches Referendum des Klimastreiks gegen das CO₂-Gesetz verfasst. Wir werden uns hier kurz fassen, aber wenn du eine detailliertere Analyse wünschst, lies bitte das Dokument. Link zum französischen Vorschlag:

<https://mypads.framapad.org/mypads/?/mypads/group/loi-co2-v81s3c7qy/pad/view/loi-co2-3y11qs7fi>

⁴⁷ Einen Überblick über die Entwicklung der Versionen des CO₂-Gesetzes findest du in diesem Dokument (aus Französisch):

<https://docs.google.com/document/d/13wn7nO-7VuAjHgMpoZ8zR-iZuqpiynSCgEbHYzLz5dl/edit>

4. Trotz einer teilweisen Umverteilung zugunsten bestimmter Bevölkerungsgruppen besteht die Gefahr, dass einige Bestimmungen des Gesetzes die Kaufkraft bescheidener Haushalte schmälern
5. Das Gesetz sieht Mechanismen zum "Kohlenstoffausgleich" vor (12,5% der gesamten 50%)⁴⁸
6. Der Schweizer Finanzplatz bleibt völlig unangetastet
7. Das Gesetz sieht in kaum verhohlener Weise den massiven Einsatz von Negativ-Emissionstechnologien vor.

Wie sollte sich der Klimastreik in Bezug auf ein solches Gesetz positionieren? Innerhalb der Bewegung besteht der Streit- und Spannungspunkt vor allem darin, ob die Revision des Gesetzes einen wichtigen ersten Schritt zur Erreichung unserer Ziele darstellt. Sind die vorgeschlagenen Reformen trotz ihrer Unzulänglichkeiten notwendig und wesentlich?

Setzen sie die richtigen Hebel an? Sind sie endlich auf dem richtigen Weg? Oder gehen sie ganz im Gegenteil in die falsche Richtung?

Unserer Ansicht nach stehen die vorgeschlagenen Massnahmen in vollem Einklang mit der neoliberalen Ideologie und dem Mythos des "grünen Kapitalismus": Umsetzung von Massnahmen, die keine Auswirkungen auf die Hauptverursacher*innen, sondern vor allem auf Gruppen haben, die unterdurchschnittlich wenig Emissionen verursachen.

Emissionen; Schaffung neuer Märkte, um die Umwelt weiterhin zu zerstören und die Verantwortung dafür auf die Konsument*innen abzuschieben.

Diese Massnahmen sind unwirksam und manchmal sogar kontraproduktiv. Sie gehen nicht auf die Hauptverursacher*innen ein, nämlich das Grosskapital und die Finanzwelt. Sie führen uns geradewegs in eine Klimakatastrophe. Diese Logik und diese Mechanismen haben ausgedient. Daher ist es nicht verwunderlich, dass alle Vorschläge - mit ein paar unwesentlichen Ausnahmen - eine Übersetzung des Positionspapiers der Delegiertenversammlung der FDP im Juni 2019 sind.⁴⁹

Aus all diesen Gründen sind wir der Meinung, dass die einzige vernünftige Haltung für unsere Bewegung ist, sich öffentlich gegen das CO₂-Gesetz zu stellen. Wir finden, dass sich das Instrument des Referendums gut für die Kampagne eignet, die wir durchführen wollen. Gehen wir näher auf die strategischen Fragen ein:

1. Unsere offizielle Ablehnung des CO₂-Gesetzes hätte einen erheblichen Überraschungseffekt für einen grossen Teil der Bevölkerung, die Medien, die Wirtschaft und die politischen Kräfte. Die Ablehnung des CO₂-Gesetzes dürfte für

⁴⁸ Eine ausführliche Kritik hierzu finden Sie unter: Fragnière Augustin, "Incohérence de la loi sur le CO₂", Le Temps, 25. Juni 2020.

⁴⁹ Alle Dokumente im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan für den ländlichen Raum sind unter diesem Link verfügbar: <https://www.plr.ch/actualites/politique-environnementale-liberale>

einen grossen Teil der Bevölkerung ein psychologischer "Schock" sein. Dies wird es uns erleichtern, die Identität des Klimastreiks bei den Menschen zu dekonstruieren, die wir derzeit ansprechen wollen, nämlich Arbeitnehmende und Landwirt*innen. Wenn wir uns engagieren, wird es viel Aufmerksamkeit in den Medien und politische Spannungen geben, so dass dies offensichtlich eine Chance ist.

2. Zwei Lager stehen sich bereits deutlich gegenüber: die Wirtschaftskreise und die Schweizerische Volkspartei (SVP), denen das gesamte politische Spektrum von der FDP bis zu den Grünen gegenübersteht (mit Ausnahme der radikalen Linken, deren Stimme so gut wie nicht vorhanden ist). Wir können die Bevölkerung nicht zwischen diesen beiden Lagern wählen lassen, die uns beide zum Aussterben bringen werden. Wir müssen einen dritten Weg einschlagen, der konstruktive und radikale Kritik mit kompromisslosen Aktionen und Forderungen verbindet.
3. Mit der Schaffung eines zweiten Referendumslagers übernehmen wir einen grossen Teil des medialen Raums, den die Wirtschaft (und insbesondere die SVP) für ihre klimaskeptische, bürgerliche und reaktionäre Propaganda nutzen wollen. Wir müssen die opportunistische Haltung der SVP bei jeder Gelegenheit offensiv diskreditieren. Auf diese Weise konnten wir unsere Unterschiede (Klimaziele, Position zur Demografie usw.) deutlich machen, um in der Basis dieser Partei Zwietracht zu säen.
4. Mehrere Monate lang werden wir über eine beachtliche nationale Medienplattform verfügen, um ein Gefühl der Dringlichkeit zu vermitteln, das Fachwissen von Wissenschaftler*innen (wieder) in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen, unsere anderen Aktionsformen und sogar unsere nächsten Termine (wie den Strike for Future im Jahr 2021) zu bewerben.
5. Mit dem Referendum hätten wir ein Instrument, um innerhalb der verschiedenen Bewegungen und Organisationen (Feministischer Streik, Gewerkschaften, politische Parteien usw.) zu intervenieren, um widersprüchliche Debatten zu führen, die sie zwingen, aktiv über ihre Positionierung zur Klimapolitik nachzudenken. Indem wir eine echte Debatte zulassen (die sicherlich durch Bildungskonferenzen/-tage ergänzt wird), werden wir schrittweise ein gemeinsames Klassen- und Umweltbewusstsein aufbauen.
6. Indem wir die neoliberalen Lösungen unserer Gegner*innen blockieren, werden wir durch direkte Demokratie die Entwürfe für eine ökologisch und sozial nicht nachhaltige Gesellschaft übertrumpfen. Dies würde uns die Möglichkeit geben, ein alternatives Narrativ, eine alternative Vision, einen alternativen Plan (Green New Deal) darzulegen.

Nun müssen wir die vier möglichen Szenarien betrachten, die sich aus der Abstimmung ergeben könnten:

- Das schlimmste Szenario wäre ein Sieg des Referendums der Wirtschaft und der SVP ohne unsere Beteiligung. Dies käme symbolisch einer Ablehnung der Klimagesetzgebung in den nächsten Jahren gleich. Alle Menschen und Organisationen, die sich für Klimagerechtigkeit einsetzen, würden systematisch auf das Ergebnis dieser Abstimmung verwiesen, als ob "das Volk" keine Klimapolitik wollte.
- Ein zweites Szenario wäre eine Referendumsniederlage ohne unsere Beteiligung, also ein Sieg für die Regierungskoalition. Den Ergebnissen zufolge wäre es sehr schwierig, sofort weitere Massnahmen zu fordern.
- Das dritte Szenario wäre eine Referendumsniederlage mit unserer Beteiligung, also immer noch ein Sieg für die Regierungskoalition. Auch wenn wir objektiv «verloren» hätten, würde es ein solches Ergebnis ermöglichen, öffentlich zu argumentieren, dass einige derjenigen, die sich gegen die Revision des CO2-Gesetzes aussprachen, das taten, weil sie ehrgeizigere und verbindlichere Massnahmen wollten. Das Gewicht, das dies in der Machtbalance hätte, sollte jedoch nicht überschätzt werden.
- Das letzte Szenario wäre ein Referendumssieg mit unserer Beteiligung. Diese Situation wäre besonders interessant, da dann eine Aufteilung der Debatte zwischen denjenigen (SVP und Co.), die keine Gesetzgebung wollen, und denjenigen (Klimastreik und Co.), die sofort einen demokratischen, ökologischen und sozialen Aktionsplan wollen, entstehen würde. Alle politischen Organisationen hätten keine andere Wahl, als die eine oder die andere Seite zu unterstützen und wären daher gezwungen, einen klaren Standpunkt einzunehmen. Was die schweizerischen Behörden betrifft, müssten sie möglichst schnell auf eine solche politische Krise reagieren, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit auf internationaler Ebene und bei einem grossen Teil der Bevölkerung nicht verlieren wollen. Das strategische Potenzial, das eine solche Situation eröffnen würde, ist ernsthafte Erwägungen wert, denn es entstünde eine grossartige Gelegenheit.

In den letzten Monaten gab es berechtigte und wiederkehrende Kritik und Bedenken an diesem Projekt. Wir heben sie hier hervor, um auf sie einzugehen:

- "Wir haben weder die Zeit, noch die Kapazitäten, noch das Geld, um uns an einer solchen Kampagne zu beteiligen und fast 50.000 Unterschriften zu sammeln".

Dies wäre der Fall, wenn der Klimastreik bei dieser Kampagne allein wäre, aber glücklicherweise haben mehrere politische Formationen (insbesondere Solidarités, POP/PST, Decroissances-Alternatives, etc.) bereits zugesagt, viele Unterschriften zu sammeln. Dies gilt auch für Einzelpersonen oder Menschen aus anderen Bewegungen oder Organisationen. Die Belastung für unsere Bewegung wäre also überschaubar, und wir

könnten weiterhin parallel an unseren anderen Projekten arbeiten. Was schließlich die finanziellen Kosten betrifft, so können wir vieles umsetzen, ohne unser ganzes Ersparnis dafür einzusetzen, und wenn wir wirklich knapp bei Kasse sein sollten, könnten wir immer noch ein Crowdfunding starten.

- "Habt ihr keine Angst, auf der gleichen Seite wie die SVP zu stehen? Wie können wir sicherstellen, dass die Leute uns nicht verwechseln?"

Wir werden die ersten sein, die sich gegen die SVP stellen. Die Menschen sind klug genug, um nicht zwei diametral entgegengesetzte Kollektive zu verwechseln. Zudem muss man unterscheiden zwischen SVP-Kadern, die bei bestimmten Themen einen regelrechten ideologischen Krieg führen, um die Interessen der bürgerlichen Klasse zu verteidigen. Die Wählerschaft der SVP dagegen setzt sich aus Menschen verschiedener Klassen zusammen, deren Interessen sich von denen der klimaskeptischen Politiker*innen unterscheiden können.

- "Wir werden in den Medien gegen die SVP keinen Platz erhalten."

→ Trotz der unbestreitbaren Medienmacht unserer Gegner*innen werden wir von einer sehr wichtigen Präsenz in allen Zeitungen, Serviceprogrammen, der Öffentlichkeit, usw. genießen, denn eine solche überraschende Situation (der Klimastreik gegen ein CO₂-Gesetz und für ein Referendum "an der Seite" der SVP) wird für die Medien sicherlich von grossem Interesse sein. Ausserdem geht es nicht nur um die Quantität der Erscheinungen, sondern deren Qualität, um den Mythos einer strafenden und unwirksamen Ökologie zu zerstören und gleichzeitig unsere Alternativen vorzustellen.

- "Wir werden uns gegen einige unserer Verbündeten stellen."

Ja, das stimmt. Wir können uns momentan und bei einem bestimmten Projekt in der Minderheit befinden, wenn es darum geht, den Klimanotstand zu verteidigen, während andere Organisationen wie die Klima-Allianz derzeit auf den Kompromiss dieses Gesetzes festgelegt sind. Die Wahl einer anderen strategischen Option bedeutet nicht, in einen offenen Konflikt mit diesen Organisationen zu geraten. Das Wichtigste ist, diesen Organisationen klar zu machen, warum wir diesen Standpunkt vertreten, um die bestmöglichen Synergien zu schaffen und vor allem, um uns in Zukunft mit ihnen in anderen politischen Fragen zu verbünden. Schliesslich ist zu betonen, dass es für die Verbündeten, mit denen wir momentan "verfeindet" sind, sehr vorteilhaft sein kann, diesen Standpunkt einzunehmen (wie uns einige dieser Leute während langer strategischer Diskussionen informell mitteilen), denn indem wir eine Situation stören, in der sie feststecken (den Kompromiss um dieses Gesetz), können wir ihnen tatsächlich neue Wege eröffnen, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Was wir konkret vorschlagen:

- Unverzügliche Reaktivierung der Arbeitsgruppen zum CO2-Gesetz zur Durchführung des Projekts. Dringende Aufgaben: Ausarbeitung eines Argumentariums, offizieller Kontakt mit potenziellen Partnerorganisationen, Organisation einer Lancierungsveranstaltung des Referendumskomitees Ende September, usw.
- Sofortige Diskussion über die Verantwortung der verschiedenen Regionalgruppen in Bezug auf Unterschriftenquoten (individuell und kollektiv).
- Januar bis Juni 2021 Durchführung einer effizienten, innovativen und radikalen Referendumskampagne

Neben der Finanzplatz-Initiative der Klima-Allianz gibt es noch zwei weitere Projekte, die wir aktiv unterstützen möchten, aber nicht tragen wollen: die Pestizidinitiative und das Referendum gegen das Freihandelsabkommen mit Indonesien.

Kalender

Im Folgenden werden die wichtigsten Daten und Fristen im Zusammenhang mit unserem Strategie-Proposal genannt. Natürlich ist diese Liste nicht vollständig.

2020

Das ganze Jahr über

- Schaffung von lokalen alternativen Strukturen
- Zusammenarbeit mit unseren verschiedenen Verbündeten (siehe entsprechendes Kapitel)

September

- Erstes nationales Treffen des Strike for Future (13. September)
- Strategietreffen der Klima-Allianz (14. September)
- Rise Up for Change (20.-25. September)
- Bildung und Gründung des Referendumskomitees (26. oder 27. September)

Oktober

- Beginn des zweiten Teils des Strategieprozesses bis zum 8. Nationalen Treffen (Dezember)
- Ab Anfang Oktober: Unterschriftensammlung und andere Aktivitäten für das Referendum gegen das CO2-Gesetz bis Dezember
- Nationaler Tag zur Bildung oder Wiederbelebung kantonaler St4F-Kollektive nach den Modellen von Genf, Neuenburg und Waadt (Anfang/Mitte Oktober)

November

- Fertigstellung und Veröffentlichung des Klimaaktionsplans
- Erster nationaler Klimaversammlungstag (Anfang/Mitte November)
- Kontakt zu Fridays for Future aufnehmen, um unsere Kampagnenidee für den Flugsektor zu präsentieren

Dezember

- 8. nationales Treffen zur Klärung einiger Punkte der Strategie und die Einführung einer neuen nationalen Struktur (Anfang Dezember)
- Unverzügliche Einleitung des Green-New-Deal-Prozesses
- Referendum gegen das CO₂-Gesetz eingereicht

2021

Januar

- Dezentrale Demos zu unserem zweiten Jahrestag (16. Januar) in Start des Klimastreiks 2.0 → Neue Forderungen, Green New Deal (etc.)
- Kampagne gegen das CO₂-Gesetz beginnt

Februar

- Veranstaltung "Essen ist politisch" mit Landwirtschaft mit Zukunft (27. Februar)
- Kampagne gegen das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Indonesien beginnt (Stopp Palmöl)

März

- Ev. Abstimmung über das Stopp-Palmöl-Referendum (7. März)
- Green New Deal Ideation Weekend - Visionen und Forderungen in der ganzen Schweiz (14.-15. März)
- Kampagne für die Annahme des Green New Deal durch alle Organisationen/Bewegungen (Ende März)

April bis Juni

- 5° nationales Treffen des "Strike for Future" (April)
- Ankündigung der AHV-Initiative (Anfang/Mitte April) → einheitliche Mobilisierung am 1. Mai, die diesen Sieg des Generalstreiks fordert
- 21. Mai: Nationaler Aktionstag Strike for Future und dezentrale und partizipative Streiks wie ursprünglich geplant am 15. Mai 2020
- 5. Juni: Demonstration zur Pestizidinitiative und Landwirtschaft allgemein durch

LmZ

- Sonntag, 13. Juni: Abstimmung über das Co₂-Gesetz und die Pestizidinitiative einen dezentralisierten, festlichen und partizipativen nationalen Klimaversammlungstag,

- Am Montag, den 14. Juni, Konvergenz mit dem feministischen Streik (wenn er diesen Termin fixt und die Idee einer Zusammenarbeit gut findet)

Nach dem Sommer 2021

- Im Herbst 2021 (September) findet ein grosses nationales Treffen des Strike for Future statt, um zu entscheiden, wie es weitergehen soll.

6. Struktur

Für eine dezentralisierte, föderalistische und pluralistische Organisation

Wir glauben, dass der Klimastreik weiterhin eine dezentrale Organisation aufbauen muss (1), und zwar durch die Förderung einer starken Autonomie der Lokal- und Regionalgruppen, (2) föderalistisch durch die Stärkung unserer nationalen Koordination und Zusammenarbeit und (3) pluralistisch durch die Ermöglichung des friedlichen und demokratischen Ausdrucks einer Vielzahl von Aktionen und Ideen. Hierfür ist es von entscheidender Bedeutung, die Diskussionen über eine mögliche neue nationale Struktur wieder aufzunehmen, die vor einigen Monaten erfolglos eingeleitet wurden. Vor allem wird es notwendig sein, die strategische Ausrichtung zu berücksichtigen, um eine Struktur zu definieren, die an die Erreichung unserer kurz-, mittel- und langfristigen Ziele angepasst und flexibel ist.

Nationale Ebene

Die nationale Ebene ist die abstrakte Ebene, auf der bestimmte Aktivitäten stattfinden, und nicht eine organisierte Struktur an sich. Auf dieser Ebene gibt es organisierte Strukturen (z. B. die nationale Koordination oder nationale Projekte wie das Klimablatt).

Die nationale Ebene ist eine organisierte Struktur innerhalb des Klimastreiks und ist zuständig für allgemeine Aufgaben, die nicht auf regionaler Ebene (durch eine kantonale und/oder regionale Gruppe) durchgeführt werden können oder Aufgaben, die für mehrere Regionalgruppen relevant sind, oder im Austausch mit externen Strukturen, die national organisiert sind. Die nationale Ebene hat - wie eine regionale Gruppe - hauptsächlich Entscheidungsbefugnisse.

Nationale Treffen

Die nationalen Treffen ermöglichen es uns, die wichtigsten Entscheidungen des Klimastreiks zu treffen. Sie zielen ausserdem auf die Schaffung von Netzwerken, den Austausch und die Arbeit an Projekten oder deren Entwicklung ab.

Nationale Treffen werden von einem Orga-Team organisiert und rechtzeitig angekündigt.

Regionale Ebene

Die regionale Ebene ist die abstrakte Ebene, auf der bestimmte Aktivitäten stattfinden, und nicht eine organisierte Struktur an sich. Manchmal gibt es auf dieser Ebene organisierte Strukturen (z. B. die Koordination der Westschweiz oder Arbeitsgruppen, zB Social-Media-Gruppen).

Die regionale Ebene kann eine organisierte Struktur innerhalb des Klimastreiks sein und erledigt allgemeine Aufgaben, die nicht auf kantonaler Ebene erledigt werden können (durch eine kantonale und/oder nationale Gruppe), oder Aufgaben, die mehrere benachbarte Kantone betrifft oder im Austausch mit externen Strukturen stattfinden, die auf regionaler Ebene organisiert sind. Die regionale Ebene hat – ob regional oder national - vor allem Entscheidungsbefugnisse.

Kantonale Ebene

Bis heute gibt es innerhalb des Klimastreiks folgende kantonale Gruppen: Aargau, Appenzell, Basel, Bern, Biel, Fribourg, Genf, Glarus, Graubünden, Jura, Luzern, Neuchâtel, Obwalden, Olten, Schaffhausen, Solothurn, St. Gallen, Thun, Thurgau, Tessin, Uri, Waadt, Wallis, Wintherthur, Zug und Zürich. Diese Liste kann jederzeit ergänzt werden. In dem Moment, in dem sich eine organisierte Gruppe des Klimastreiks als regionale Gruppe zu erkennen gibt, wird sie de facto zu einer solchen.

Gruppen und/oder nicht gemischte Räume

Im Rahmen des Klimastreiks werden geschlechtsunabhängige Gruppen und/oder Räume organisiert. Es ist wichtig, dass solche Strukturen in unserer Bewegung existieren, und ihre Entwicklung ist notwendig. Wir möchten daher eine eingehende Reflexion dieser Organisationsform durchführen, um ihnen in der nächsten nationalen Struktur des Klimastreiks noch mehr Legitimität sowie Entscheidungs- oder Begrenzungsmacht zu verleihen. Die Regionen sind bereits aufgefordert, dieses Thema aufzugreifen.

Lokalgruppen

Die Basis des Klimastreiks sind Lokalgruppen, die aktiv werden und sich direkt an ihren Ausbildungs- und Arbeitsorten, in Klimaversammlungen oder kämpferischen Vereinigungen, Bürger*innenkollektiven oder Institutionen selbst ausserstaatlich organisieren.

Ausbildungsorte

Lokalgruppen in Bildungseinrichtungen (Grund-, Sekundar- und Berufsschulen, Gymnasien, Universitäten usw.) sind die ursprüngliche Basis des Klimastreiks.

Arbeitsstätten

Der Klimastreik kann auch aus lokalen Gruppen in den folgenden Orten gebildet werden Arbeit. Ihre Schaffung und Entwicklung in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften steht im Mittelpunkt des Projekts Strike for Future.

Alternative Strukturen

Informell ergänzen und verstärken alternative Strukturen (Klimaversammlungen, Vereine, Kollektive oder ausserstaatliche Institutionen) das aktivistische Ökosystem des Klimastreiks.

Streichung des Absatzes "Konsens?"

Interne Schulungsprogramme

Die Schüler*innenstreiks waren eine unverzichtbare erste Phase, um die Kräfte im Prozess des Systemwechsels zu bündeln, aber um die Grundlagen für die Welt zu schaffen, die wir aufbauen wollen, müssen wir bei der Politisierung unserer Bewegung und der Gesellschaft im Allgemeinen vorankommen. Zu diesem Zweck schlagen wir die Einrichtung von Schulungskursen für Aktivist*innen im Rahmen des Klimastreiks und darüber hinaus vor.

Die soziale Ökologie setzt sich aus verschiedenen Aspekten in vielen Bereichen zusammen, wie zum Beispiel Landwirtschaft, Verkehr, Finanzen, internationale Solidarität, internationale Finanzinstitutionen... Das Internet bietet eine Vielzahl von Ansichten und Inhalten zu diesen Themen. Um zu einer Politik zu gelangen, die mit unserer Strategie übereinstimmt, ist es wichtig, dass wir selbst die Architekten der Ausbildung sind, für die wir eintreten. Die Schulungen können in Form von Anrufen, Konferenzen, Diskussionen, Chats, Austausch von Artikeln oder Theorien, politischen Cafés, Debatten und vielem mehr stattfinden. Es sollten so viele Menschen wie möglich einbezogen werden, weshalb wir empfehlen, diese Veranstaltungen hauptsächlich auf der Ebene der Sprachregionen zu organisieren.

Der Inhalt des Abschnitts "Internationale Solidarität der AG" wurde in die internationale Kampagne auf Seite 57 aufgenommen.

Grundsätze und Werte

Was macht die Identität des Klimastreiks aus? Subjektiv ist es sein

Es sind nicht nur die grundlegenden Werte, Prinzipien oder Diskurse der Aktivisten, die wichtig sind. Mehr

objektiv betrachtet, sind dies seine Hauptforderungen, seine zahlreichen Aktionen oder die soziologische und politische Zusammensetzung ihrer Aktivisten.

In jedem Fall ist es notwendig, zwischen der internen Identität zu unterscheiden, die durch die verschiedenen

Ebenen des Klimastreifens der äußeren Identität, die taktisch und sozial ist

konstruiert durch kulturelle Kontexte, Medien, politische Akteure

institutionellen oder sozialen Bewegungen und vor allem uns selbst, bewusst.

Gemeinsame Erklärung

Zum besseren Verständnis und zur Transparenz möchten wir Folgendes schreiben und an unsere Unterstützer und Aktivist:innen eine gemeinsame Erklärung zu den zentralen Werten, Grundsätzen und Forderungen des Klimastreiks weiterzuleiten. Es könnten neue Elemente hinzugefügt werden, wie z. B. das Organisationsmodell, eine kurze Geschichte oder die denkwürdigsten Momente des Unternehmens. Eine solche Erklärung würde an alle neuen Menschen weitergegeben, die sich am Klimastreik beteiligen wollen, indem sie lokalen, regionalen, nationalen und/oder internationalen Gruppen beitreten oder diese gründen.

Zentrale Werte

Wir möchten die Kernwerte des Klimastreiks beibehalten: eine Bewegung, die auf Basis von Basisdemokratie, Konsens, Transparenz und ohne Hierarchie.

Interne Grundsätze und Werte

In naher Zukunft wollen wir Grundsätze und Werte innerhalb der Klima, das uns genauer definiert. Zu diesem Zweck wollen wir mit der Charta beginnen von Grenoble, die von den Streikenden von Jugend für Klima Frankreich durchgeführt wurde. Als erste Grundlage, schlagen wir die folgenden Grundsätze und Werte vor: Zugänglichkeit, Antikapitalismus, Antiliberalismus, Selbstausbildung, Selbstverwaltung und Horizontalität, Degrowth, Vielfalt Taktik, Gleichberechtigung, Inklusion, Wissenschaft und Solidarität.

Interne Kultur

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, ist es äußerst wichtig, unsere interne Kultur zu verbessern. Als soziale Bewegung, die gegen alle Formen der Unterdrückung kämpft, muss der Klimastreik besonders darauf achten, keine unterdrückerischen und hierarchischen Muster in sich selbst zu reproduzieren. Die Bewegung muss in ihren Prozessen integrativ, demokratisch und transparent sein. In der Tat sollte sich jeder in seinem Aktivismus innerhalb der Bewegung wohl fühlen.

Aktivismus ist auch physisch und psychisch anstrengend, deshalb müssen wir auf uns gegenseitig aufpassen. Außerdem muss jeder die Möglichkeit haben, sich selbst Grenzen in Bezug auf Energie und Zeitaufwand zu setzen. Diese Entscheidung muss von den anderen Mitgliedern der Bewegung respektiert werden.

7. Forderungen

Um dem Identitäts- und Strategiewechsel gerecht zu werden, schlagen wir vor, auch die drei aktuellen Forderungen des Klimastreiks zu ändern und zu klären sowie um zwei neue Forderungen zu ergänzen. Wenn ihr unser Proposal annehmt, werden wir die Forderungen nicht sofort ändern, sondern erst nach vertieften Gesprächen über die folgenden Grundlagen:

1. Umweltkatastrophen und Kippunkte

Übergang von der "Ausrufung" eines Klimanotstands zur «Ausrufung» von ökologischen Notfällen, indem wir die Frage der Kippunkte hervorheben. Die Öffentlichkeit sollte dabei immer kompetent informiert werden.

2. Planetare Grenzen, Kohlenstoffbudget und 1,5°C

Der Übergang von der komplexen Formulierung der Kohlenstoffneutralität 2030 zur Forderung der Einhaltung der planetaren Grenzen. Konkret wollen wir das Kohlenstoffbudget beibehalten, das uns die beste Chance bietet, die 1,5°C-Grenze (im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter) nicht zu überschreiten. Eine erste Formulierung könnte lauten: "Um die globale Erwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter unter 1,5°C zu halten, ist ein Kohlenstoffbudget unsere beste Chance, dies zu erreichen."

3. Sicherstellung von (Klima-)Gerechtigkeit

Tatsächlich war dies die zweite Forderung, die am Summer Meeting in Lausanne angenommen wurde. Sie ermöglicht es uns, die Frage der sozialen Gerechtigkeit aus einer anderen Perspektive zu berücksichtigen. Die Klimagerechtigkeit wird daher weiterhin im Mittelpunkt dieser Forderung stehen. Vorerst möchten wir jedoch den Begriff Klimagerechtigkeit nicht genau definieren, da dies unmittelbar einer Legitimierung und Delegitimierung einiger Projekte gleichkäme, ohne dass ein offener und vielseitiger Dialog stattgefunden hätte.

4. System change not climate change!

Mit dieser Formulierung möchten wir zum Ausdruck bringen, dass (1) ein Systemwechsel notwendig ist - ohne genau zu sagen, welches neue System wir einführen würden - und (2) dass eine Veränderung der globalen klimatischen Bedingungen nicht zu erwarten ist, wenn mensch sich massiv auf technische Kompensationsmassnahmen verlässt. Grundsätzlich wird im zweiten Teil die frühere zweite Forderung wiederholt, nämlich netto null bis 2030 "ohne Einsatz von Kompensationstechnologien". Mit dieser vierten Forderung möchten wir

darauf hinweisen, dass es natürlich undenkbar ist, Offset-Technologien massiv zu nutzen. (z. B. Management der Sonneneinstrahlung), aber dass einige Negativ-Emissionstechnologien unter Einhaltung unserer Forderung der Klimagerechtigkeit und des Vorsorgeprinzips (siehe das Dokument des Klimaaktionsplan zu Negativ-Emissionstechnologien) genutzt werden sollten. Aufgrund von Differenzen in der Frage der Rolle der Negativ-Emissionstechnologien in dieser Gruppe wollen wir eine umfassende Debatte über diese Frage starten. Ausserdem ist es eine Überlegung wert, ob wir einige dringende, demokratische oder transformierende Forderungen zu dieser Forderung hinzufügen möchten (von autofreie Stadtzentren, das Ende des Flugverkehrs in Europa, die sofortige Reduzierung der Arbeitszeiten und -rhythmen, ökologisches Übergangseinkommen usw.).

5. Green New Deal

Als ersten Schritt zu einem Systemwandel möchten wir, dass demokratische, soziale und ökologische Notfallpläne von der Bevölkerung auf allen möglichen Ebenen – lokal, kantonal, national – ausgearbeitet und umgesetzt werden. Diese Übergangsprogramme werden auch an unseren Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensorten entwickelt und umgesetzt. Die lokale und regionale Ebene kann zum Beispiel Forderungen nach autofreien Städten, Städten mit einer Art «Stadtpass», Klimaversammlungen in den Stadtvierteln, usw. formulieren.